



# Monatsbericht des BMF

## Juli 2009





Monatsbericht des BMF  
**Juli 2009**

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

**Editorial.....4**

**Übersichten und Termine.....6**

Finanzwirtschaftliche Lage .....	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2009 .....	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2009.....	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	33
Termine, Publikationen .....	36

**Analysen und Berichte .....**38

Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013 .....	39
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008 .....	55
EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen.....	71
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben.....	74
Die Europäische Investitionsbank (EIB) .....	85

**Statistiken und Dokumentationen.....97**

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	98
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	124
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	131

 Editorial

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im Laufe dieser Legislaturperiode konnte die Bundesregierung die Neuverschuldung des Bundes deutlich zurückführen. Mit einer Neuverschuldung in Höhe von 11,5 Mrd. € wurde im Jahr 2008 der niedrigste Stand seit der Deutschen Einheit erreicht. Zum Vergleich: Im Jahr 2005 musste der Bund noch neue Schulden in Höhe von 31,2 Mrd. € aufnehmen. Trotz beginnender Krise setzte sich das Wachstum der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2008 noch fort. Mit rund 561 Mrd. € konnte das Ergebnis des Vorjahres nochmals um +4,3 % übertroffen werden. Aufkommensrückgänge im 4. Quartal 2008 bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer deuteten jedoch bereits auf die für das Jahr 2009 zu erwartende Kehrtwende hin.

Mittlerweile wird immer deutlicher, dass die schärfste Rezession der Nachkriegszeit die Rahmenbedingungen für die Haushaltspolitik ganz entschieden geändert hat.

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden rückt in weite Ferne. Sinkende Steuereinnahmen, Mehrausgaben für die Systeme der sozialen Sicherung sowie Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung lassen die Neuverschuldung auf eine noch vor einem Jahr unvorstellbare Höhe schnellen. So steigt die Nettokreditaufnahme des Bundes mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 bereits im laufenden Jahr auf rund 49 Mrd. €. Im nächsten Jahr wird die Neuverschuldung des Bundes weiter ansteigen: Der vom Bundeskabinett am 24. Juni 2009 beschlossene Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 sieht eine Neuverschuldung in Höhe von 86 Mrd. € vor. Das sind rund 80 Mrd. € mehr als ursprünglich vorgesehen. Dieser Anstieg ist vollständig auf das Wirkenlassen



der „automatischen Stabilisatoren“ und gezielte Maßnahmen zur Konjunkturstützung zurückzuführen. Die Bundesregierung rechnet mit Steuermindereinnahmen gegenüber der bisherigen Finanzplanung in Höhe von rund 42 Mrd. €. Die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt belaufen sich auf rund 30 Mrd. €. Im Zusammenhang mit der Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung erhält der Gesundheitsfonds einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von rund 6 Mrd. €. Die sonstigen Ausgaben aus den von der Bundesregierung geschnürten Konjunkturpaketen belaufen sich auf rund 3 Mrd. €.

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt hat das Bundeskabinett auch den Finanzplan bis zum Jahr 2013 beschlossen. Die von Bundestag und Bundesrat beschlossene neue Schuldenregel führt ab dem Jahr 2011 zu einem erheblichen strukturellen Konsolidierungsbedarf, der im Finanzplan des Bundes durch eine Globalposition abgebildet wird. Er beläuft sich im Jahr 2011 auf rund 5 Mrd. € und wächst bis 2013 auf 18,5 Mrd. € an. Über konkrete Umsetzungsmaßnahmen - auf der Einnahmen- beziehungsweise Ausgabenseite - muss in der nächsten Legislaturperiode entschieden werden. Schon jetzt ist klar: Die Einhaltung der sogenannten Schuldenbremse wird die haushaltspolitische Herausforderung der kommenden Jahre sein.

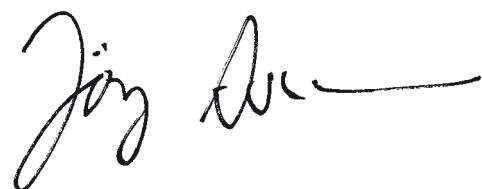
Editorial

Finanzmarktregulierung und -aufsicht müssen weltweit verbessert werden. Dies ist ein integraler Bestandteil der von den G20 Mitgliedstaaten beschlossenen Maßnahmen zur Reform der globalen Finanzmarktarchitektur. Zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und das Europäische Parlament auf eine EU-Verordnung geeinigt. Wie vom freiwilligen Verhaltenskodex der internationalen Wertpapieraufseher gefordert, müssen Ratingagenturen transparent sein und Interessenkonflikte vermeiden. Mit dieser Verordnung, die voraussichtlich im September in Kraft tritt, wird ein wichtiger Schritt mit Blick auf das Ziel getan, dass keine systemisch relevanten Märkte, Institutionen und Produkte im Finanzsystem unreguliert beziehungsweise unbeaufsichtigt bleiben.

Das Lebensalter der Menschen steigt. Gleichzeitig gibt es weniger Kinder. Die Babyboomer der Nachkriegszeit scheiden aus der Erwerbstätigkeit nach und nach aus. Welche Auswirkungen diese Bevölkerungsalterung auf die wirtschaftliche Leistungskraft und auf die Staatsausgaben haben wird, untersuchen neue Langfristprojektionen für die Mitgliedstaaten der EU. Die EU will den fiskalischen Risiken des demografischen Wandel mit einer breitangelegten Strategie („three-pronged strategy“) entgegentreten. Kernelemente sind die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,

die Erhöhung der Erwerbstägenquote und die Umsetzung von Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Auch wenn die Modellrechnungen bis in das Jahr 2035 oder gar bis in das Jahr 2060 reichen und weit weg erscheinen, die Betroffenen leben bereits heute: Sie und Ihre Kinder! Vor dem Hintergrund der krisenbedingten Erhöhung der Schuldenstände reicht das wiederholte Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzpolitik allein nicht aus. Die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen auch handeln.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) spielt in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. Dies überrascht, da es sich um die - gemessen am Kreditvolumen - größte multilaterale Förder- und Entwicklungsbank der Welt handelt. Ihr Aktionsfeld ist nicht nur das Gebiet der EU-Mitgliedstaaten, sondern geht weit darüber hinaus. Ein Artikel des vorliegenden Monatsberichts stellt die „Hausbank Europas“ vor und beleuchtet dabei das Darlehensgeschäft außerhalb der EU etwas näher.



Jörg Asmussen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

» Übersichten und Termine

## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2009 .....	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2009.....	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....	33
Termine, Publikationen .....	36

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit

Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Für das Jahr 2009 ist derzeit davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr real um rund 6 % abnehmen wird. Es sind daher erhebliche Steuerausfälle

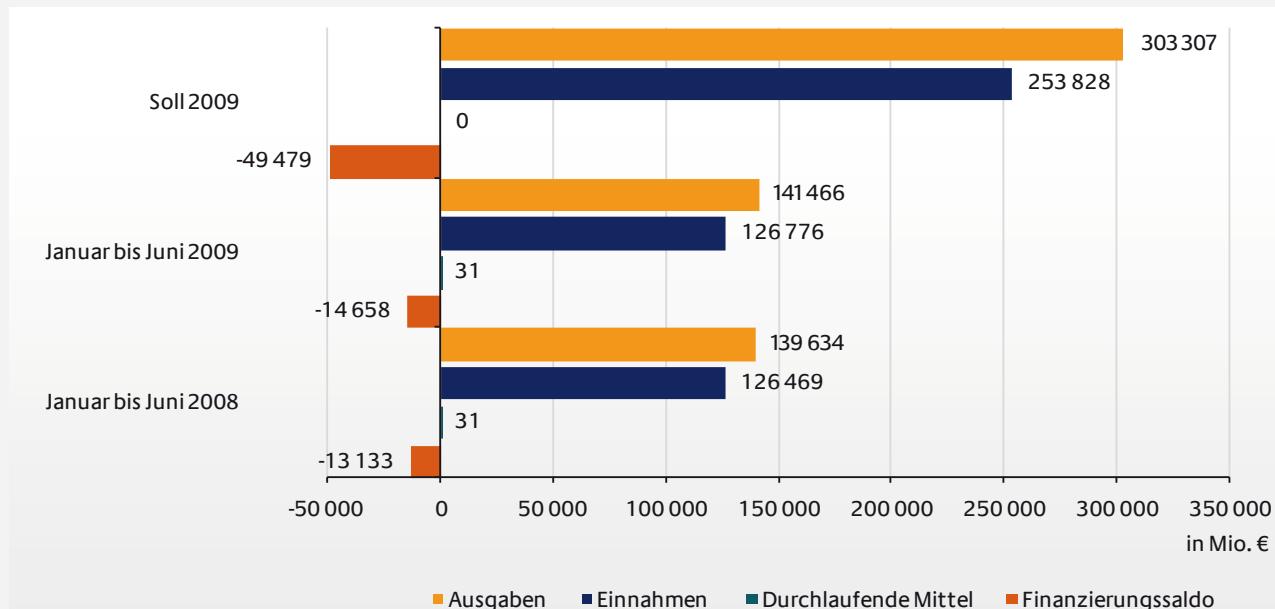
### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis Juni 2009
<b>Ausgaben (Mrd. €)</b>	<b>303,3</b>	<b>141,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	1,3
<b>Einnahmen (Mrd. €)</b>	<b>253,8</b>	<b>126,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	0,2
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>224,1</b>	<b>109,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-1,6
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>-49,5</b>	<b>-14,7</b>
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	11,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
<b>Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)</b>	<b>-49,1</b>	<b>-26,5</b>

<sup>1</sup> Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

sowie Mehrbelastungen im Bereich des Arbeitsmarktes zu erwarten. Mit der

2./3. Lesung hat der Deutsche Bundestag daher in seiner Sitzung am 2. Juli einen zweiten

### Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis Juni 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis Juni 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
			in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>50 394</b>	<b>53 595</b>	<b>26 003</b>	<b>18,4</b>	<b>23 956</b>	<b>17,2</b>	<b>8,5</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 993	5 717	3 065	2,2	2 815	2,0	8,9
Verteidigung	29 999	31 019	15 195	10,7	14 344	10,3	5,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 357	3 202	2,3	2 727	2,0	17,4
Finanzverwaltung	3 307	3 783	1 643	1,2	1 434	1,0	14,6
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>13 437</b>	<b>14 606</b>	<b>6 132</b>	<b>4,3</b>	<b>5 530</b>	<b>4,0</b>	<b>10,9</b>
BAföG	1 193	1 433	752	0,5	668	0,5	12,6
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	3 096	2,2	2 734	2,0	13,2
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	<b>140 439</b>	<b>152 691</b>	<b>74 905</b>	<b>52,9</b>	<b>75 478</b>	<b>54,1</b>	<b>-0,8</b>
Sozialversicherung	75 539	76 302	43 421	30,7	42 960	30,8	1,1
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	3 792	2,7	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34 776	37 810	17 540	12,4	17 101	12,2	2,6
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	11 192	7,9	11 168	8,0	0,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	1 734	1,2	1 972	1,4	-12,1
Wohngeld	772	591	357	0,3	191	0,1	86,9
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 769	4 424	2 297	1,6	2 530	1,8	-9,2
Kriegsopfersversorgung und -fürsorge	2 269	2 083	1 160	0,8	1 267	0,9	-8,4
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 058</b>	<b>1 274</b>	<b>466</b>	<b>0,3</b>	<b>430</b>	<b>0,3</b>	<b>8,4</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 607</b>	<b>1 857</b>	<b>602</b>	<b>0,4</b>	<b>582</b>	<b>0,4</b>	<b>3,4</b>
Wohnungswesen	1 062	1 210	502	0,4	454	0,3	10,6
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserversorgung, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 778</b>	<b>7 426</b>	<b>2 788</b>	<b>2,0</b>	<b>3 171</b>	<b>2,3</b>	<b>-12,1</b>
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	284	0,2	350	0,3	-18,9
Kohlenbergbau	1 816	1 465	1 375	1,0	1 817	1,3	-24,3
Gewährleistungen	698	2 400	261	0,2	295	0,2	-11,5
<b>Verkehrs und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 231</b>	<b>12 894</b>	<b>4 626</b>	<b>3,3</b>	<b>4 508</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6 787	2 117	1,5	2 072	1,5	2,2
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	<b>16 991</b>	<b>15 965</b>	<b>6 977</b>	<b>4,9</b>	<b>5 161</b>	<b>3,7</b>	<b>35,2</b>
Bundeseisenbahnvermögen	4 326	5 506	2 434	1,7	1 337	1,0	82,0
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4 074	1 645	1,2	1 141	0,8	44,2
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>41 374</b>	<b>43 000</b>	<b>18 967</b>	<b>13,4</b>	<b>20 818</b>	<b>14,9</b>	<b>-8,9</b>
Zinsausgaben	40 171	41 431	18 247	12,9	20 005	14,3	-8,8
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>282 308</b>	<b>303 307</b>	<b>141 466</b>	<b>100,0</b>	<b>139 634</b>	<b>100,0</b>	<b>1,3</b>

<sup>1</sup>Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Nachtragshaushalt mit einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2009 auf 49,1 Mrd. € beschlossen. In den Tabellen und Grafiken zum Bundeshaushalt ist das Soll durchgängig angepasst.

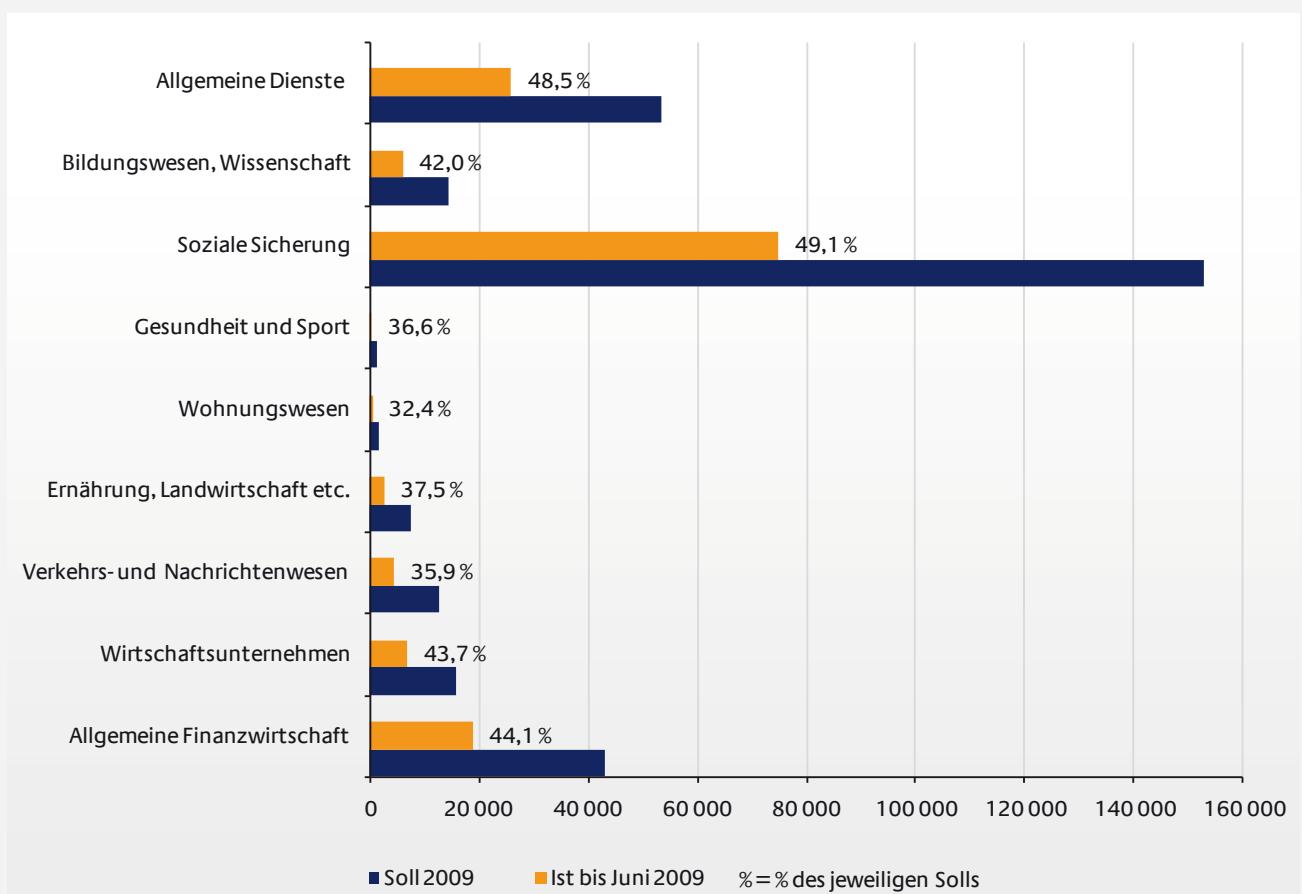
Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Juni mit 141,5 Mrd. € um 1,8 Mrd. € über dem Ergebnis vom Juni 2008 (+1,3%). Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung lag die Steigerung sogar bei + 4,1%. Die Einnahmen des Bundes lagen mit 126,8 Mrd. € um 0,3 Mrd. € leicht über dem Vorjahresergebnis. Dabei stiegen die Verwaltungseinnahmen um + 13,9 %. Die Steuereinnahmen gingen

im Vorjahresvergleich um - 1,6 % auf 109,3 Mrd. € zurück; dabei wurde das Monatsergebnis Juni bei den Steuereinnahmen durch einen Sondereffekt in Form einer Erstattung im Rahmen der sogenannten Eigenmittelabführungen an den EU-Haushalt deutlich positiv beeinflusst.

Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 14,7 Mrd. € ableiten.

Mit dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ (ITF), das mit einer eigenen Kreditermächtigung ausgestattet ist, finanziert der Bund außerhalb des

### Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2009



Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Bundeshaushalts zusätzliche Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung. Unter Berücksichtigung der am 1. Juli 2009 in Kraft getretenen Gesetzesänderung stehen Fördermittel mit einem Gesamtvolumen

von 20,4 Mrd. € zur Verfügung. Bis Ende Juni waren insgesamt 1198 Mio. € abgeflossen, davon allein 1154 Mio. € bei dem mit 5 Mrd. € dotierten Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage.

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

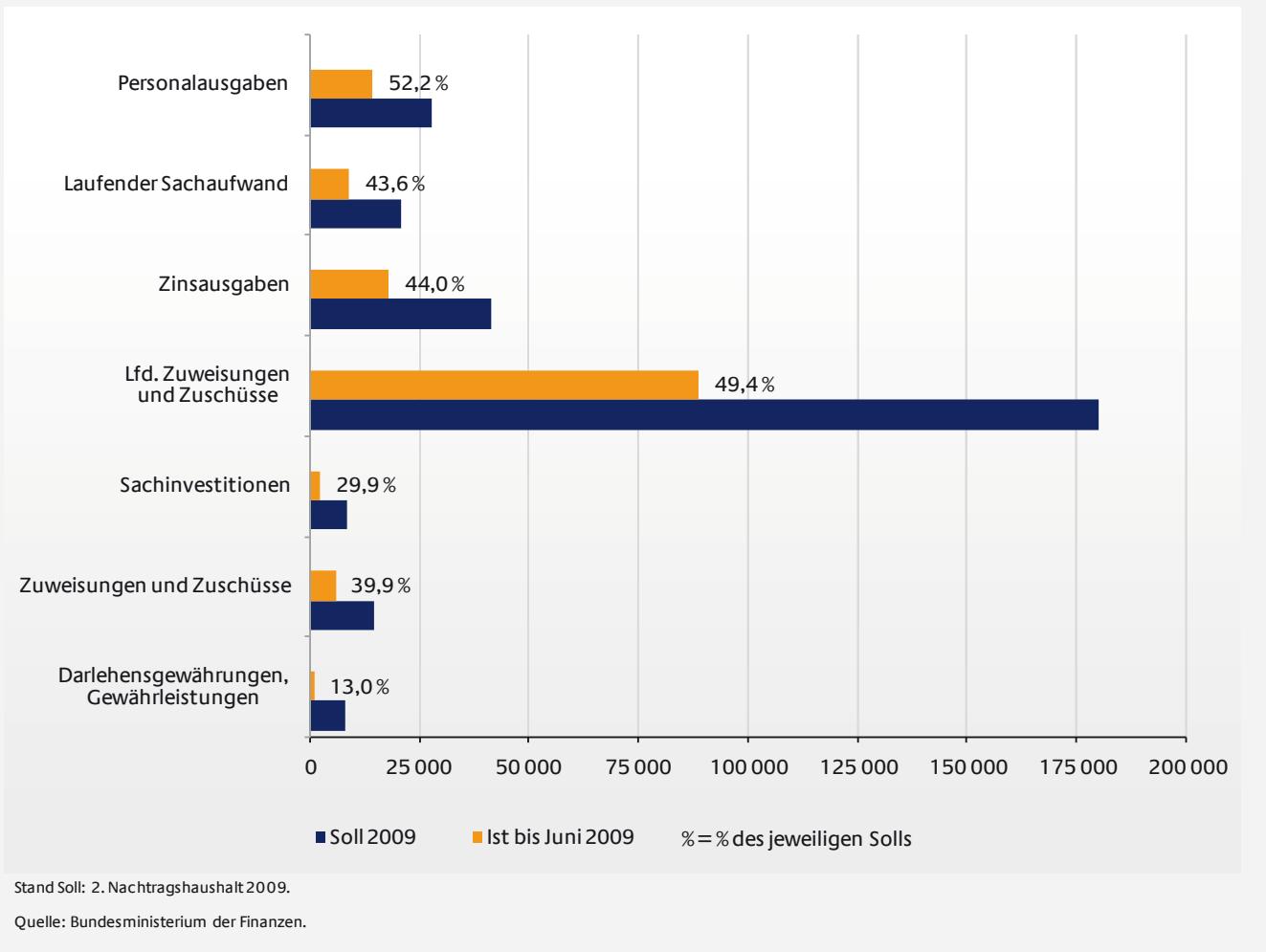
	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung		Ist - Entwicklung		Veränderung ggü. Vorjahr in %
			Januar bis Juni 2009 in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Juni 2008 in Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>257 992</b>	<b>270 639</b>	<b>131 014</b>	<b>92,6</b>	<b>130 186</b>	<b>93,2</b>	<b>0,6</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>	<b>14 516</b>	<b>10,3</b>	<b>13 605</b>	<b>9,7</b>	<b>6,7</b>
Aktivbezüge	20 298	20 959	10 724	7,6	10 116	7,2	6,0
Versorgung	6 714	6 832	3 792	2,7	3 489	2,5	8,7
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>	<b>9 206</b>	<b>6,5</b>	<b>8 297</b>	<b>5,9</b>	<b>11,0</b>
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	629	0,4	578	0,4	8,8
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	4 416	3,1	3 993	2,9	10,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 318	4 161	2,9	3 725	2,7	11,7
<b>Zinsausgaben</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>	<b>18 247</b>	<b>12,9</b>	<b>20 005</b>	<b>14,3</b>	<b>-8,8</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>168 424</b>	<b>179 871</b>	<b>88 821</b>	<b>62,8</b>	<b>88 106</b>	<b>63,1</b>	<b>0,8</b>
an Verwaltungen	12 930	15 055	6 683	4,7	5 444	3,9	22,8
an andere Bereiche	155 494	164 816	82 346	58,2	82 784	59,3	-0,5
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	10 777	7,6	10 157	7,3	6,1
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 881	15 079	10,7	15 227	10,9	-1,0
Sozialversicherungen	99 123	104 653	54 113	38,3	55 026	39,4	-1,7
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>2 642</b>	<b>417</b>	<b>223</b>	<b>0,2</b>	<b>172</b>	<b>0,1</b>	<b>29,7</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>24 316</b>	<b>32 802</b>	<b>10 452</b>	<b>7,4</b>	<b>9 448</b>	<b>6,8</b>	<b>10,6</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>17 117</b>	<b>24 153</b>	<b>7 866</b>	<b>5,6</b>	<b>6 974</b>	<b>5,0</b>	<b>12,8</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	14 018	14 961	5 963	4,2	5 202	3,7	14,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	1 074	0,8	1 152	0,8	-6,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	830	0,6	620	0,4	33,9
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>	<b>2 586</b>	<b>1,8</b>	<b>2 474</b>	<b>1,8</b>	<b>4,5</b>
Baumaßnahmen	5 777	7 061	2 000	1,4	1 972	1,4	1,4
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	375	0,3	331	0,2	13,3
Grunderwerb	504	533	211	0,1	170	0,1	24,1
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>- 134</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>282 308</b>	<b>303 307</b>	<b>141 466</b>	<b>100,0</b>	<b>139 634</b>	<b>100,0</b>	<b>1,3</b>

<sup>1</sup>Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2009



## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

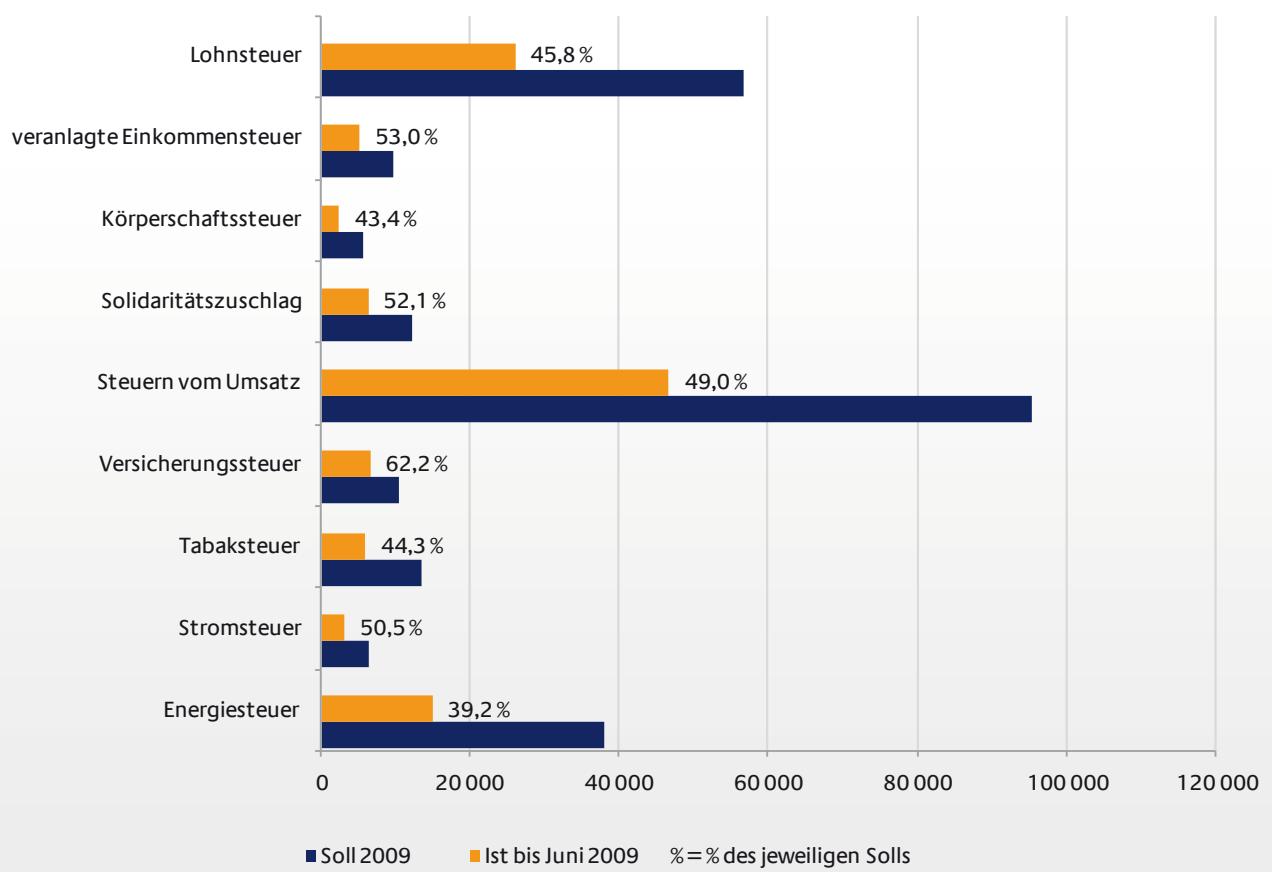
	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis Juni 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis Juni 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
<b>I. Steuern</b>	<b>239 231</b>	<b>224 068</b>	<b>109 323</b>	<b>86,2</b>	<b>111 142</b>	<b>87,9</b>	<b>-1,6</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	180 772	88 405	69,7	94 017	74,3	-6,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Zinsabschlag)	96 379	84 443	41 498	32,7	46 842	37,0	-11,4
davon:							
Lohnsteuer	60 310	56 670	25 933	20,5	27 287	21,6	-5,0
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9 711	5 147	4,1	5 986	4,7	-14,0
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 270	4 653	3,7	5 348	4,2	-13,0
Zinsabschlag	5 922	5 337	3 394	2,7	3 438	2,7	-1,3
Körperschaftssteuer	7 943	5 455	2 370	1,9	4 783	3,8	-50,4
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	46 588	36,7	46 783	37,0	-0,4
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 164	319	0,3	392	0,3	-18,6
Energiesteuer	39 248	37 835	14 836	11,7	14 238	11,3	4,2
Tabaksteuer	13 574	13 380	5 925	4,7	5 814	4,6	1,9
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	6 248	4,9	6 694	5,3	-6,7
Versicherungsteuer	10 478	10 450	6 501	5,1	6 490	5,1	0,2
Stromsteuer	6 261	6 200	3 129	2,5	3 141	2,5	-0,4
Branntweinabgaben	2 129	2 133	1 073	0,8	1 107	0,9	-3,1
Kaffeesteuер	1 008	1 000	488	0,4	481	0,4	1,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-13 784	-6 891	-5,4	-7 259	-5,7	-5,1
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-6 068	-4,8	-8 253	-6,5	-26,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-1 182	-0,9	-2 240	-1,8	-47,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-3 388	-2,7	-3 338	-2,6	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>31 246</b>	<b>29 760</b>	<b>17 454</b>	<b>13,8</b>	<b>15 327</b>	<b>12,1</b>	<b>13,9</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 568	4 339	3 996	3,2	4 086	3,2	-2,2
Zinseinnahmen	737	911	310	0,2	288	0,2	7,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	2 309	1,8	2 340	1,9	-1,3
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>270 476</b>	<b>253 828</b>	<b>126 776</b>	<b>100,0</b>	<b>126 469</b>	<b>100,0</b>	<b>0,2</b>

<sup>1</sup> Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 Übersichten und Termine

## FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten)  
Januar bis Juni 2009



Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2009

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Juni 2009 im Vorjahresvergleich um - 8,8 % und damit etwas stärker zurückgegangen als im Vormonat. Maßgeblich hierfür waren die drastischen Einbrüche bei der Körperschaftsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (jeweils gut - 50 %).

Insgesamt unterschritt das Ergebnis bei den gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat das Vorjahresergebnis um - 10,8 %. Bei den Bundessteuern wurde das Vorjahresniveau mit + 2,0 % leicht überschritten. Bei den Ländersteuern war der Rückgang im Berichtszeitraum mit - 5,8 % deutlich geringer als im Vormonat Mai 2009.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um + 2,3 %. Ausschlaggebend hierfür waren die Rückzahlungen von EU-Eigenmitteln durch die Europäische Kommission aufgrund der Anwendung des neuen Eigenmittelbeschlusses über die „Finanzielle Vorausschau 2007–2013“. Dieser konnte erst nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten am 1. März 2009 mit Rückwirkung in Kraft treten und führte nunmehr zur Anpassung der Zahlungsleistungen in Höhe von insgesamt 1,85 Mrd. €. Diese vorhersehbare Haushaltsentlastung ist bereits in der Steuerschätzung enthalten.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen für das 1. Halbjahr 2009 beläuft sich insgesamt auf - 5,0 % und für den Bund auf - 1,5 %.

Im Juni 2009 sind die kassenmäßigen Einnahmen aus der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahresmonat um - 5,2 % zurückgegangen. Anders als im Vormonat Mai können für den Juni keine Sondereffekte zur

Erklärung herangezogen werden. Wenngleich die Kindergeldzahlungen aufgrund der zu Jahresbeginn angehobenen Kindergeldsätze gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um + 3,2 % gestiegen sind, so ist der Rückgang des Lohnsteueraufkommens doch überwiegend der konjunkturellen Situation und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt geschuldet.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer fiel um lediglich - 7,6 % unter das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats und entwickelte sich damit deutlich besser, als angesichts der Wirtschaftskrise zu befürchten war. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG das Vorjahresniveau um + 17,2 % übertrafen. Die Vorauszahlungen gingen im Monat Juni nur um - 3,5 % zurück.

Ganz anders stellt sich die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer dar: Die Einnahmen reduzierten sich im Vorauszahlungsmonat Juni 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um mehr als die Hälfte (- 53,8 %). Aus der Zahlungsstrukturstatistik wird ersichtlich, dass dieser Rückgang vor allem durch einen Einbruch bei den Vorauszahlungen für das laufende Jahr (- 28,6 %) und einen starken Anstieg bei den Erstattungen für den Veranlagungszeitraum 2008 (+ 153,9 %) verursacht wurde.

Aus den Ergebnissen für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer lässt sich folgern, dass Personenunternehmen im Durchschnitt weniger starke Gewinneinbrüche zu verzeichnen haben als Kapitalgesellschaften. Hinzukommen dürfte die Tatsache, dass Körperschaften typischerweise schneller eine Anpassung der Vorauszahlungen beantragen als Einkommensteuerpflichtige.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2009

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2009	Juni in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Januar bis Juni in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Schätzungen für 2009 in Mio. € <sup>5</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr in %
					2009	
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 360	-5,2	64 455	-4,5	136 000	-4,2
veranlagte Einkommensteuer	7 964	-7,6	12 112	-13,9	22 850	-30,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	734	-51,7	9 307	-12,7	14 540	-12,3
Zinsabschlag	752	14,8	7 890	0,1	12 129	-9,9
Körperschaftsteuer	2 395	-53,8	4 741	-50,3	10 910	-31,2
Steuern vom Umsatz	14 498	1,6	86 512	0,4	176 550	0,3
Gewerbesteuerumlage	5	-61,2	786	-19,1	2 866	-14,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	5	X	678	-29,5	2 605	-23,9
<b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>37 713</b>	<b>-10,8</b>	<b>186 479</b>	<b>-5,7</b>	<b>378 450</b>	<b>-6,2</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 641	8,3	14 836	4,2	38 100	-2,9
Tabaksteuer	1 166	13,9	5 925	1,9	13 380	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	162	-4,7	1 071	-3,1	2 130	0,2
Versicherungsteuer	595	0,0	6 501	0,2	10 450	-0,3
Stromsteuer	611	-3,4	3 129	-0,4	6 200	-1,0
Solidaritätszuschlag	1 334	-16,4	6 248	-6,7	12 000	-8,7
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	0	0,0	0	0,0	3 719	X
übrige Bundessteuern	114	20,2	736	0,6	1 442	-1,9
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>7 623</b>	<b>2,0</b>	<b>38 446</b>	<b>0,6</b>	<b>87 421</b>	<b>1,3</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	408	-12,7	2 477	3,7	4 475	-6,2
Grunderwerbsteuer	386	-9,3	2 296	-26,8	4 485	-21,7
Kraftfahrzeugsteuer	688	-0,4	4 398	-9,9	4 581	-48,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	118	10,5	798	-0,6	1 515	-1,4
Biersteuer	67	-6,8	354	-1,5	725	-2,0
Sonstige Ländersteuern	17	-31,5	214	-4,2	329	2,6
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 684</b>	<b>-5,8</b>	<b>10 537</b>	<b>-10,6</b>	<b>16 110</b>	<b>-26,6</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	266	-13,0	1 812	-4,9	3 590	-10,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	-1 008	X	1 182	-47,3	2 260	-39,5
BSP-Eigenmittel	-837	X	6 068	-26,5	16 470	7,4
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>-1 580</b>	<b>X</b>	<b>9 062</b>	<b>-26,9</b>	<b>22 320</b>	<b>-3,3</b>
<b>Bund<sup>4</sup></b>	<b>25 680</b>	<b>2,3</b>	<b>110 895</b>	<b>-1,5</b>	<b>225 463</b>	<b>-5,7</b>
<b>Länder<sup>4</sup></b>	<b>19 907</b>	<b>-10,1</b>	<b>103 159</b>	<b>-6,1</b>	<b>208 981</b>	<b>-5,8</b>
<b>EU</b>	<b>-1 580</b>	<b>X</b>	<b>9 062</b>	<b>-26,9</b>	<b>22 320</b>	<b>-3,3</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>3 278</b>	<b>-5,1</b>	<b>14 159</b>	<b>-5,0</b>	<b>28 807</b>	<b>-8,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>47 285</b>	<b>-8,8</b>	<b>237 274</b>	<b>-5,0</b>	<b>485 571</b>	<b>-5,8</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

<sup>4</sup> Nach Ergänzungzuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>5</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2009.

## Übersichten und Termine

### STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JUNI 2009

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lagen die Einnahmen ungeachtet der hier wirksamen Erhöhung des Steuersatzes (von 20 % auf 25 %) um - 51,7 % deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Ausschüttungen von Dividenden haben das Volumen vom Vorjahr demnach bei weitem nicht erreicht.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wies als einzige gemeinschaftliche Steuer mit + 14,8 % einen kräftigen Anstieg auf, der aufgrund des von 30 % auf 25 % reduzierten Steuersatzes nicht zu erwarten war.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen im Berichtsmonat Juni 2009 um + 1,6 %. Besonders ausgeprägt war dabei erneut der Aufkommensrückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer mit - 29,4 %, während die Umsatzsteuer mit + 12,2 % über dem Vorjahresniveau lag. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist der steuertechnische Zusammenhang zu berücksichtigen, dass der von der Verringerung der Drittlandseinfuhren verursachte Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend niedrigere Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die wiederum das Aufkommen der Binnenumumsatzsteuer erhöhen.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern nahm gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um + 2,0 % zu. Die Energiesteuer konnte hier mit + 8,3 % noch einmal stärker zulegen als im Vormonat. Die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Kraftstoffe veränderten sich dabei im Vergleich zum Vorjahr nicht. Vielmehr erklärt sich der Zuwachs vollständig daraus, dass die Energiesteuer auf Heizöl das Vorjahresniveau um zwei Drittel übertraf und sich die Energiesteuer auf Erdgas im gleichen Zeitraum verdoppelte.

Die Tabaksteuer wies mit + 13,9 % ebenfalls eine positive Zuwachsrate auf. Alle übrigen aufkommensstarken Bundessteuern lagen jedoch im Minus, insbesondere der Solidaritätszuschlag mit - 16,4 %.

Die reinen Ländersteuern unterschritten im Juni 2009 ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahresmonat um - 5,8 %. Ausschlaggebend war insbesondere der Rückgang bei der Erbschaftsteuer (- 12,7 %), der Grunderwerbsteuer (- 9,3 %) und der Biersteuer (- 6,8 %). Die Kraftfahrzeugsteuer verfehlte ihr Vorjahresniveau nur knapp (- 0,4 %). Lediglich die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 10,5 %) konnte das Vorjahresergebnis übertreffen.

☰ Übersichten und Termine

## FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen stiegen im Juni gegenüber Mai. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 3,60 % lag, notierte Ende Juni bei 3,39 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich - gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 1,27 % Ende Mai auf 1,10 % Ende Juni. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 7. Mai 2009 folgende Zinsänderungen beschlossen: Mit Wirkung vom 13. Mai wurde der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,00 % gesenkt, der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde bei 0,25 % belassen und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde um 50 Basispunkte auf 1,75 % gesenkt.

Die europäischen Aktienmärkte sanken im Juni leicht; der Deutsche Aktienindex sank Ende

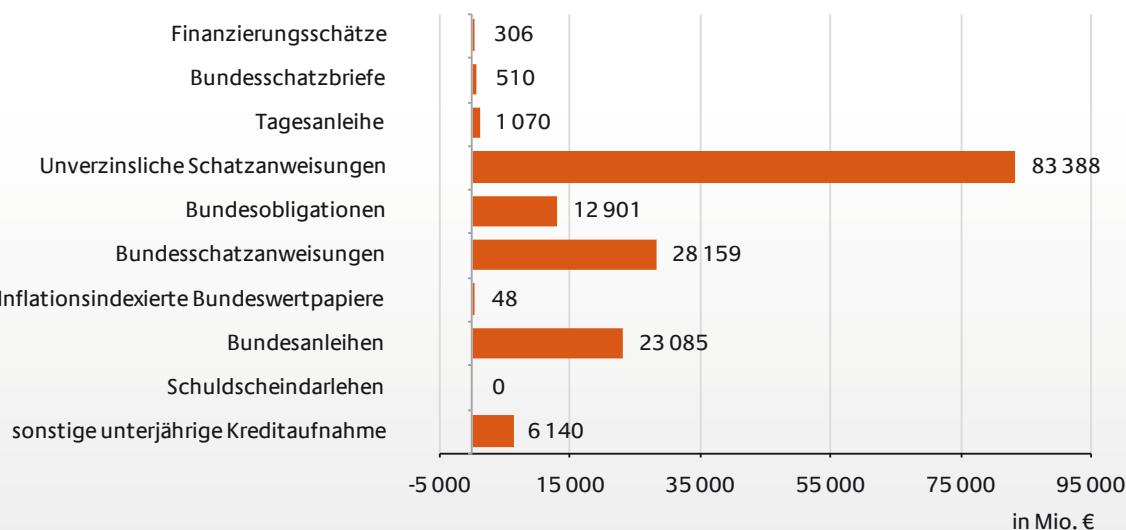
Juni auf 4 809 Punkte gegenüber 4 941 Punkten Ende Mai; der 50 Spaltenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 sank im gleichen Zeitraum von 2 451 Punkten auf 2 402 Punkte.

## Monetäre Entwicklung

Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich im Zuge der Finanzkrise und des konjunkturellen Abschwungs insgesamt weiter abgeschwächt.

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im Mai auf 3,7% (nach 4,9% im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum März 2009 bis Mai 2009 betrug 4,5%, verglichen mit 5,2% des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

Kreditaufnahme des Bundes inkl. Sondervermögen bis Mai 2009 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup>Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 3 868 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im Mai 2009 auf 3,1% (nach 3,7% im Vormonat). In Deutschland stieg diese Kreditwachstumsrate von 3,9% im April 2009 auf 4,0% im Mai 2009.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

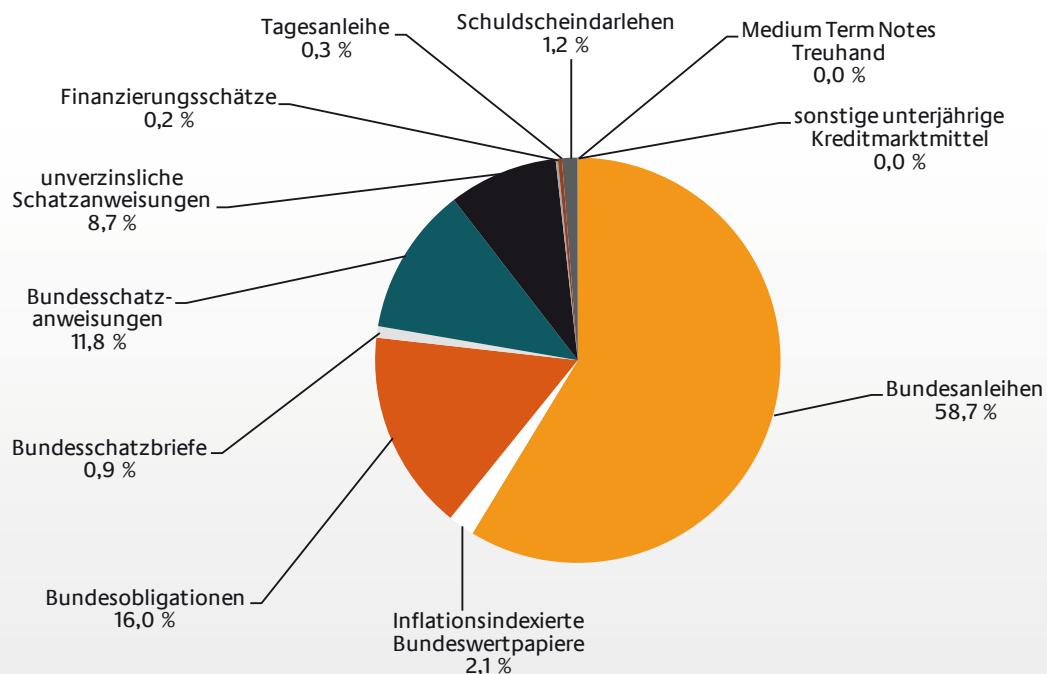
Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich Mai 2009 insgesamt 155,61 Mrd. €. Davon wurden 152 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 3,87 Mrd. €).

Die im Mai 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009“.

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Mai 2009 die Tilgungen auf rund 96,64 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 18,82 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 104,27 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 50,70 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,64 Mrd. € eingesetzt.

### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Mai 2009



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 1007,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 42,8 Mrd. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14,3
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	18,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	.	.	.	.	.	.	.	32,4
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	.	.	.	.	.	.	.	0,6
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	.	.	.	.	.	.	.	0,8
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	.	.	.	.	.	.	.	0,9
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-	.	.	.	.	.	.	.	-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2	-	.	.	.	.	.	.	.	0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	.	.	.	.	.	.	.	14,2
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	.	.	.	.	.	0,0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen</b>	<b>32,1</b>	<b>9,4</b>	<b>24,5</b>	<b>24,4</b>	<b>6,2</b>	.	.	.	.	.	.	.	<b>96,6</b>

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	.	.	.	.	.	.	.	18,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009**  
**Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137255 WKN 113725	Aufstockung	16. April 2009	2 Jahre fälltig 11. März 2011 Zinslaufbeginn 11. März 2009 erster Zinstermin 11. März 2010	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	6. Mai 2009	5 Jahre fälltig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Neumission	20. Mai 2009	10 Jahre fälltig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Neuemission	27. Mai 2009	2 Jahre fälltig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	3. Juni 2009	30 Jahre fälltig 4. Juli 2040 Zinslaufbeginn 4. Juli 2008 erster Zinstermin 4. Juli 2009	ca. 4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114154	Aufstockung	10. Juni 2009	5 Jahre fälltig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	ca. 6 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE1030526 WKN 103052	Neuemission	10. Juni 2009	10 Jahre fälltig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137263 WKN 113726	Aufstockung	17. Juni 2009	2 Jahre fälltig 10. Juni 2011 Zinslaufbeginn 29. Mai 2009 erster Zinstermin 10. Juni 2010	ca. 7 Mrd. €
<b>2. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 52 Mrd. €</b>

<sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

 Übersichten und Termine

## FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2009**  
**Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115335 WKN 111 533	Neuemission	6. April 2009	3 Monate fälltig 29. Juli 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115343 WKN 111 534	Neuemission	20. April 2009	6 Monate fälltig 14. Oktober 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115350 WKN 111 535	Neuemission	27. April 2009	12 Monate fälltig 28. April 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115368 WKN 111 536	Neuemission	11. Mai 2009	6 Monate fälltig 18. November 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115376 WKN 111 537	Neuemission	18. Mai 2009	3 Monate fälltig 26. August 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115384 WKN 111 538	Neuemission	25. Mai 2009	12 Monate fälltig 19. Mai 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115392 WKN 111 539	Neuemission	15. Juni 2009	6 Monate fälltig 9. Dezember 2009	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115400 WKN 111 540	Neuemission	22. Juni 2009	3 Monate fälltig 30. September 2009	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115418 WKN 111 541	Neuemission	29. Juni 2009	12 Monate fälltig 30. Juni 2010	ca. 5 Mrd. €
<b>2. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 51 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturdevelopment aus finanzpolitischer Sicht

- Aktuelles Indikatorenbild stärkt Erwartung einer konjunkturellen Bodenbildung.
- Aufwärtsgerichtete Grundtendenz der Auftragseingänge in der Industrie signalisiert günstigere Entwicklung der industriellen Erzeugung.
- Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt wird durch Kurzarbeit gemildert.
- Das ruhige Preisklima begünstigt die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Die gesamtwirtschaftliche Abwärtsdynamik in Deutschland hat zuletzt deutlich an Tempo verloren. Eine Reihe von Indikatoren deutet sogar darauf hin, dass die konjunkturelle Talfahrt in einigen Wirtschaftsbereichen bereits zum Stillstand gekommen sein könnte. Damit scheint die realwirtschaftliche Entwicklung die beobachtete Verbesserung der Stimmungsindikatoren allmählich nachzuvollziehen.

Trotz der jüngsten Stabilisierungstendenz, die vor allem im Produzierenden Gewerbe zu verzeichnen ist, befinden sich viele Indikatoren nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau. Die Entwicklung der vorliegenden Wirtschaftsdaten stützt die Einschätzung, dass die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2009 günstiger ausgefallen sein könnte als bisher geschätzt.

Auch wenn sich der Beschäftigungsabbau zuletzt fortgesetzt hat, zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin bemerkenswert robust gegenüber der Schärfe des konjunkturellen Einbruchs. Dabei hat die starke Ausweitung der Kurzarbeit die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwäche bisher abgemildert. Angesichts einer gewissen konjunkturellen Stabilisierungstendenz könnte die Kurzarbeit die beabsichtigte Brückenfunktion in einigen Wirtschaftsbereichen erfolgreich ausüben. Im Fall einer zögerlichen Erholung der Gesamtwirtschaft ist dennoch im

weiteren Jahresverlauf mit einer Zunahme der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die erhebliche Ausweitung der Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr schlagen sich – zusammen mit der Erhöhung des Kindergeldes zu Jahresbeginn – in einem deutlichen Rückgang der Einnahmen aus der Lohnsteuer nieder (Juni: - 5,2%; Januar bis Juni: - 4,5% jeweils im Vergleich zum Vorjahr). Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geht mit einer gedämpften Entwicklung der Einkommen einher. Dennoch deutet die Zunahme der Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz am aktuellen Rand und im 1. Halbjahr auf eine günstige Entwicklung des privaten Konsums in diesem Zeitraum hin (Juni: + 1,6%; Januar bis Juni: + 0,4% gegenüber dem Vorjahr).

Die nominalen Warenexporte sind im Mai (saisonbereinigt) wieder leicht angestiegen. Im Vormonat war allerdings ein kräftiger Rückgang zu verzeichnen, womit die nominalen Warenausfuhren im April/Mai in saisonbereinigter Betrachtung insgesamt 4,7% hinter dem durchschnittlichen Ergebnis von Februar/März zurückblieben. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Warenausfuhren im Mai (nach Ursprungswerten) um 24,5%. Im Zeitraum Januar bis Mai 2009 gingen die Exporte in den Nicht-Europaum der

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Europäischen Union gegenüber dem Vorjahr besonders deutlich zurück (- 27,9 %). Aber auch die Exporte in den Euroraum (22,5 %) und in Drittländer (- 21,7 %) fielen erheblich niedriger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die nominalen Warenimporte blieben im Mai in saisonbereinigter Betrachtung hinter dem Einführergebnis des Vormonats zurück. Im April war der Rückgang jedoch noch deutlich ausgeprägter ausgefallen. Im April/Mai lagen die Wareneinfuhren damit (saisonbereinigt) um 6,8 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorzeitraums. Das Vorjahresergebnis (April/Mai 2008) wurde um 22,8 % unterschritten.

Die zuletzt sehr günstige Entwicklung der Auslandsbestellungen – die sich bisher noch nicht in einer spürbaren Ausweitung der Handelsaktivität niedergeschlagen hat – spricht dafür, dass sich die Ausfuhraktivität in den nächsten Monaten stabilisieren könnte. Darauf deuten auch die jüngsten industriellen Konjunkturdaten – insbesondere der dreimalige Anstieg der ifo-Exporterwartungen in Folge – hin.

Nach einer spürbaren Verschlechterung im Vormonat überraschten die Industriemarktindikatoren im Mai mit einem deutlichen Plus. Sowohl die Industrieproduktion als auch die industriellen Umsätze machten den Rückgang des Vormonats mehr als wett. Insgesamt nahm die industrielle Erzeugung gegenüber dem Vormonat um saisonbereinigt 5,1 % zu. Nach Güterarten betrachtet wurde vor allem die Produktion von Investitionsgütern ausgeweitet. Aber auch die Erzeugung von Vorleistungsgütern stieg im Mai deutlich an, während im Konsumgüterbereich nur ein leichtes Plus verzeichnet werden konnte. Damit sind die Neuaufräge der vergangenen zwei Monate nun offenbar produktionswirksam geworden. Dies deutet zugleich darauf hin, dass der Lagerabbau in der Industrie inzwischen weitgehend abgeschlossen sein dürfte. Das Produktionsergebnis in der Industrie

profitierte im April/Mai erneut von der Ausweitung der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (saisonbereinigt + 9,8 % gegenüber Februar/März). Diese Entwicklung dürfte mit der anhaltenden Kfz-Nachfrage im Zusammenhang mit der Umweltprämie begründet sein. Die Industrieproduktion lag im Zweimonatsdurchschnitt April/Mai in saisonbereinigter Betrachtung noch leicht unter dem durchschnittlichen Niveau von Februar/März.

Die industriellen Umsätze stiegen im Mai (saisonbereinigt) um 4,5 % gegenüber dem Vormonat an und entwickelten sich damit in etwa entsprechend der Produktionsausweitung. Dabei fiel die Entwicklung der Auslandsumsätze noch etwas günstiger aus als die Umsatzentwicklung im Inland. Ein besonders gutes Umsatzergebnis wurde im Bereich der Investitionsgüter erzielt, wobei die (saisonbereinigte) Vormonatsrate bei den Auslandsumsätzen mit + 12,8 % sogar zweistellig ausfiel. Im Zweimonatsvergleich konnte ebenfalls ein industrielles Umsatzplus verzeichnet werden, wozu in diesem Zeitraum vor allem das Ergebnis im Konsumgüterbereich beitrug.

Die Auftragseingänge sind mit dem jüngsten Anstieg um saisonbereinigt 4,4 % gegenüber April nun auch in der Grundtendenz aufwärtsgerichtet. Die Ausweitung der Neuaufräge ist dabei breit über alle Gütergruppen verteilt. Sowohl im Zweimonats- als auch im Dreimonatsvergleich weist das Bestellvolumen einen Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorzeitraum auf, wobei die Vorleistungsgüternachfrage hier besonders kräftig ausfiel. Die Nachfrage kam dabei sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Insgesamt lag das Auftragsvolumen im April/Mai jedoch erneut spürbar unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Im Kfz-Bereich fiel das Volumen der Neuaufräge im April/Mai deutlich höher aus als in der entsprechenden Vorperiode (saisonbereinigt + 7,6 %), was auf einen kräftigen Anstieg des Bestellvolumens aus dem Ausland (+ 15,2 %) zurückzuführen war.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3. Q.08	4.Q.08	1.Q.09	3. Q.08	4.Q.08	1.Q.09
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,1	+1,3	-0,5	-2,2	-3,8	+1,4	-1,7	-6,7
jeweilige Preise	2 491	+2,8	-0,3	-1,3	-3,8	+2,8	+0,5	-5,1
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 885	+3,1	-0,0	-2,2	-5,5	+2,9	+0,1	-7,4
Arbeitnehmerentgelte	1 225	+3,5	+0,8	+0,3	-1,1	+3,9	+3,2	+0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	660	+2,6	-1,4	-6,7	-14,4	+1,4	-6,4	-20,9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 554	+2,6	+0,6	-0,5	-0,9	+3,2	+1,2	+0,0
Bruttolöhne und -gehälter	994	+3,8	+0,6	+0,2	-1,4	+4,3	+3,2	+0,4
Sparen der privaten Haushalte	181	+8,2	+2,0	+3,4	-1,5	+9,6	+8,3	+2,7
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	2008		Veränderung in % gegenüber					
	in Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 09	Mai 09	Zweimonats-durchschnitt	Apr 09	Mai 09	Zweimonats-durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	86	+6,1	+3,5	.	+6,7	-6,4	.	-4,0
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	993	+2,8	-5,0	+0,3	-4,7	-28,8	-24,5	-26,8
Waren-Importe	814	+5,7	-6,0	-2,1	-6,8	-23,0	-22,6	-22,8
in konstanten Preisen von 2005								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>	111,5	-0,0	-2,6	+3,7	-0,7	-22,2	-18,1	-20,1
Industrie <sup>2</sup>	113,4	+0,3	-3,1	+5,1	-0,3	-24,3	-19,2	-21,8
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,6	+0,0	-3,2	+1,3	+6,0	+1,3	+3,7
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	112,7	-0,3	-2,0	+4,5	+1,1	-23,6	-19,4	-21,5
Inland	108,8	+0,1	-0,1	+2,5	+2,2	-17,6	-15,6	-16,6
Ausland	117,3	-0,7	-4,4	+7,1	-0,3	-30,1	-23,8	-26,9
<b>Auftragseingang (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	111,3	-7,0	+0,1	+4,4	+4,2	-33,1	-28,8	-30,9
Inland	108,3	-5,7	+1,1	+3,9	+4,0	-28,9	-24,3	-26,6
Ausland	113,9	-8,2	-0,9	+5,2	+4,4	-36,6	-32,3	-34,5
Bauhauptgewerbe	102,7	-4,3	+6,3	.	+2,7	-9,1	.	-11,8
<b>Umsätze im Handel (Index 2005=100)</b>								
Einzelhandel (ohne Kfz. und mit Tankstellen)	96,6	-0,6	+1,4	-1,3	+0,8	+0,7	-3,7	-1,5
Handel mit Kfz	91,1	-5,1	-4,6	-2,4	-5,3	-2,7	+1,6	-0,7

Die positive Entwicklung der Industriekennzahlen im Mai steht im Einklang mit dem Ergebnis der jüngsten ifo-

Umfrage: Erstmals wies die Beurteilung der aktuellen Lage im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt wieder eine leichte Verbesserung

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen in Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 09	Mai 09	Jun 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	+60	+7	+31	+171	+175	+250
Erwerbstätige, Inland	40,35	+1,5	-61	-12	.	-150	-163	.
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-38	.	.	+70	.	.

Preisindizes	2008		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Apr 09	Mai 09	Jun 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09
Importpreise	109,9	+4,5	-0,8	+0,0	.	-8,6	-10,4	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	-1,4	+0,0	.	-2,7	-3,6	.
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	+0,0	-0,1	+0,4	+0,7	+0,0	+0,1

ifo-Geschäftsclima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09
Klima	-28,9	-35,2	-34,4	-35,4	-36,2	-33,1	-32,1	-28,9
Geschäftslage	-14,2	-25,8	-29,8	-34,7	-37,8	-36,1	-38,0	-38,3
Geschäftserwartungen	-42,4	-44,2	-38,9	-36,1	-34,7	-30,1	-25,9	-18,8

<sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup>Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

auf. Die Ausweitung des Bestellvolumens deutet zugleich darauf hin, dass die Auftragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe die Industrieproduktion im Jahresverlauf weiter begünstigen dürfte. Damit ist ein Ende der industriellen Talfahrt wahrscheinlicher geworden. Die Erwartung einer konjunkturellen Bodenbildung wird vor allem durch die nun positive Grundtendenz des industriellen Auftragsvolumens gestärkt. Allerdings befinden sich die Industrieindikatoren noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Der kräftige Anstieg der Erzeugung im Produzierenden Gewerbe gegenüber dem Vormonat (saisonbereinigt) war im Mai ausschließlich auf die Industrieproduktion zurückzuführen, während das Produktionsergebnis im Bauhauptgewerbe deutlich hinter dem des Vormonats zurückblieb. Dennoch ist die Bauproduktion

aufgrund der günstigen Entwicklung im März und April tendenziell weiter aufwärtsgerichtet.

Die privaten Haushalte profitieren vom im Vergleich zum Vorjahr viel niedrigeren Preisniveau für Energiegüter. Die Indikatoren signalisieren, dass der private Konsum auch im 2. Quartal eine stützende Rolle gespielt haben dürfte. So zeichnet sich bei den Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) – trotz des zuletzt beobachteten Rückgangs – ein Ende des Abwärtstrends ab. Damit deutet sich eine Stabilisierung der Umsatzzahlen auf niedrigem Niveau an. Der Zweimonatsvergleich stützt die Vermutung einer möglichen Verschiebung der privaten Konsumnachfrage vom Kfz-Bereich zum Nicht-Kfz-Bereich: Während die Umsätze im Kfz-Handel im April/Mai gegenüber dem Vorzeitraum deutlich sanken, wies der Einzelhandel (ohne Kfz) im Vormonatsvergleich ein leichtes Umsatzplus auf. Die erwartete Verbesserung des GfK-Konsumklimas für Juli sowie der zweimalige

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Anstieg der ifo-Geschäftserwartungen für den Einzelhandel deuten darauf hin, dass sich der private Konsum auch im weiteren Jahresverlauf günstig entwickeln könnte. Angesichts einer steigenden Arbeitslosenzahl bleibt jedoch abzuwarten, wie robust sich die Stabilisierungstendenz der Einzelhandelsumsätze gegenüber einer zu erwartenden Verschlechterung der Einkommensperspektiven privater Haushalte erweisen wird.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Folgen der Rezession zwar deutlich erkennbar. Angesichts der Schärfe des konjunkturellen Einbruchs sind der Beschäftigungsrückgang sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit jedoch insgesamt noch als moderat zu beurteilen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im Juni um 31 000 Personen angestiegen. Dabei haben auch Sondereffekte infolge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente eine Rolle gespielt. Ohne diese Effekte hätte die Arbeitslosigkeit im Juni um schätzungsweise 50 000 Personen zugenommen. Nach Ursprungszahlen stieg die registrierte Arbeitslosigkeit im Juni um 250 000 Personen (gegenüber dem Vorjahr) auf 3,41 Mio. Personen an. Die entsprechende Arbeitslosenquote belief sich auf 8,1% und war damit um 0,6 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr (West: 6,9 %, Ost: 12,9 %).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) ist im Mai gegenüber dem Vormonat leicht gesunken (- 12 000 Personen). Im Vorjahresvergleich (Ursprungswerte) setzte sich der Beschäftigungsabbau ebenfalls fort. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich im Mai um 163 000 Personen auf 40,10 Mio. Personen. Für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte liegen erst Daten bis April vor. Danach entfiel mehr als die Hälfte des gesamten Beschäftigungsabbaus im April gegenüber März auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse lag im April immer noch über dem Vorjahresergebnis, aber der Vorjahresabstand ist deutlich kleiner

geworden. In den konsumorientierten Dienstleistungsbereichen wie beispielsweise Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Gastgewerbe setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort. Einen spürbaren Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gab es dagegen bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen, vor allem bei den Arbeitnehmerüberlassungen.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen des drastischen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auf die Beschäftigung derzeit aufgrund einiger entlastender Effekte nicht in vollem Umfang erkennbar: Die starke Ausweitung der Kurzarbeit hat die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwäche bisher gemildert. So war die Zahl der Kurzarbeiter im 1. Quartal sprunghaft angestiegen. Allerdings hat sich im Mai und Juni der Zugang an neu angezeigter Kurzarbeit gegenüber den Vormonaten abgeschwächt. Darüber hinaus reagiert der Arbeitsmarkt typischerweise immer mit einer gewissen Verzögerung auf konjunkturelle Entwicklungen. Auch der Rückgang des Arbeitskräfteangebots 2009, der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf jahresdurchschnittlich 151 000 Personen geschätzt wird, dürfte entlastend auf die Entwicklung des Arbeitsmarkts wirken. Trotz der Stabilisierung einiger Konjunkturindikatoren am aktuellen Rand ist im weiteren Verlauf dieses Jahres nach wie vor mit einer Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt zu rechnen. Darauf deuten der Stellenindex der BA sowie Unternehmensbefragungen hin (ifo-Umfrage, DIHK-Frühsummerumfrage).

Die Preisentwicklung verläuft derzeit in ruhigen Bahnen. So lag der Verbraucherpreisindex (VPI) im Juni nur geringfügig über seinem Vorjahresniveau (+ 0,1%). Gegenüber dem Vormonat war ein Anstieg um 0,4 % zu verzeichnen. Im Vorjahresvergleich war die rückläufige Entwicklung bei Mineralölprodukten (- 21,7%) maßgeblich für die niedrige Inflationsrate.

## Übersichten und Termine

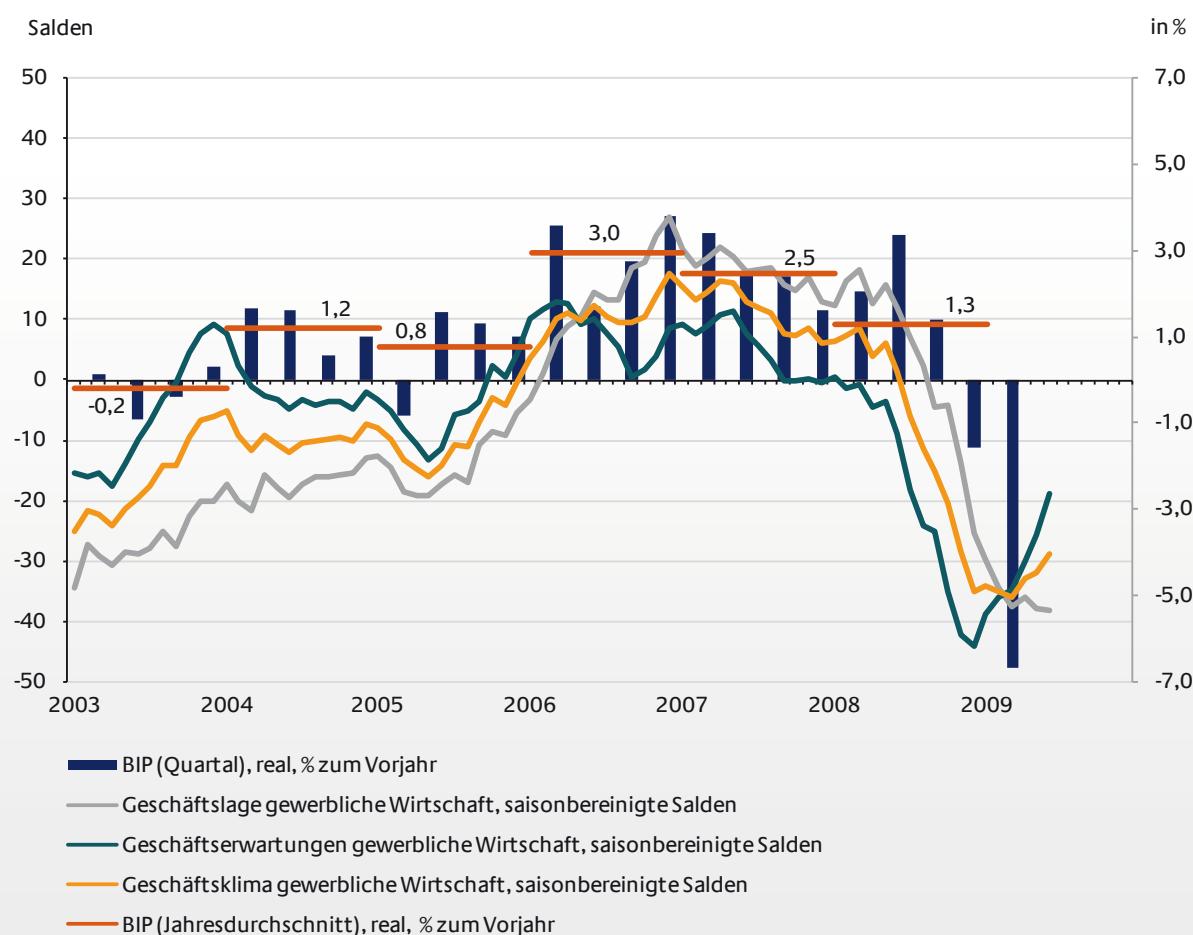
### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Dagegen war Strom um 6,9 % teurer als vor einem Jahr. Nahrungsmittel lagen um 0,9 % unter ihrem Vorjahresniveau. Spürbare Preisrückgänge gab es bei Milchprodukten sowie Speisefetten und -ölen. Die niedrige Jahresteuerungsrate war auch im Juni 2009 vor allem auf einen Basiseffekt zurückzuführen, der sich aus dem kräftigen Anstieg des Preisniveaus in der ersten Jahreshälfte 2008 ergibt. Eine deflationäre Tendenz ist hieraus nicht abzuleiten, denn der Preisrückgang beschränkt sich auf einige Teilkomponenten. Dagegen sind beispielsweise die Preise für Dienstleistungen und Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer im Juni weiter angestiegen. Auch die Kerninflation (VPI

ohne Berücksichtigung von Energie, Nahrungsmitteln und nichtalkoholischen Getränken) lag mit 1,4 % deutlich über dem Vorjahresniveau. Angesichts der Schwäche der Weltwirtschaft und den damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur dürfte die Entwicklung der Verbraucherpreise auch nach dem Auslaufen des Basiseffekts moderat bleiben.

Darauf deutet auch die erneut drastische Verbilligung importierter Güter im Mai hin (- 10,4 % gegenüber dem Vorjahr). Der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf deutlich rückläufige Importpreise für Rohöl

### BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsclima



## ► Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

(- 45,1%) und Mineralölerzeugnisse (- 47,9%) zurückzuführen. Ohne Einrechnung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise 4,7% unter dem Vorjahresniveau. Auch Importpreise für Erdgas sanken erneut (- 21,8%). Importe von Rohstoffen wie Steinkohle (+ 30,1%) und Eisenerze (+ 12,8 %) verteuerten sich dagegen spürbar. Im Nahrungsmittelsektor fielen die Preise gegenüber dem Vorjahr insbesondere für Getreide (- 27,5 %) sowie Milch und Milcherzeugnisse (- 12,6%).

Der Erzeugerpreisindex lag im Mai um 3,6% unter dem Niveau des Vorjahrs. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Entwicklung der Preise für Vorleistungsgüter. So gab es hohe Preisrückgänge bei Metallen (Betonstahl: - 52,7 %) und einigen Nichteisenmetallen (Kupfer: - 31,6 %). Energieprodukte verbilligten sich um 5,8 %. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise um 2,5 %. Auch Erzeugerpreise für Nahrungsmittel lagen deutlich unter ihrem Vorjahresniveau (- 3,4 %).

## Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2009

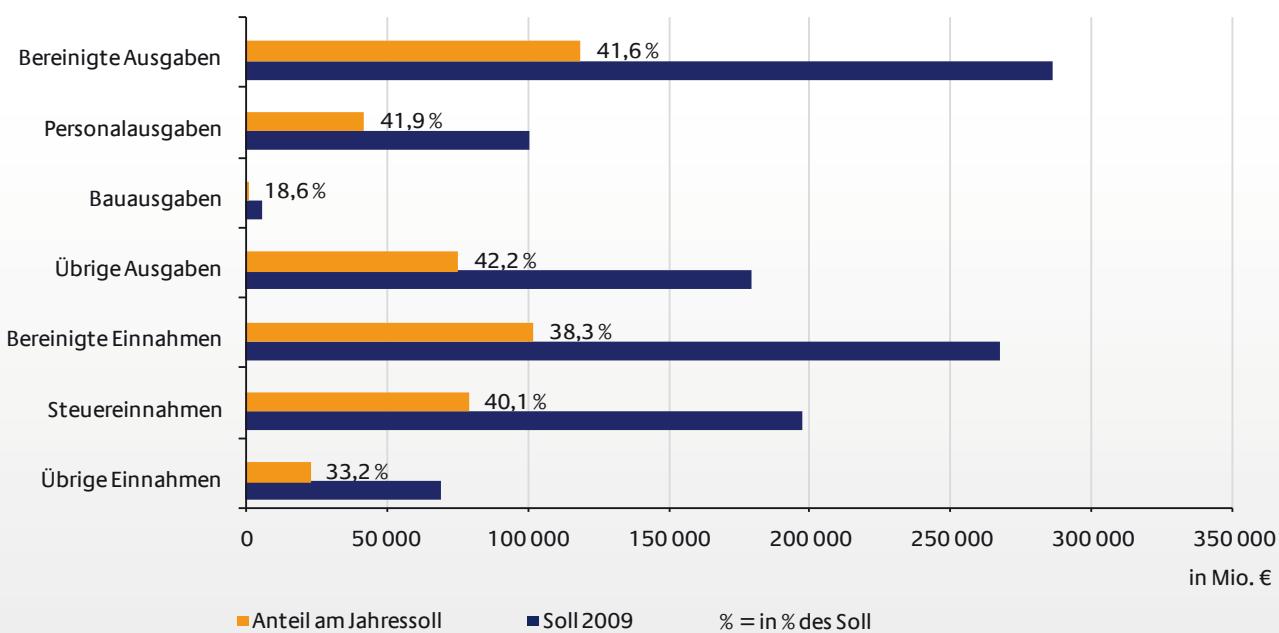
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2009

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2009 vor.

Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich Ende Mai deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um - 5,2 %, während die Ausgaben um + 8,2 % anstiegen. Die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit sind im Vergleich zum Vorjahr um - 4,2 % rückläufig. Während bei den Stadtstaaten ein Rückgang von - 11,8 %

und bei den ostdeutschen Flächenländern von - 5,1 % zu verzeichnen ist, verringerten sich die Steuereinnahmen bei den westdeutschen Flächenländern um - 3,0 %. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um + 8,2 % an. Zwar verringerten sich die Ausgaben in den Flächenländern Ost um - 1,2 % und in den Stadtstaaten um - 0,5 %, in den Flächenländern West erhöhten sich die Ausgaben jedoch um + 12,2 %. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums knapp 16,7 Mrd. € und lag damit um rund 14,6 Mrd. € über dem Vorjahreswert.

## Länder insgesamt

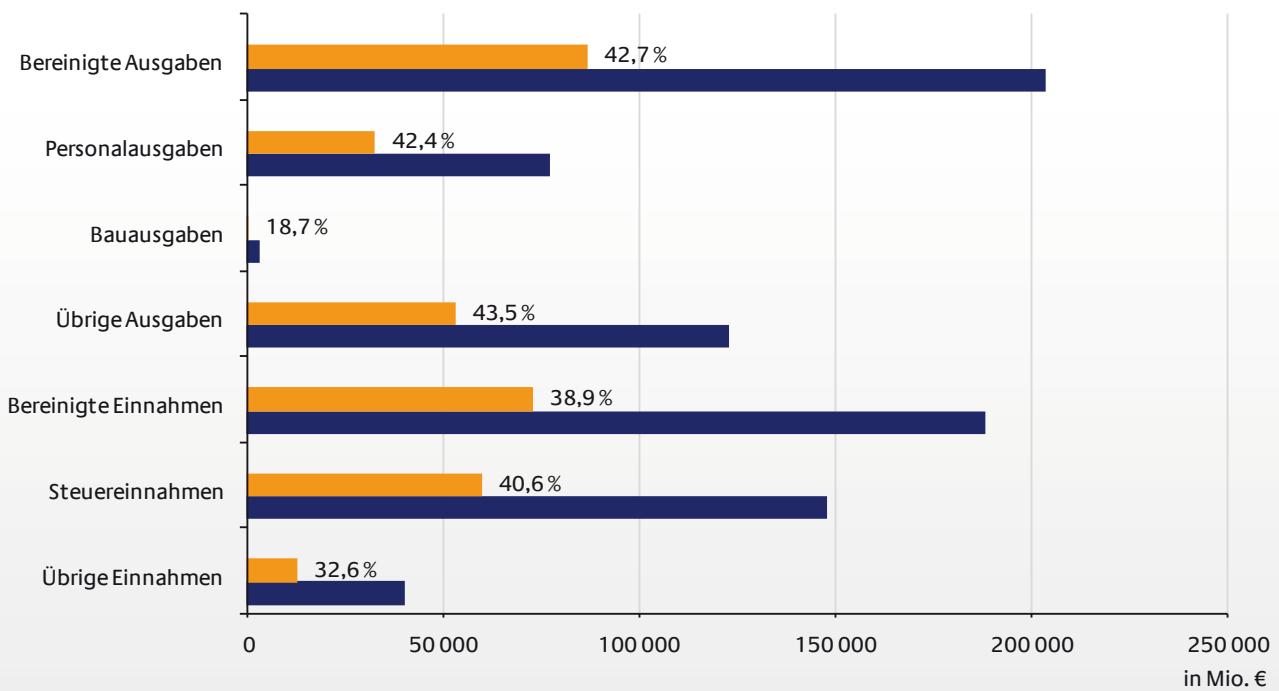


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2009

Flächenländer West

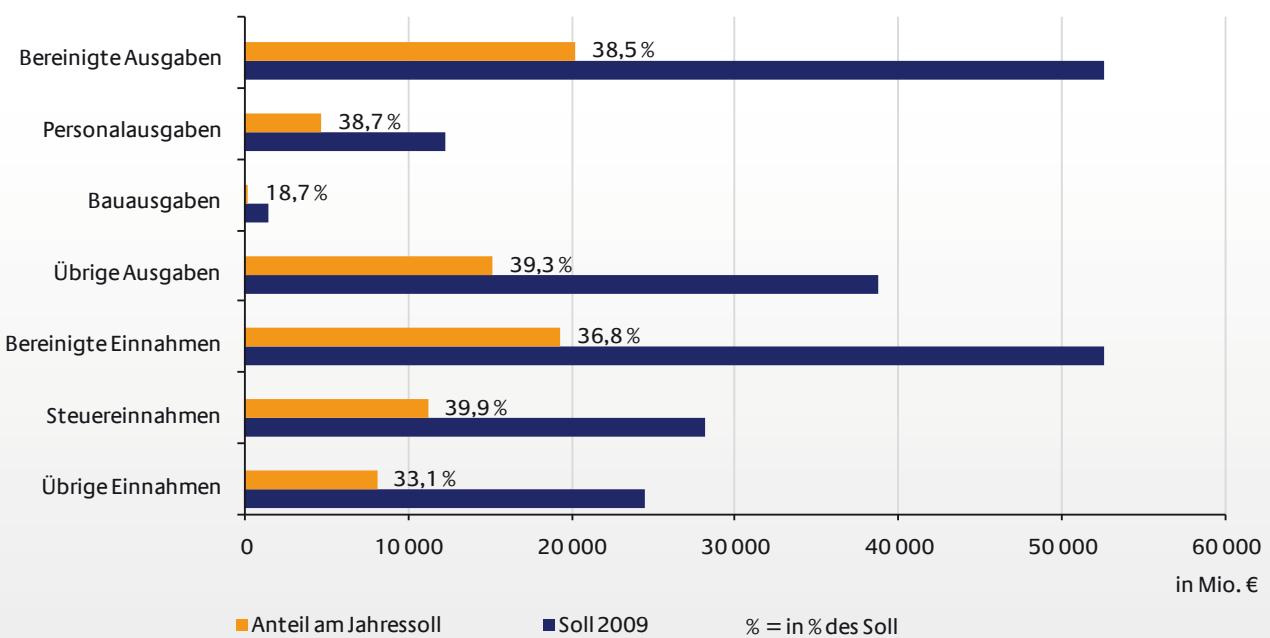


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2009

### Flächenländer Ost

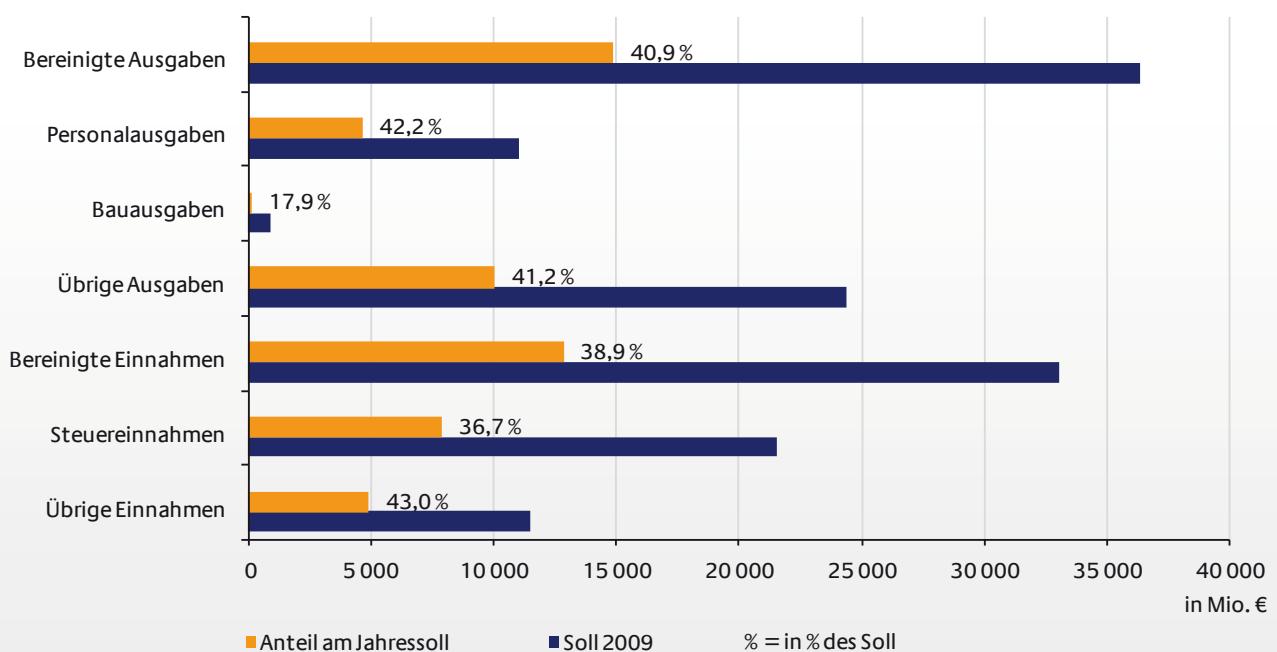


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS MAI 2009

#### Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. Juli 2009 in Brüssel

### Erläuterung des Arbeitsprogramms des Vorsitzes

In öffentlicher Sitzung stellte der schwedische Finanzminister Anders Borg das ECOFIN-Programm für die nächsten sechs Monate unter schwedischer Präsidentschaft vor. Schwerpunkte des Programms sind:

- **Gesetzgebungen zu einer neuen europäischen Finanzaufsicht**

Es solle ein robuster und effektiver EU-weiter Rahmen für Makro- und Mikroüberwachung geschaffen werden, unter anderem mit dem Ziel einer verbesserten Stabilität und eines Schutzes gegen künftige Finanzkrisen. Kommissar Charles McCreevy teilte mit, dass die Kommission am 23. September dieses Jahres Legislativvorschläge zur Verbesserung der EU-Finanzmarktaufsichtsstruktur vorlegen werde. Bis Oktober dieses Jahres werde die Kommission auch Vorschläge zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinie vorlegen, mit dem Ziel, prozyklische Effekte in Grenzen zu halten.

- **Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als Exit-Strategie**

Angesichts der derzeit sehr hohen Haushaltsdefizite in den Mitgliedstaaten sei eine glaubwürdige Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) entscheidend. Auch seien Fortschritte hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung notwendig.

- **Herausforderungen auf den Arbeitsmärkten**

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit werde eine der größten Herausforderungen sein. Dauerhafter

und langfristiger Arbeitslosigkeit müsse durch die Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit vorgebeugt werden. Protektionistischen Tendenzen gelte es entgegenzutreten. Der informelle ECOFIN im Oktober werde sich mit den Herausforderungen der hohen Arbeitslosigkeit befassen, die Ergebnisse könnten in die ECOFIN-Schlussfolgerungen des Dezember-ECOFIN einfließen.

- **Zukunft der Lissabon-Strategie nach 2010**

Die wirtschaftliche Krise werde eine nachhaltige Auswirkung auf das Wachstumspotenzial haben. Deshalb sei eine umfassende Strategie für nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung erforderlich. Die EU müsse so gestaltet werden, dass sie von der Globalisierung profitieren könne. Hierzu seien Investitionen in das Humankapital, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wichtig. Der Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt solle durch einen besseren Zugang zu bezahlbarer Kinderbetreuung und durch ein Steuersystem, das den Eintritt in den Arbeitsmarkt begünstigt, erhöht werden. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie erfordere vor allem eine starke nationale und regionale Eigenverantwortung (ownership), effizientes „Benchmarking“ und Evaluierung sowie widerstandsfähige institutionelle Rahmenbedingungen zur Förderung von Produktivität und anhaltendem Wachstum. Für den Dezember-ECOFIN sollen Schlussfolgerungen erarbeitet werden.

## █ Übersichten und Termine

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

#### ▪ Internationale Klimaschutzverhandlungen

Der Klimawandel sei eine der größten Herausforderungen und von höchster Priorität für die schwedische Präsidentschaft. Ziel sei, auf dem Gipfeltreffen in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres Vereinbarungen über signifikante Emissionssenkungen zu erreichen. Die finanziellen Aspekte seien für die internationalen Verhandlungen sehr wichtig. Hiermit solle sich der informelle ECOFIN im Oktober dieses Jahres befassen, zu dem auch internationale Sachverständige eingeladen würden. Der Dezember-ECOFIN solle dann Schlussfolgerungen verabschieden. Die Präsidentschaft werde eine enge Zusammenarbeit zwischen dem ECOFIN-Rat und dem Umwelt-Rat sicherstellen.

Anschließend erfolgte die Aussprache unter den Finanzministern. Minister Peer Steinbrück begrüßte das Programm und sagte der schwedischen Präsidentschaft die deutsche Unterstützung zu. Er regte an, das Thema „Rechnungslegung - IASB (Board für Internationale Rechnungslegungsstandards)“ auf die Tagesordnung zu setzen. Zudem müsse man sich mit den Lehren aus der Krise für die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung beschäftigen.

Das ECOFIN-Arbeitsprogramm sowie die vorläufigen Tagesordnungen sind im Internet eingestellt unter: [http://www.se2009.eu/en/the\\_presidency/about\\_the\\_eu/economic\\_and\\_financial\\_affairs/work\\_programme\\_and\\_agendas\\_for\\_the\\_ecofin\\_council\\_during\\_the\\_swedish\\_presidency/1.7138](http://www.se2009.eu/en/the_presidency/about_the_eu/economic_and_financial_affairs/work_programme_and_agendas_for_the_ecofin_council_during_the_swedish_presidency/1.7138)

#### Maßnahmen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009

Die Präsidentschaft berichtete kurz über die wichtigsten nun anstehenden Arbeitsfelder (Finanzmarktaufsicht und Finanzierung des Klimaschutzes). Kommissar Joaquín Almunia betonte, im Bereich Klimawandel sei eine gemeinsame EU-Position mit Blick

auf den anstehenden Gipfel in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres noch vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh (USA) am 24./25. September dieses Jahres notwendig.

#### Vorbereitung der G20-Tagungen

Die Präsidentschaft und Großbritannien berichteten kurz über den Stand der Vorbereitungen der G20-Treffen. Die Präsidentschaft betonte die Bedeutung der Vorbereitungstreffen auf EU-Ebene, bei denen es um die Themen Weltwirtschaft, internationale Finanzinstitutionen, Finanzmarktarchitektur und aufsicht und die Finanzierung des Klimawandels gehen werde. Großbritannien berichtete, dass die Arbeiten zur Umsetzung der Gipfelbeschlüsse von London voranschritten und sagte einen Fortschrittsbericht zu.

#### Prozyklische Effekte

Beim Thema „Prozyklizität“ geht es darum, Vorgaben und Regeln in verschiedenen Bereichen so zu gestalten, dass sie nicht zu einer Verschärfung des Konjunkturzyklus (im positiven wie im negativen Sinn) beitragen können. Diskutiert werden unter anderem entsprechende Anpassungen der internationalen Rechnungslegungsstandards, die Einführung dynamischer Rückstellungen im Kreditgewerbe („Dynamic Provisioning“) beziehungsweise eine antizyklische Ausgestaltung der aufsichtlichen Kapitalanforderungen nach Basel II sowie entsprechende Vorgaben für Entlohnungssysteme.

Minister Steinbrück setzte sich für eine Ergänzung des Entwurfs der Schlussfolgerungen um einen von der deutschen Bundeskanzlerin bereits beim vergangenen Europäischen Rat im Juni dieses Jahres eingebrachten Vorschlag zur kurzfristigen, zeitlich befristeten Modifikation der Eigenkapitalvorschriften ein. Angesichts der geringen Unterstützung durch andere Mitgliedstaaten akzeptierte Deutschland einen Vorschlag der Kommission. Demnach

## ► Übersichten und Termine

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

werde diese für den informellen ECOFIN-Rat am 1./2. Oktober dieses Jahres einen Bericht vorlegen, in dem die kurzfristigen Wirkungen der Rezession auf externe Ratings der Rating-Agenturen, die Eigenkapitalanforderungen und die Kreditvergabe der Banken untersucht werden. Dieser Bericht soll sowohl beim informellen ECOFIN am 1./2. Oktober als auch beim ECOFIN am 20. Oktober dieses Jahres behandelt werden. Die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates wurden daraufhin einvernehmlich verabschiedet.

### Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

- **Defizitverfahren**
- **Aktualisierte Stabilitäts- und Konvergenzprogramme**

Der ECOFIN-Rat verabschiedete einvernehmlich Entscheidungen zur Feststellung eines übermäßigen Defizits und Empfehlungen zum Abbau des übermäßigen Defizits in Lettland, Litauen, Malta, Polen und Rumänien. Danach sind die Mitgliedstaaten aufgerufen, innerhalb der nächsten sechs Monate effektive Maßnahmen zum Defizitabbau zu ergreifen. Für Ungarn wurden überarbeitete Empfehlungen angenommen. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangssituationen wurde die Beendigung der Situation eines übermäßigen Defizits für Malta bis 2010, für Litauen und Rumänien bis 2011 sowie für Lettland und Polen bis 2012 vorgesehen.

Darüber hinaus verabschiedete der ECOFIN-Rat Stellungnahmen zu den noch ausstehenden Stabilitätsprogrammen von Belgien und Österreich sowie zu den Konvergenzprogrammen von Rumänien, Slowenien und der Slowakei.

 Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4./5. September 2009	G20-Finanzministertreffen in London
24./25. September 2009	3. Weltfinanzgipfel in Pittsburgh, Pennsylvania

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettsbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

## ► Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Publikationen des BMF

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup>

Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Analysen und Berichte

## Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013 .....	39
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008 .....	55
EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen.....	71
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben.....	74
Die Europäische Investitionsbank (EIB) .....	85

 Analysen und Berichte

ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

# Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 bis 2013 .....	39
2	Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	40
3	Finanzpolitische Ausgangslage.....	41
3.1	Situation der Sozialversicherung .....	42
3.2	Entwicklung wesentlicher Kennziffern .....	42
4	Aktuelle Herausforderungen für die Finanzpolitik: Wirtschaftskrise bekämpfen, Wachstumsdynamik stärken, Handlungsfähigkeit zurückgewinnen .....	42
4.1	Zukunftsorientierte Finanzpolitik - Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln...	44
5	Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern .....	45
5.1	Neue Schuldenregel: Erheblicher Konsolidierungsbedarf ab dem Jahr 2011.....	46
5.2	Weitere Entwicklung wichtiger finanzpolitischer Kennziffern .....	46
5.3	Entwicklung der Einnahmenbasis .....	47
6	Wesentliche Politikbereiche .....	49
6.1	Bildung und Forschung .....	49
6.2	Entwicklungs zusammenarbeit .....	49
6.3	Innere Sicherheit.....	50
6.4	Verteidigung.....	50
6.5	Umwelt.....	50
6.6	Wirtschafts- und Technologieförderung.....	51
6.7	Verkehr und Wohnungswesen.....	51
6.8	Renten- und Krankenversicherung .....	52
6.9	Arbeitsmarkt.....	52
6.10	Familie.....	53
7	Personal und Verwaltung.....	53

- Infolge der globalen wirtschaftlichen Krise verzeichnet der Bundeshaushalt in Bezug auf den erfolgreichen Konsolidierungskurs der letzten Jahre einen schweren Rückschlag.
- Die Nettokreditaufnahme erreicht im Haushaltsjahr 2010 den historischen Höchststand von 86,1 Mrd. € und soll bis zum Jahr 2013 sukzessive auf 45,9 Mrd. € zurück geführt werden.
- Die mittel- und langfristig unabsehbaren Konsolidierungsziele sind aufgeschoben, jedoch nicht aufgegeben: Die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel findet - stufenweise - ab dem Jahr 2011 Anwendung und entfaltet für den Bundeshaushalt erstmalig im Haushaltsjahr 2016 volle Wirkung.

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2009 bis 2013

Deutschland befindet sich im Sog der weltwirtschaftlichen Abwärtsentwicklung; sämtliche Wirtschaftsdaten signalisieren

die heftigste Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Bestehen der Bundesrepublik. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Rezession angekommen. Die Arbeitslosenzahl ist seit dem November des vergangenen Jahres deutlich angestiegen. Auch bei der sozialversicherungspflichtigen

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Beschäftigung zeigen sich negative Auswirkungen. Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich in den nächsten Monaten verstärken.

Für das Jahr 2009 erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion einen deutlichen BIP-Rückgang von real 6,0 %. Rund drei Viertel des Rückgangs gehen auf den stark negativen Einfluss des Außenhandels zurück. Auch wenn die Bundesregierung für das Jahr 2010 von einem leichten BIP-Anstieg von real 0,5 % und damit von einer leichten konjunkturellen Erholung ausgeht, wird die gesamtwirtschaftliche Schwäche im Jahr 2010 anhalten.

Insbesondere werden die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten auch im nächsten Jahr bei weitem nicht ausgelastet sein. Das reale Wirtschaftswachstum bleibt merklich unter der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials.

Dies führt - mit zeitlicher Verzögerung - auch zu weiter zunehmenden Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung rechnet in ihrer Frühjahrsprojektion damit, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 um 450 000 Personen auf rund 3,7 Mio. Personen und im Jahr 2010 dann drastisch um etwa 900 000 Personen auf rund 4,6 Mio. Personen ansteigen wird.

Die Exporte werden sich erst im Jahr 2010 - im Zuge der weltwirtschaftlichen Stabilisierung - erholen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen sind durch eine Abwärtsentwicklung gekennzeichnet, die bis in das kommende Jahr anhalten wird. Die Bauinvestitionen werden sich in diesem Jahr zwar ebenfalls verringern, die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung wirken aber bremsend auf den Rückgang. Im kommenden Jahr werden die Aktivitäten im Baubereich leicht zunehmen. Obwohl mit einer deutlichen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gerechnet wird, dürfte

der private Konsum im Prognosezeitraum nur leicht zurückgehen. Die Maßnahmen der Bundesregierung (z. B. Senkung des Eingangssteuersatzes, niedrigere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Kinderbonus) sowie die Rentenerhöhung stützen die Einkommensentwicklung. Hinzu kommt, dass die Kaufkraft der privaten Haushalte durch das gesunkene Preisniveau für Energiegüter begünstigt wird.

Mittelfristig ist mit einer moderaten wirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Für die Jahre 2011 bis 2013 geht die Bundesregierung von einer realen Zunahme des BIP in Höhe von rund 2 % p. a. aus. Auch die Arbeitslosigkeit wird in den Jahren ab 2011 voraussichtlich wieder sukzessive zurückgehen.

## 2 Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht wird auch im Jahr 2010 ernsthaft und nachhaltig gestört sein. So befindet sich die deutsche Wirtschaft auch nach Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 21. April 2009 derzeit „in der tiefsten Rezession seit der Gründung der Bundesrepublik“. Im Jahr 2010 sei „nicht mit einer durchgreifenden Erholung zu rechnen“.

In dieser Situation ist es folgerichtig, dass die Bundesregierung die automatischen Stabilisatoren voll wirken lässt. Angesichts der heftigen Rezession wird es im laufenden Jahr zu Steuermindereinnahmen kommen, die zugleich die Ausgangsbasis für die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2010 schmälern. Darüber hinaus werden die Ausgaben für den Arbeitsmarkt 2010 im Vergleich zum Vorjahr stark ansteigen.

Um die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren, hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergrieffen. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

hat dazu beigetragen, einen Kollaps der Finanzmärkte zu verhindern. Es wurden zwei konjunkturgerechte Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht, um Beschäftigung zu sichern, konjunkturelle Schwankungen abzumildern und die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft zu stützen. Die ausgabeseitigen Wirkungen dieser Maßnahmenpakete erstrecken sich auch auf das Jahr 2010. Einige Maßnahmen wie zum einen die Einkommensteuersenkung und niedrigere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Konjunkturpaket II sowie zum anderen die Rentenerhöhung stützen die Einkommensentwicklung und tragen mit dazu bei, dass der private Konsum eine wichtige Stabilisierungskraft entfaltet.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und die Auswirkungen der automatischen Stabilisatoren zwingen den Bund vorübergehend zu einer deutlichen Erhöhung seiner Neuverschuldung. Mittel- und langfristig sind die Maßnahmen jedoch in eine Konsolidierungsstrategie eingebettet, die maßgeblich durch die im Rahmen der Föderalismuskommission II erarbeitete Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln bestimmt wird.

### 3 Finanzpolitische Ausgangslage

#### Entwicklung des Bundeshaushalts: Schwerer Rückschlag nach mehrjährig erfolgreichem Konsolidierungskurs

In den vergangenen Jahren ist es - auch vor dem Hintergrund einer positiven konjunkturellen Entwicklung - gelungen, die Nettokreditaufnahme des Bundes von 31,2 Mrd. € im Haushaltsjahr 2005 schrittweise auf 11,5 Mrd. € im Haushaltsjahr 2008 zurückzuführen. Nicht nur die Neuverschuldung, sondern auch die strukturelle Lücke - definiert als Summe aus Neuverschuldung und Privatisierung sowie

ähnlichen Einmalmaßnahmen - konnte seit Beginn dieser Legislaturperiode zunächst deutlich - von 51,4 Mrd. € im Jahr 2005 auf 18,1 Mrd. € im Jahr 2008 - reduziert werden.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres mehrten sich die Zeichen, dass der für 2011 geplante Ausstieg aus der Neuverschuldung in weite Ferne rücken würde. Während der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2009 noch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 10,5 Mrd. € vorsah, musste diese im Rahmen der parlamentarischen Beratungen bereits auf 18,5 Mrd. € erhöht werden. Ursächlich hierfür waren verschlechterte Erwartungen hinsichtlich der Steuereinnahmen, geringere Privatisierungserlöse infolge eines ungünstigeren Marktumfeldes sowie das im November 2008 auf den Weg gebrachte erste Konjunkturpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“.

Zu Beginn des Jahres 2009 zeigte sich dann, dass die Rezession Deutschland noch weit schwerer treffen würde. Die haushaltswirtschaftlichen Eckwerte des Bundeshaushalts 2009 waren wegen prognostizierter konjunktureller Mehrbelastungen sowie vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung in diesem Zusammenhang geschnürten Konjunkturpakets II nicht mehr annähernd zu halten. Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 musste die geplante Nettokreditaufnahme - auch wegen mehrerer sachlicher Änderungen, die im ursprünglichen Bundeshaushalt 2009 nicht mehr abgebildet werden konnten - auf einen Betrag von knapp 36,9 Mrd. € erhöht werden. Mit dem vom Deutschen Bundestag am 2. Juli 2009 beschlossenen 2. Nachtragshaushalt 2009 steigt die geplante Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt weiter auf 49,1 Mrd. €. Ursächlich für diese erneute Verschlechterung sind das weiter rückläufige Ergebnis der Mai-Steuerschätzung, sich abzeichnende höhere konjunkturbedingte Mehrausgaben im Bereich des Arbeitsmarktes sowie ein im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich notwendig werdendes

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

überjähriges Darlehen des Bundes an den Gesundheitsfonds.

Außerhalb des Bundeshaushalts wurden darüber hinaus - über mehrere Jahre zur Verfügung stehende - Kreditermächtigungen für den Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) und den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) bereitgestellt. Die Gesamt-Neuverschuldung des Bundes wird damit im laufenden Jahr erheblich über der Neuverschuldung des 2. Nachtragshaushalts 2009 liegen.

### 3.1 Situation der Sozialversicherung

Infolge der konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden Zunahme der Arbeitslosigkeit wird die Rücklage der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Laufe des Jahres 2009 voraussichtlich nahezu vollständig aufgezehrt werden, sodass die BA ab dem Jahr 2010 Darlehen des Bundes in Anspruch nehmen muss. Nach Einsetzen der konjunkturellen Erholung müssen diese an den Bundeshaushalt zurückgeführt werden.

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird der allgemeine Beitragssatz im Rahmen des Konjunkturpakets II mit Wirkung vom 1. Juli 2009 auf 14,9 % gesenkt. Im Gegenzug wird der im Einzelplan des Bundesministeriums für Gesundheit etablierte Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds erhöht. Es ist zu erwarten, dass der Gesundheitsfonds im Laufe des Jahres 2009 Liquiditätsdarlehen des Bundes in Anspruch nehmen wird, die spätestens bis zum Ende des Jahres 2011 zurückzuzahlen sind.

In der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt der Beitragssatz stabil. Allerdings zeichnet sich u. a. aufgrund der konjunkturellen Entwicklung ab, dass sich die nach früheren Berechnungen im Jahr 2012 regelgebunden erwartete Senkung des Beitragssatzes nicht realisieren lässt.

### 3.2 Entwicklung wesentlicher Kennziffern

Der veränderte Trend der gesamtwirtschaftlichen wie haushaltspolitischen Entwicklung spiegelt sich auch in der Entwicklung wichtiger finanzpolitischer Kennziffern wider:

- Der Anteil der Bundesausgaben (Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009) am BIP erhöht sich im Jahr 2009 auf rund 12,8 % (Vorjahr: rund 11,3 %).
- Die Staatsquote - die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen bezogen auf das BIP - wird merklich ansteigen, während die Abgabenquote in etwa konstant bleiben dürfte, da die Abgaben voraussichtlich in ähnlich starkem Maße zurückgehen werden wie die Verhältnisgröße, das nominale BIP.
- Das haushaltswirtschaftliche Defizit des Gesamtstaates (Maastricht-Defizit) wird - nachdem im vergangenen Jahr ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden konnte - im Jahr 2009 auf voraussichtlich 4 % des BIP ansteigen und den Referenzwert von 3 % damit klar überschreiten.

### 4 Aktuelle Herausforderungen für die Finanzpolitik: Wirtschaftskrise bekämpfen, Wachstumsdynamik stärken, Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit in einer historischen Rezession. Vor diesem Hintergrund ist es unmöglich, die Eckwerte des bisherigen mittelfristigen Finanzplans des Bundes, der für das Jahr 2011 erstmals seit 1969 das haushaltspolitische Ziel eines Haushaltsausgleichs ohne

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Nettokreditaufnahme im Fokus hatte, auch nur annähernd einzuhalten.

Im Gegenteil: Mit einem Betrag von rund 86 Mrd. € wird die Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 noch einmal rund 37 Mrd. € über dem im 2. Nachtragshaushalt 2009 vorgesehenen Ansatz liegen. In den nachfolgenden Jahren wird dieser Betrag dann wieder Schritt für Schritt zurückgeführt werden. Für das Jahr 2013 sieht der Finanzplan mit rund 46 Mrd. € allerdings eine Nettokreditaufnahme vor, die immer noch oberhalb der Neuverschuldung zu Beginn dieser Legislaturperiode liegt (Soll 2006: 38,2 Mrd. €).

Zu einer expansiv wirkenden Haushaltspolitik gibt es jedoch in der gegenwärtigen

Situation keine Alternative. Die hohe Neuverschuldung beruht mit rund 41,6 Mrd. € auf Steuermindereinnahmen, knapp 30 Mrd. € tragen Mehrausgaben im Bereich des Arbeitsmarktes bei, 6,3 Mrd. € sind der (zur Senkung des GKV-Beitrags vorgenommenen) Erhöhung des Bundeszuschusses an die gesetzliche Krankenversicherung geschuldet und weitere rund 2,7 Mrd. € resultieren aus sonstigen ausgabeseitigen Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturpakete I und II. Der Aufwuchs im Vergleich zu der in der bisherigen Finanzplanung für das Jahr 2010 vorgesehenen Nettokreditaufnahme von 6 Mrd. € ist damit vollständig auf das bewusste Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren und auf gezielt die Konjunktur stützende Entscheidungen zurückzuführen.

#### **Konjunkturpakete I und II: Gezieltes Gegensteuern rechtfertigt höhere Neuverschuldung**

Mit den Konjunkturpaketen I und II hat der Bund seit dem Herbst des vergangenen Jahres eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen der wirtschaftliche Abschwung abgedämpft wird und die Grundlagen für ein zukünftig höheres Wachstum gelegt werden. Im Fokus stehen gezielte Entlastungen der Bürger, die Sicherung von Arbeitsplätzen, umfangreiche Investitionen in die Zukunftsbereiche Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz sowie die Sicherung der Finanzierung von Unternehmen, damit diese Investitionen tätigen und Beschäftigung sichern können.

Die von der Bundesregierung ergriffenen gezielten Maßnahmen führen - genauso wie das Wirkenlassen der sogenannten automatischen Stabilisatoren - bereits im laufenden Haushaltsjahr zu einer gegenüber der ursprünglichen Planung höheren Neuverschuldung. Sie steigt mit dem Regierungsentwurf zum 2. Nachtragshaushalt auf 49,1 Mrd. €.

Im Jahr 2010 wirken sich auf der Ausgabeseite des Bundeshaushalts der erhöhte Zuschuss an die GKV (+ 6,3 Mrd. €, Konjunkturpaket I), höhere Investitionen im Bereich des BMBVS (+ 1,2 Mrd. €, Konjunkturpaket II) sowie die Risikovorsorge für zusätzliche Bundesgarantien für die Wirtschaft (+ 1,5 Mrd. €, Konjunkturpaket II) defizitsteigernd aus.

Auf der Einnahmeseite des Bundeshaushalts sind für das Jahr 2010 insbesondere die steuerlichen Entlastungen aus den Konjunkturpaketen I (rund 2,1 Mrd. €) und II (rund 3,3 Mrd. €) zu nennen. Dabei wurde im Rahmen des Konjunkturpakets II in erster Linie eine dauerhafte Absenkung der Einkommensteuerbelastung umgesetzt. Hiervon profitieren die privaten Haushalte und die mittelständischen Unternehmen (Personengesellschaften). Bereits im Rahmen des Konjunkturpakets I wurde zudem kleineren und mittleren Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, zeitlich befristet erweiterte Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Zusätzlich zu den im Bundeshaushalt veranschlagten Maßnahmen wurde mit dem Konjunkturpaket II auch der Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) als Sondervermögen errichtet. Dieses Sondervermögen hat eine eigene Kreditermächtigung und eine wirksame Tilgungsregelung. Für Investitionen der Öffentlichen Hand und zur Stärkung von Forschung und Konjunktur hat der Bund mit dem ITF ursprünglich insgesamt 16,9 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wurde durch eine - zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat beschlossene - Aufstockung der Umweltprämie für Kraftfahrzeuge noch einmal auf 20,4 Mrd. € erhöht.

Für Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand stellt die Bundesregierung mit dem ITF u. a. insgesamt rund 14 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich für die Bildungs- und sonstige Infrastruktur bereit. Davon werden 4 Mrd. € für zusätzliche Bundesinvestitionen und 10 Mrd. € als Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder eingesetzt. Die Länder und Gemeinden übernehmen darüber hinaus einen Kofinanzierungsanteil von 25 %, so dass für Investitionen in Kommunen und Ländern insgesamt mindestens 13,3 Mrd. € zur Verfügung stehen. Die Mittel können bis zum Jahr 2011 zur Ausfinanzierung begonnener Maßnahmen verwendet werden.

Von den Zukunftsinvestitionen der Länder und Kommunen werden 65 % der Mittel, also 8,6 Mrd. €, im Bildungsbereich eingesetzt, u. a. für Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen und Hochschulen, in Kindertagesstätten sowie in die Forschung. Die übrigen 4,7 Mrd. € können für die Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt werden, u. a. für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen.

Weitere Bestandteile des ITF sind das Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (nach Aufstockung der Umweltprämie jetzt 5 Mrd. €), das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (900 Mio. €) und die Förderung der Forschung im Bereich Mobilität (500 Mio. €).

## 4.1 Zukunftsorientierte Finanzpolitik - Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln

Ein wesentlicher Baustein für diese mittel- und langfristige Stabilisierung ist die von Bundestag und Bundesrat mit den Änderungen von Artikel 109 und 115 GG beschlossene neue Schuldenregel, die Bundesregierung und Haushaltsgesetzgeber beginnend mit dem Jahr 2011 zu einer stufenweisen Rückführung der strukturellen Nettokreditaufnahme verpflichtet und für den Bund im Haushaltsjahr 2016 dann erstmalig ihre volle Wirksamkeit entfalten wird. Die sich hieraus ergebenden haushaltswirtschaftlichen Konsequenzen sind in der Finanzplanung bis 2013 abgebildet.

Künftig gilt der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts. Beim Bund ist dabei ein

struktureller Verschuldungsspielraum in Höhe von maximal 0,35 % des BIP zulässig. Dieser Grundsatz des ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts gilt bezogen auf die um finanzielle Transaktionen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Der generell zulässige Verschuldungsspielraum von 0,35 % des BIP wird in schlechten Zeiten entsprechend den konjunkturellen Wirkungen erweitert und in guten Zeiten verringert. Das Konjunkturbereinigungsverfahren orientiert sich am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Über ein Kontrollkonto mit Ausgleichspflicht wird die Einhaltung der Schuldenregel im Haushaltsvollzug sichergestellt.

Die Neuregelung findet erstmals für das Haushaltsjahr 2011 Anwendung. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Artikel 143d Absatz 1 GG) ist jedoch festgelegt, dass für den Bund noch bis einschließlich 2015

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

**Tabelle 1: Berechnung der strukturellen Kreditaufnahme 2010**

Nettokreditaufnahme laut Regierungsentwurf 2010	86,1 Mrd. €
Abzug des durch den negativen Saldo der finanziellen Transaktionen gewährten zusätzlichen Nettokreditaufnahmespielraums	21,0 Mrd. €
Abzug des durch die Konjunkturkomponente gewährten zusätzlichen Nettokreditaufnahmespielraums	25,8 Mrd. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme	39,3 Mrd. €
Nominales BIP (Stand: Frühjahrsprognose 2009)	2 388,0 Mrd. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme 2010 in % des BIP als Ausgangswert für den Abbaupfad	1,6 %
Jährliche Abbauschritte ab dem Jahr 2011 bei gleichmäßiger Aufteilung der Abbauverpflichtung bis zu einer zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme von 0,35 % des BIP im Jahr 2016	0,2 %

Differenzen durch Rundung möglich.

Abweichungen hinsichtlich des strukturellen Verschuldungsspielraums vorgesehen werden können. Der Übergangspfad zur Erfüllung der neuen Regelung ab dem Jahr 2016 wird durch § 9 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 115 GG in der Weise ausgestaltet, dass das strukturelle Defizit des Jahres 2010 (nach derzeitigiger Schätzung auf Basis des Regierungsentwurfs 2010: 39,3 Mrd. €, entsprechend rund 1,6 % des BIP) ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten zurückgeführt werden muss. Bei linearer Ausgestaltung des Abbaupfades

ergeben sich ab dem Jahr 2011 bis zur vollen Geltung der Schuldenregel im Jahr 2016 mit einer zulässigen strukturellen Kreditaufnahme von 0,35 % des BIP jährliche Abbauschritte in Höhe von rund 0,2 % des BIP.

## 5 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Bundeshaushalt 2010 und der Finanzplan bis 2013 sehen folgende Eckwerte vor:

**Tabelle 2: Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern**

	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2008	2009 <sup>1</sup>	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €					
<b>Ausgaben</b>	<b>282,3</b>	<b>303,3</b>	<b>327,7</b>	<b>321,1</b>	<b>318,3</b>	<b>313,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+8,0	-2,0	-0,9	-1,5
jahresdurchschnittliche Veränderung 2009 bis 2013 in %				+0,8		
<b>Einnahmen</b>	<b>282,3</b>	<b>303,3</b>	<b>327,7</b>	<b>321,1</b>	<b>318,3</b>	<b>313,5</b>
Steuereinnahmen	239,2	224,1	213,8	221,9	232,4	240,6
Sonstige Einnahmen	31,5	30,2	27,8	27,5	27,2	27,0
davon Einnahmen aus Kapitalvermögen (u. a. Privatisierung)	6,7	2,0	2,3	3,3	3,6	3,6
Nettokreditaufnahme nachrichtlich:	11,5	49,1	86,1	71,7	58,7	45,9
<b>Investitionen</b>	<b>24,3</b>	<b>32,8</b>	<b>48,6</b>	<b>43,3</b>	<b>39,1</b>	<b>35,0</b>

<sup>1</sup>2. Nachtragshaushalt 2009/Differenzen durch Rundung möglich.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Die Eckwerte des Bundeshaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung bilden die Belastungen aufgrund der aktuellen Krise wie auch die zu erwartende schrittweise Entlastung in den folgenden Jahren ab.

Insbesondere wegen der zusätzlichen Belastungen im Bereich des Arbeitsmarkts steigen die Ausgaben im Jahr 2010 gegenüber dem 2. Nachtragshaushalt 2009 um rund 8 %. Auch vor dem Hintergrund deutlich geringerer Steuereinnahmen - der bisherige Finanzplan wies für das Jahr 2010 Steuereinnahmen in Höhe von rund 255,4 Mrd. € aus - erreicht die veranschlagte Neuverschuldung im Jahr 2010 mit 86,1 Mrd. € ein Rekordniveau.

#### 5.1 Neue Schuldenregel: Erheblicher Konsolidierungsbedarf ab dem Jahr 2011

Auf Grundlage der geschätzten strukturellen Neuverschuldung des Jahres 2010 (39,3 Mrd. € beziehungsweise 1,6 % des BIP) und des Anpassungspfades der neuen verfassungsrechtlichen Schuldenregel ergibt sich für die weiteren Finanzplanjahre eine zulässige strukturelle Kreditaufnahme in Prozent des BIP in Höhe von 1,4 im Jahr 2011, von 1,2 im Jahr 2012 und von 1,0 im Jahr 2013. Der dementsprechende zukünftige

Konsolidierungsbedarf beträgt nach derzeitigem Stand für das Jahr 2011 rund 4,9 Mrd. €, für das Jahr 2012 rund 11,1 Mrd. € und für das Jahr 2013 rund 18,5 Mrd. €. Er wird als Globalposition ausgewiesen, die in den Eckwerten der Finanzplanjahre berücksichtigt ist. Über konkrete Umsetzungsmaßnahmen - auf der Einnahme- beziehungsweise der Ausgabeseite - wird in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen der jeweiligen Haushaltaufstellungsverfahren zu entscheiden sein.

**Hinweis:** Hinsichtlich des Konsolidierungsbedarfs kann es in Zukunft insbesondere infolge einer geänderten Bewertung der konjunkturellen Perspektiven noch zu Abweichungen kommen, die dann im Rahmen der Haushaltaufstellung in den Finanzplanjahren zu berücksichtigen wären.

#### 5.2 Weitere Entwicklung wichtiger finanzpolitischer Kennziffern

Die Auswirkungen der globalen wirtschaftlichen Krise auf den Bundeshaushalt werden auch anhand der Entwicklung folgender finanzpolitischer Kennziffern deutlich:

**Tabelle 3: Berechnung des Konsolidierungsbedarfs ab dem Jahr 2011**

	2011	2012	2013
	in Mrd. €		
Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme in % des BIP	1,4 %	1,2 %	1,0 %
Nominales BIP (geschätzt, Basis Frühjahrsprognose 2009)	2 466	2 548	2 631
Nach der Schuldenregel maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme	35,3	30,9	26,3
Erweiterung des Nettokreditaufnahmespielraums durch die Konjunkturkomponente	20,7	15,9	11,5
Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um den (negativen) Saldo der finanziellen Transaktionen	15,8	11,9	8,2
<b>Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme</b>	<b>71,7</b>	<b>58,7</b>	<b>45,9</b>
Nettokreditaufnahme ohne Berücksichtigung des Konsolidierungsbedarfs aus der Schuldenregel	76,6	69,8	64,4
<b>Konsolidierungserfordernis aus der neuen Schuldenregel</b>	<b>4,9</b>	<b>11,1</b>	<b>18,5</b>

Differenzen durch Rundung möglich.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

- So steigt die Ausgabenquote - das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP, die sich noch im Jahr 2008 auf 11,3 % belief, auf Basis des 2. Nachtrags 2009 bereits im laufenden Jahr auf knapp 12,9 %. Im Haushaltsjahr 2010 wird sie auf 13,7 % anwachsen. Bis zum Ende des Finanzplanzeitraums geht sie auf 11,9 % zurück.
- Gleichzeitig verwandelt sich der sogenannte Primärüberschuss - der Saldo aus Einnahmen ohne Nettokreditaufnahme und den Ausgaben ohne Zinsen - bereits im Jahr 2009 in ein Primärdefizit in Höhe von - 7,6 Mrd. €. Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2010 beläuft sich dieser Saldo auf einen Betrag von - 46,8 Mrd. €. Erst im Jahr 2013 wird sich nach den Daten der mittelfristigen Finanzplanung mit + 6,2 Mrd. € wieder ein Überschuss ergeben.
- Dementsprechend steigt auch die Kreditfinanzierungsquote - der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben - signifikant an. Nachdem sie im Bundeshaushalt 2008 noch bei 4 % lag, wird sie im laufenden Jahr 16,2 % betragen. Sie steigt im Haushaltsjahr 2010 auf 26,3 % an, geht dann aber bis zum Ende des Finanzplanzeitraums wieder auf 14,6 % zurück.

### 5.3 Entwicklung der Einnahmenbasis

Neben den Steuerrechtsänderungen wird das Ergebnis der Steuerschätzung von der in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geprägt. Auch bei den für die Steuerschätzung relevanten Einkommensaggregaten waren deshalb deutliche Korrekturen nach unten notwendig. Für den Bund ergeben sich im Vergleich zu der jeweils letzten Schätzung für die Jahre 2009 bis 2012 Mindereinnahmen in Höhe von - 152,5 Mrd. €. Die veranschlagten Steuereinnahmen belaufen sich im Jahr 2010

auf 213,8 Mrd. €. Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum 2. Nachtragshaushalt 2009 um 10,2 Mrd. € beziehungsweise im Vergleich zum bisherigen Finanzplan um 41,6 Mrd. €. Infolge der zu erwartenden wirtschaftlichen Erholung wachsen die Steuereinnahmen zum Ende des Finanzplanzeitraums auf einen Betrag von 240,6 Mrd. € im Jahr 2013 an.

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ vom 21. Dezember 2008 wurden die steuerrechtlichen Regelungen des im November 2008 beschlossenen Konjunkturpakets I umgesetzt. Das Gesetz eröffnet kleineren und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, zeitlich befristet erweiterte Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahren ausgesetzt.

Mit dem Investitionszulagengesetz 2010 vom 7. Dezember 2008 wird die Investitionszulagenförderung in den neuen Ländern und Berlin auch nach dem Jahr 2009 bis zum Ende des Jahres 2013. Allerdings wird das bisherige sehr hohe Niveau der Förderung ab 2010 schrittweise abgesenkt.

Mit dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen vom 22. Dezember 2008 wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten u. a. eine spürbare Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags sowie eine deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Am 27. Januar 2009 hat die Bundesregierung das Konjunkturpaket II beschlossen, das u. a.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

im Rahmen des „Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ vom 2. März 2009 umgesetzt wurde. Im steuerlichen Bereich sieht das Maßnahmenpaket eine dauerhafte Absenkung der Einkommensteuerbelastung vor - zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrags in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010, zum anderen durch die Senkung des Eingangsteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine „Rechtsverschiebung“ der Tarifeckwerte um insgesamt 730 € durchgeführt.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vom 7. März 2009 wurden die Rahmenbedingungen verbessert, unter denen sich Arbeitnehmer stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen beteiligen können.

Das Bürgerentlastungsgesetz sieht im einkommensteuerlichen Bereich eine verbesserte Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen - insbesondere hinsichtlich der Beiträge zugunsten einer Kranken- und Pflegeversicherung - vor.

Daneben treten befristete steuerliche Erleichterungen für Unternehmen: die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung, die ebenfalls auf diese beiden Jahre begrenzte Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. € sowie die befristete Anhebung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung in der Umsatzsteuer.

Auch in den Jahren 2010 bis 2013 wird die Bundesregierung Einnahmen aus der Verwertung von Kapitalvermögen erzielen, jedoch im Vergleich zu früheren Haushaltsjahren mit einem deutlich geringeren Umfang.

Die vorgesehene Nettokreditaufnahme beträgt im Jahr 2010 insgesamt 86,1 Mrd. €. Im weiteren Finanzplanzeitraum wird sie stufenweise zurückgeführt. Sie wird aber auch im letzten Finanzplanjahr, also im Jahr 2013, mit 45,9 Mrd. € immer noch über dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 1996 (rund 40 Mrd. €) liegen.

#### **Deutliche steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger**

Die steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung führen im Jahr 2010 zu deutlichen Entlastungen insbesondere für Familien und private Haushalte.

Mit dem Familienleistungsgesetz werden die Familien durch Anhebung des Kinderfreibetrags und Erhöhung des Kindergelds sowie die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten in den privaten Haushalten gestärkt. Das steuerliche Entlastungsvolumen hieraus beträgt rund 2,3 Mrd. €.

Das Konjunkturpaket I entlastet die privaten Haushalte u. a. durch Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen (Entlastungsvolumen rund 0,9 Mrd. €).

Vom Konjunkturpaket II profitieren Privathaushalte vor allem durch eine spürbare Senkung der Einkommensteuer, u. a. durch Anhebung des Grundfreibetrags und Absenkung des Eingangsteuersatzes. Das steuerliche Entlastungsvolumen aus dem Konjunkturpaket II - das auch mittelständischen Unternehmen (Personengesellschaften) zugute kommt - beläuft sich auf rund 5,6 Mrd. €.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

In der Summe ergibt sich im Jahr 2010 allein aus diesen Gesetzen ein Entlastungsvolumen von rund 8,8 Mrd. €. Für eine Familie mit Durchschnittseinkommen und zwei Kindern beträgt die steuerliche Entlastung 440 € im Jahr 2010<sup>1</sup>. Dabei ist die zusätzliche Entlastung bei den Beiträgen zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung von 142 € noch nicht berücksichtigt.

Aus der Wiedereinführung der Pendlerpauschale ergibt sich ein weiteres Entlastungsvolumen in Höhe von rund 3 Mrd. €. Darüber hinaus ist im Rahmen des Bürgerentlastungsgesetzes, das Entlastungen in Höhe von insgesamt rund 9,6 Mrd. € vorsieht, auch eine deutlich verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Beiträgen für eine Kranken- und Pflegeversicherung vorgesehen (Entlastungsvolumen 8,4 Mrd. €).

Zusammengenommen führen die genannten steuerlichen Maßnahmen zu einem steuerlichen Entlastungsvolumen von über 20 Mrd. €.

<sup>1</sup> Entlastungswirkung für verheiratete Alleinverdiener mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2, sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, Jahresbruttolohn 28 338 €).

## 6 Wesentliche Politikbereiche

### 6.1 Bildung und Forschung

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichen die im Einzelplan des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) etatisierten Ausgaben mit rund 10,3 Mrd. € erneut ein sehr hohes Niveau. Damit spiegelt der Haushalt 2010 zum wiederholten Male wider, dass die Bundesregierung einen wesentlichen politischen Schwerpunkt auf Bildung und Forschung setzt. So werden mit dem Haushalt des BMBF - beispielsweise durch die Ausbildung von Fachkräften, den Ausbau eines exzellenten Wissenschaftssystems und das Vorantreiben von Innovationen - wichtige Maßnahmen umgesetzt, die den Wiederaufschwung nach der Wirtschaftskrise unterstützen werden.

Am 4. Juni 2009 haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten eine Vereinbarung zur Fortsetzung der drei großen Initiativen - Hochschulpakt 2020, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation - unterzeichnet. Dies ist ein weiterer wesentlicher Schritt für den Wissenschaftsstandort Deutschland. In den Jahren 2011 bis 2019 werden auch als Antwort auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel

zusätzlich 275 000 Studienplätze geschaffen werden. Zudem wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems gestärkt, indem Spaltenforschung gefördert wird und den Nachwuchsforscherinnen und -forschern verlässliche Perspektiven aufgezeigt werden. In den Finanzplanjahren 2011 bis 2013 führt diese Vereinbarung zu Mehrausgaben des Bundes in Höhe von insgesamt rund 2,4 Mrd. €.

### 6.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit erhebliche finanzielle Steigerungen beschlossen, die sich überwiegend im Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber auch in den Etats anderer Ressorts wiederfinden. Diese Steigerungen werden fortgeschrieben.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Investitions- und Tilgungsfonds einen Betrag von 100 Mio. € für Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können Entwicklungsländer ihre Infrastrukturprojekte fortsetzen, die sonst aufgrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht realisierbar wären. Zusammen mit einem aus diesen Mitteln

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

zinssubventionierten Darlehen der KfW ergibt sich damit zu den Aufstockungen der vergangenen Jahre ein weiterer Betrag von circa 500 Mio. € für entwicklungspolitische Zwecke.

#### 6.3 Innere Sicherheit

Im Bundeshaushalt 2010 sind für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern Ausgaben in Höhe von rund 5,5 Mrd. € vorgesehen. Hiervon entfallen knapp 3,8 Mrd. € - also mehr als zwei Drittel - auf den Bereich der Inneren Sicherheit. In diesem Betrag enthalten sind u. a. Mittel in Höhe von rund 106 Mio. € für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie Mittel für das Technische Hilfswerk in Höhe von rund 178 Mio. €. Beide Einrichtungen können damit ihre Aufgaben auf hohem Niveau fortführen.

Die Bundespolizei verfügt über einen Gesamtetat von rund 2,4 Mrd. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 20 Mio. € dienen insbesondere der Beschaffung von Luftsicherheitskontrolltechnik an den Flughäfen und der Stärkung des deutschen Engagements beim Polizeiaufbau in Afghanistan im Rahmen der neuen Afghanistan-Strategie der Bundesregierung.

#### 6.4 Verteidigung

Die deutschen Streitkräfte müssen sowohl zur Landes- und Bündnisverteidigung bereit sein als auch - eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft - zur Lösung von internationalen Konflikten beitragen und in Krisenfällen Hilfe leisten können. Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2010 und dem Finanzplan bis 2013 wird die Erfüllung dieser Aufgaben sichergestellt.

Nach deutlichen Zuwächsen in den vergangenen Jahren liegt der Ansatz für den Verteidigungshaushalt im Haushaltsjahr 2010 mit 31,1 Mrd. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahrs und leicht über dem bisherigen Finanzplanansatz. Wie in den Vorjahren kann

die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rund 520 Mio. € verstärkt werden.

Zusätzlich stehen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) aus dem Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) insgesamt rund 226 Mio. € für militärische Beschaffungen sowie 250 Mio. € für die Sanierung von Kasernen zur Verfügung. Zudem kann das BMVg an dem im ITF für die Modernisierung der Informationstechnik der Ressorts bereitgestellten Mittelvolumen von 500 Mio. € teilhaben.

#### 6.5 Umwelt

Umwelt- und Naturschutz, Energieeffizienz, Innovation und nachhaltiges Wachstum sind wichtige Ziele der Umweltpolitik. Ausgaben für die Querschnittsaufgabe Umweltschutz sind in verschiedenen Einzelplänen des Bundeshaushalts 2010 enthalten. Insgesamt 1546 Mio. € sind im Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) veranschlagt. Gegenüber dem bisherigen Finanzplan steigen die Ausgaben aus folgenden Gründen um 193 Mio. €:

Im Jahr 2009 ist die Zuständigkeit für die Schachtanlage Asse auf das BMU übergegangen. Für Asse sind ab dem Jahr 2010 jährlich 75 Mio. € insbesondere für den Offenhaltungsbetrieb und unmittelbar notwendige Sanierungsmaßnahmen eingeplant. Durchschnittlich 57 Mio. € wurden davon aus dem Einzelplan des BMBF umgesetzt.

Für den Ausbau desendlagers Konrad gibt es im Jahr 2010 einen Mehrbedarf in Höhe von 99 Mio. €, der von den Nutzern refinanziert wird. Im Rahmen des Umweltinnovationsprogramms werden in den Jahren 2010 bis 2012 je 15 Mio. € zusätzlich für Demonstrationsanlagen in der Stahlerzeugung bereitgestellt, die CO<sub>2</sub> einsparen. Im Übrigen

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

werden im Wesentlichen die Ansätze des bisherigen Finanzplans fortgeschrieben. Insgesamt stehen dem BMU für Umweltschutz, Naturschutz, erneuerbare Energien und internationale Organisationen 884 Mio. € zur Verfügung.

Für die nationale und internationale Klimaschutzinitiative werden in den hiervon betroffenen Einzelplänen wie im Jahre 2009 insgesamt 600 Mio. € bereitgestellt, davon 400 Mio. € im Einzelplan des BMU. Die Finanzierung erfolgt aus Einnahmen aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Emissionsberechtigungen. Da der Preis je Tonne CO<sub>2</sub> Ende 2008/Anfang 2009 deutlich gesunken ist, werden diese Erlöse im laufenden Jahr voraussichtlich unter dem ursprünglich erwarteten Betrag von 900 Mio. € liegen. Für das Jahr 2010 kann jedoch erwartet werden, dass im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung und aufgrund der Übertragbarkeit der Emissionsberechtigungen das Einnahmeniveau von 900 Mio. € wieder erreicht wird.

## 6.6 Wirtschafts- und Technologieförderung

Für die Förderung von Forschung und Entwicklung stehen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Zeitraum 2010 bis 2013 jährlich 2 1/2 Mrd. € zur Verfügung.

Im Vergleich zum bisherigen Finanzplan werden insbesondere die Luftfahrtforschung und - auf der Grundlage des Maßnahmenpakets zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung (Konjunkturpaket I) - die aus dem Bundeshaushalt mitfinanzierten ERP-Förderprogramme (ERP-Innovationsprogramm, ERP/KfW-Energieeffizienzprogramm und ERP-Startfonds) im Finanzplanzeitraum mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet: die Luftfahrtforschung mit insgesamt 39 Mio. € und die ERP-Förderprogramme mit insgesamt 84 Mio. €.

Das Basisprogramm des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) wird mit jährlich rund 313 Mio. € fortgeführt. Im Rahmen des Investitions- und Tilgungsfonds (Konjunkturpaket II) stehen darüber hinaus insgesamt 900 Mio. € zusätzlich bereit.

Im Bereich der Außenwirtschaft werden für die Beteiligung des Bundes an Auslandsmessen und -ausstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft zusätzliche Mittel - im Jahr 2010 2 Mio. € und im Zeitraum bis 2013 insgesamt 14 Mio. € - bereitgestellt.

Im Februar des Jahres 2009 hat die Bundesregierung eine Breitbandstrategie beschlossen. In deren Rahmen stellt der Bund für Modellvorhaben („Breitbandleuchttürme“) und ein Breitbandkompetenzzentrum in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt 16 Mio. € zur Verfügung.

Der Ansatz für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird mit jährlich 624,1 Mio. € auf dem bisherigen Finanzplanniveau verstetigt. Die Mittel fließen weiterhin zu sechs Siebteln in die neuen Länder.

Mit dem Ziel, zusätzliche konjunkturelle Impulse zu schaffen, wurde im Rahmen des Konjunkturpakets I ein GRW-Sonderprogramm aufgelegt. Für dessen Ausfinanzierung stehen 2010 und 2011 jeweils 50 Mio. € bereit. Diese Mittel werden zu gleichen Teilen auf die neuen und die alten Länder verteilt.

## 6.7 Verkehr und Wohnungswesen

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist der klassische große Investitionsshaushalt des Bundes. Die investiven Mittel erreichen im Haushaltsjahr 2010 eine Höhe von rund 14,8 Mrd. € und machen damit mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des Einzelplans (rund 26,3 Mrd. €) aus.

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Die Bereiche Verkehr sowie Bau und Stadtentwicklung leisten - auch als Schwerpunktbereiche der Konjunkturpakete des Bundes - einen deutlichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Beitrag. Mit den Mitteln des Konjunkturpakets I werden im Verkehrsbereich neue Bedarfsplanvorhaben ermöglicht. Darüber hinaus können zusätzliche Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Weitere Fördermaßnahmen können durch die Mittel des Konjunkturpakets I auch im Bereich Bau und Stadtentwicklung realisiert werden. So werden mehr als 1,1 Mrd. € Programmmittel u. a. dazu verwendet, Impulse in den Bereichen des baulichen Klimaschutzes ( $\text{CO}_2$ -Gebäudesanierungsprogramm), der Städtebauförderung, der Förderung altersgerechten Wohnens, der Erhaltung von UNESCO-Weltkulturerbestätten sowie der Verbesserung der Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen zu setzen.

Daneben setzt die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II in den Jahren 2009 bis 2011 weitere gezielte Akzente zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur: Im Investitions- und Tilgungsfonds stehen allein 10 Mrd. € Bundesmittel für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder zur Verfügung. Der Fonds stellt weitere 2 Mrd. € für den Ausbau und die Erneuerung von Bundesverkehrswegen und bis zu 2 Mrd. € für hauptsächlich investive Bundesmaßnahmen mit den Schwerpunkten Gebäudesanierung, Bau und Ausstattung sowie anwendungsorientierte Forschung im Bereich Mobilität bereit.

## 6.8 Renten- und Krankenversicherung

Mit rund 80,7 Mrd. € machen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung wie bereits in den vergangenen Jahren den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Lag der Anteil an den Bundesausgaben im Jahr 1984 noch bei rund 13,0 %, so beträgt er im Regierungsentwurf 2010 rund 24,6 %. Nominal haben sich die Ausgaben des Bundes

für die Rentenversicherung innerhalb eines Vierteljahrhunderts fast verfünfacht. Die Ausgaben der Rentenversicherung haben sich seither fast verdreifacht.

Zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben erhält die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2010 einen Bundeszuschuss in Höhe von insgesamt 11,8 Mrd. €. Der ursprünglich für 2010 vorgesehene Betrag von 5,5 Mrd. € ist durch das Konjunkturpaket II um 6,3 Mrd. € aufgestockt worden. Im Gegenzug wird ab dem 1. Juli 2009 der Beitragssatz zur GKV von 15,5 % auf 14,9 % gesenkt. Der Bundeszuschuss erhöht sich 2011 um weitere 1,5 Mrd. € und beträgt ab 2012 jährlich 14 Mrd. €.

Zum 1. Januar 2009 ist der Gesundheitsfonds eingeführt worden, der aus Beitragseinnahmen und dem Bundeszuschuss finanziert wird. Sofern die Liquiditätsreserve des Fonds zur Zahlung der Zuweisungen an die Krankenkassen nicht ausreicht, leistet der Bund ein nicht zu verzinsendes Liquiditätsdarlehen. Im Jahr 2009 wird dieses Darlehen überjährig zur Verfügung gestellt. Ab dem Jahr 2010 ist es jeweils im Haushaltsjahr zurückzuzahlen.

## 6.9 Arbeitsmarkt

Gemessen am vorjährigen Finanzplan führen - vor allen anderen Faktoren - die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Haushalt 2010 und im Finanzplan 2011 bis 2013 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zu um über 90 Mrd. € höheren Ansätzen; allein 2010 werden die Ausgaben des Bundes im Einzelplan des BMAS um knapp 30 Mrd. € auf über 153 Mrd. € ansteigen.

Etwa zwei Drittel dieser Anstiegs - 20 Mrd. € - entfallen auf die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Der Haushalt der BA wird insbesondere durch die konjunkturbedingt höhere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die Maßnahmen der Konjunkturpakete zur Abfederung der Auswirkungen der

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt sowie geringere Beitragseinnahmen durch die Beitragssatzabsenkung belastet. Im Jahr 2009 reicht die allgemeine Rücklage der BA noch aus, um das Defizit zu decken. Ende 2010 hingegen wird die Stundung der im Jahresverlauf an die BA als Liquiditätshilfen geleisteten Bundesdarlehen in Höhe von 20 Mrd. € erforderlich.

Der verbleibende Ausgabenanstieg von rund 10 Mrd. € entfällt im Jahr 2010 weit überwiegend auf die Grundsicherung für Arbeitssuchende („Hartz IV“); insbesondere auf das Arbeitslosengeld II, das allein über 7 Mrd. € mehr beansprucht. Mehrausgaben von 1 Mrd. € entfallen als Teil des Konjunkturpakets II auf die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (einschließlich der Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende).

Insgesamt sind im Haushalt 2010 für die Grundsicherung für Arbeitssuchende 41,1 Mrd. € vorgesehen, davon 26,2 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II.

#### 6.10 Familie

Für die Familienpolitik sind im Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Jahr 2010 insgesamt rund 6,5 Mrd. € vorgesehen. Dies ist eine Steigerung um 64,4 Mio. € gegenüber dem Bundeshaushalt 2009 und um 307 Mio. € gegenüber dem bisherigen Finanzplan.

Die Zunahme liegt im Wesentlichen im Bereich der gesetzlich festgelegten Familienleistungen, die gegenüber dem Finanzplan 2010 um 294 Mio. € (rund 5,8 %) steigen.

Bei den gesetzlichen Leistungen zeigt sich insbesondere eine zunehmende Inanspruchnahme des Elterngelds. Die Ausgaben steigen im Jahr 2010 um 275 Mio. € auf 4 450 Mio. € und ab 2011 um 335 Mio. € auf 4 510 Mio. € gegenüber dem bisherigen Finanzplan.

Beim Kinderzuschlag ist die Einführung des kleinen Wahlrechts (zusätzlich 12 Mio. €) im Haushalt nachvollzogen worden. Kleines Wahlrecht heißt, dass Eltern die nur aufgrund von Sonderbedarfeszuschlägen ALG II berechtigt sind, jetzt zwischen ALG II und Kinderzuschlag wählen können. An den gestiegenen Bedarf angepasst wird zudem die Verwaltungskostenerstattung an die Bundesagentur für Arbeit für die Bearbeitung von Kindergeld und Kinderzuschlag (zusätzlich 15,5 Mio. €). Auch beim Unterhaltsvorschuss erhöht sich der Ansatz aufgrund eines zunehmenden Bedarfs.

Insbesondere durch das vom Deutschen Bundestag beschlossene 2. Conterganänderungsgesetz, das eine Leistungsverbesserung, einer Erweiterung auf Personen, die nach dem bisherigen Recht durch Fristablauf von Leistungen ausgeschlossen waren sowie die volle Tragung der Verwaltungskosten durch den Bund vorsieht, wachsen die Ausgaben für Contergangeschädigte um rund 4,4 Mio. € auf 35,1 Mio. € an.

Nach dem Dritten Zivildienständnderungsgesetz, das die verbindliche Einführung von einwöchigen Pflichtseminaren vorsieht, nehmen die Ausgaben für den Zivildienst ab 2011 um 8,5 Mio. € jährlich zu.

Bei den disponiblen Ausgaben, d.h. Ausgaben die nicht gesetzlich gebunden sind, wird im Wesentlichen der bisherige Finanzplan fortgeschrieben. Für Maßnahmen der Jugendpolitik stehen im Jahr 2010 insgesamt 194,8 Mio. € zur Verfügung. Für eine umfassende Evaluierung der Familienpolitik, die unter der gemeinsamen Leitung von Familien- und Finanzministerium erfolgt, ist Vorsorge getroffen.

## 7 Personal und Verwaltung

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich wird Ende des Jahres 2009 ohne Ersatz(plan)stellen rund 260 200 Planstellen

## Analysen und Berichte

### ENTWURF DES BUNDESHAUSHALTS 2010 UND DER FINANZPLAN DES BUNDES 2009 BIS 2013

beziehungsweise Stellen betragen und im Jahre 2010 annähernd auf dem gleichen Stand bleiben. Verglichen mit der Bevölkerungszahl ergibt sich für Ende 2010 ein Verhältnis von 1:315 (eine Stelle beim Bund je 315 Einwohner). Im Jahre 1991 betrug dieses Verhältnis noch 1:213.

Die Personalausgabenquote - der Anteil der Personalausgaben am Bundeshaushalt - wird im Jahre 2010 insgesamt 8,6 % betragen. Im Jahre 1991 betrug sie noch 12,1 %.

Mit der Aufrechterhaltung des bestehenden Stellenumfangs wird gewährleistet, dass der Bund auch künftig in der Lage ist, die Dienstleistungen zu erbringen, die die

Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten. Zugleich bleiben die notwendigen Spielräume für die Nachwuchsgewinnung erhalten. Aus diesen Gründen ist - nachdem die pauschale Stelleneinsparung in den vergangenen Jahren bereits stetig verringert wurde - für das Haushaltsjahr 2010 auf ihre weitere Fortführung verzichtet worden. Die zusätzliche Stelleneinsparung aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für die Bundesbeamten wird fortgesetzt. Das ursprüngliche Ziel der Einführung der pauschalen Stelleneinsparung, den Stellenbestand im zivilen Bereich nach dem vereinigungsbedingten Aufwuchs wieder auf den Stand von 1989 zurückzuführen, ist bereits seit dem Jahr 2002 erreicht.

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

# Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2008

## Aufkommensentwicklung im Spiegel der einsetzenden Wirtschaftskrise

1	Überblick über das Gesamtergebnis .....	55
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten .....	55
1.2	Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen .....	56
1.3	Steuereinnahmen und Steuerschätzung .....	57
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten .....	58
2.1	Lohnsteuer .....	58
2.2	Veranlagte Einkommensteuer .....	61
2.3	Körperschaftsteuer .....	63
2.4	Gewerbesteuer .....	64
2.5	Solidaritätszuschlag .....	64
2.6	Steuern vom Umsatz.....	65
2.7	Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.....	66
2.8	Energiesteuer.....	67
2.9	Tabaksteuer .....	69
2.10	Grunderwerbsteuer .....	70
3	Fazit .....	70

- Die Steuereinnahmen stiegen 2008 insgesamt um + 4,3 %.
- Die Wirtschaftskrise schlug bereits Ende 2008 auf das Aufkommen der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Einfuhrumsatzsteuer, aber auch auf das Aufkommen der Grunderwerbsteuer durch.
- Das Ist-Ergebnis des Jahres 2008 blieb leicht unter den Erwartungen der November-Steuerschätzung.

## 1 Überblick über das Gesamtergebnis

### 1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2008 nach endgültigen Ergebnissen insgesamt 561,2 Mrd. €. Sie lagen damit um + 4,3 % beziehungsweise + 22,9 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. In der folgenden

Tabelle 1 sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Der Zuwachs von 21,9 Mrd. € bei den gemeinschaftlichen Steuern war vor allem zurückzuführen auf das gute Ergebnis bei der Lohnsteuer (+ 7,7 %) und bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 30,6 %). Auch die Steuern vom Umsatz (+ 3,7 %) konnten gegenüber dem Vorjahr ein Einnahmeplus verzeichnen.

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

**Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit**

<b>Steuereinnahmen nach Ertragshoheit</b>	<b>Haushaltsjahr in Mio. €</b>		<b>Veränderung ggü. Vorjahr</b>	
	<b>2008</b>	<b>2007</b>	<b>in Mio. €</b>	<b>in %</b>
Gemeinschaftliche Steuern <sup>1</sup>	403 256	381 309	21 947	5,8
Bundessteuern	86 302	85 690	613	0,7
Ländersteuern	21 937	22 836	- 898	-3,9
Gemeindesteuern <sup>2</sup>	45 684	44 425	1 259	2,8
Zölle	4 002	3 983	19	0,5
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>561 182</b>	<b>538 243</b>	<b>22 939</b>	<b>4,3</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

<sup>2</sup> Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Allerdings nahmen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um - 30,8 % ab. Der Zinsabschlag wuchs mit + 20,4 % ebenso wie die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit + 20,2 % stark an. Aufgrund des geringeren Aufkommensniveaus ist ihr Beitrag zum Wachstum der gemeinschaftlichen Steuern jedoch kleiner.

Bei den aufkommensstarken Bundessteuern erhöhten sich die Einnahmen aus der Energiesteuer (+ 0,8 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 6,5 %) und der Versicherungsteuer (+ 1,4 %). Dem standen jedoch Aufkommensverluste bei der Tabaksteuer (- 4,8 %) und der Stromsteuer (- 1,5 %) gegenüber. Insgesamt übertrafen die Bundessteuern das Vorjahresniveau um lediglich + 0,7 %.

Die Ländersteuern unterschritten das Ergebnis des Vorjahres um - 3,9 %. Während das Aufkommen der Erbschaftsteuer um + 13,5 % zunahm, gingen die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um - 17,6 % und aus der Rennwett- und Lotteriesteuer um - 9,7 % zurück.

Der Anstieg der Gemeindesteuern um + 2,8 % war fast ausschließlich durch den weiteren Aufwärtstrend bei der Netto-Gewerbesteuer (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage)

bestimmt, die trotz starker Vorjahresbasis auch in diesem Jahr um + 3,4 % stieg.

### 1.2 Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2008 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Die Gemeinden hatten mit + 5,9 % den größten Zuwachs der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Dies ist zurückzuführen auf den Anstieg der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern um + 10,8 %. Demgegenüber entwickelten sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer mit + 3,4 % schwächer als die Steuereinnahmen der Gemeinden insgesamt.

Die Steuereinnahmen des Bundes (+ 3,9 %) und der Länder (+ 4,1 %) nahmen weniger stark zu als die Steuereinnahmen insgesamt (+ 4,3 %). Ursache hierfür ist der starke Einbruch bei der Körperschaftsteuer (- 30,8 %), der sich nur auf das Steueraufkommen von Bund und Ländern auswirkt.

Insbesondere aufgrund der höheren Abführung von BNE-Eigenmitteln (+ 7,0 %)

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen**

	Haushaltsjahr in Mio. €		Veränderung ggü. Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	239 180	230 104	9 076	3,9
Länder <sup>1</sup>	221 921	213 201	8 720	4,1
Gemeinden	77 000	72 689	4 311	5,9
EU	23 081	22 249	832	3,7
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>561 182</b>	<b>538 243</b>	<b>22 939</b>	<b>4,3</b>

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

nahmen die Steuereinnahmen der EU um + 3,7% zu.

### 1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

In Tabelle 3 werden die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gegenübergestellt.

Während die Mai-Steuerschätzung noch deutlich unter dem Ist-Ergebnis lag (- 6,7 Mrd. €), führte die Aufwärtskorrektur im November zu einer leichten Überschätzung des Ergebnisses um + 0,6 Mrd. €.

Die Schätzabweichungen sind sehr ungleichmäßig auf die Gebietskörperschaften

verteilt. So wurde in der Steuerschätzung vom Mai das Aufkommen der Gemeinden erheblich unterschätzt, während in der November-Schätzung das Schätzergebnis für die Gemeinden deutlich über dem Ist-Ergebnis des Jahres 2008 lag. Diese Abweichungen begründen sich in der Einschätzung der Aufkommensentwicklung der Gewerbesteuer, für die der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ im Mai noch eine schwächere Entwicklung unterstellt hatte, während die darauffolgende Aufwärtskorrektur im November zu optimistisch war.

Obwohl der Arbeitskreis die Schätzung der Körperschaftsteuer vom Mai im November um - 1,6 Mrd. € nach unten anpasste, lag der Schätzansatz dennoch erheblich über dem Ist-Aufkommen (+ 1,4 Mrd. €).

**Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen**

	Schätzung in Mio. €		Ist-Ergebnis in Mio. €	Differenz ggü. Schätzung in Mio. €	
	Mai 08	Nov 08		Mai 08	Nov 08
Bund <sup>1</sup>	238 333	238 683	239 180	847	497
Länder <sup>1</sup>	220 031	221 699	221 921	1 890	222
Gemeinden	72 621	78 336	77 000	4 379	-1 336
EU	23 450	23 070	23 081	-369	11
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>554 435</b>	<b>561 788</b>	<b>561 182</b>	<b>6 747</b>	<b>-606</b>

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag überraschte mit einem sehr guten Ergebnis, das +1,6 Mrd. € über dem Schätzwert vom November lag.

## 2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Im Jahr 2008 schwächte sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zum Jahresende erheblich ab. Der Aufschwung der Jahre 2006 und 2007 wurde von einer Wachstumsschwäche abgelöst, die im Jahr 2009 voraussichtlich von einem erheblichen Rückgang des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekennzeichnet sein wird (Abbildung 1). Das Jahr 2008 war vom allmählichen Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft geprägt. Das hohe Wachstumstempo vom Anfang des Jahres schlug im letzten Quartal in einen Rückgang des nominalen BIP um. Hinsichtlich der Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2008 wird die Frage, inwieweit die beginnende Wirtschaftskrise Auswirkungen auf das Steueraufkommen hatte, bei der Betrachtung

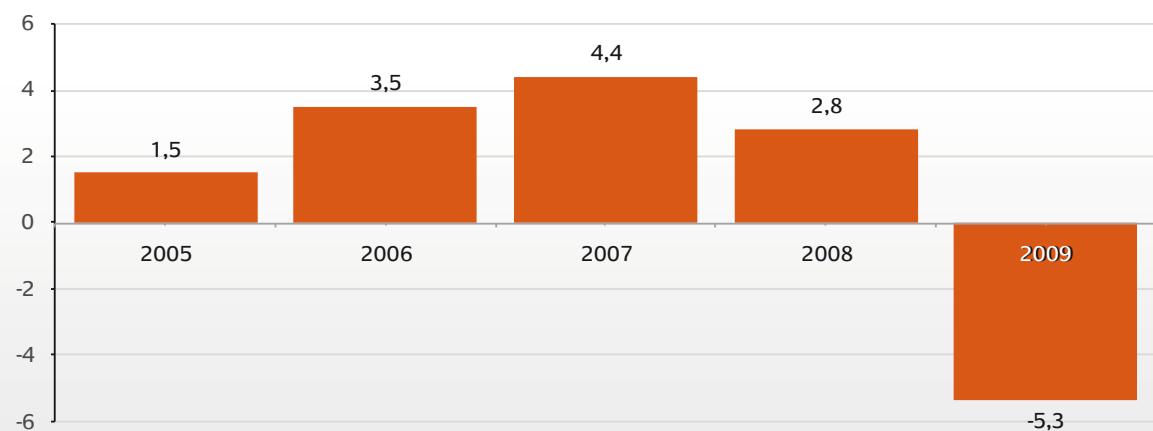
der einzelnen Steuerarten einen Schwerpunkt bilden.

Im Folgenden wird auf die Entwicklungen bei den aufkommensstarken Steuerarten Lohnsteuer und Umsatzsteuer, aber auch auf die veranlagte Einkommensteuer, den Zinsabschlag und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag eingegangen. Beachtung findet der starke Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens ebenso wie die Ergebnisse bei den großen Bundessteuern, die bei der Energiesteuer einen leichten und beim Solidaritätszuschlag einen kräftigen Anstieg sowie bei der Tabaksteuer einen erheblichen Rückgang verzeichnen. Bei den Ländersteuern wird die Grunderwerbsteuer kommentiert und die Entwicklung der Gemeindesteuern anhand der sie dominierenden Gewerbesteuer analysiert.

### 2.1 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im Jahr 2008 um +10,1 Mrd. € beziehungsweise +7,7%. Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als

**Abbildung 1: Entwicklung des nominalen BIP 2005 bis 2009\***  
in %



\* 2005 bis 2008 vorläufige Werte; 2009 Schätzung (Frühjahrsprojektion der Bundesregierung April 2009).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Gewährung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ gemindert. Bei der Kindergeldzahlung setzte sich der leichte Rückgang des Jahres 2007 auch 2008 fort (-1,9%). Ungeachtet des erheblichen Anstiegs der Altersvorsorgezulagebeträge um +27,7% sind die Abzugsbeträge insgesamt um -1% gesunken. Aufgrund der höheren Basis des Kindergelds wirkt sich dessen Rückgang entsprechend stärker auf die Abzugsbeträge insgesamt aus. Da die Summe der Abzugsbeträge leicht gesunken ist, erhöhte sich das Kassenaufkommen der Lohnsteuer relativ stärker als das Bruttoaufkommen (siehe Tabelle 4).

Die Entwicklung des Bruttolohnsteueraufkommens im Verlauf des Jahres 2008 lässt noch keine Auswirkungen der Wirtschaftskrise erkennen (Abbildung 2). Lohnsteigerungen führten im Verlauf des Jahres zu einem Anstieg des Aufkommens, welcher außer in den Monaten Januar und Dezember allgemein über 5 % lag.

Die schwache Entwicklung des Aufkommens im Dezember wird durch einen langjährigen Trend zum Abbau von Sonderzahlungen bestimmt, der nicht mit der konjunkturellen Entwicklung in Zusammenhang steht.

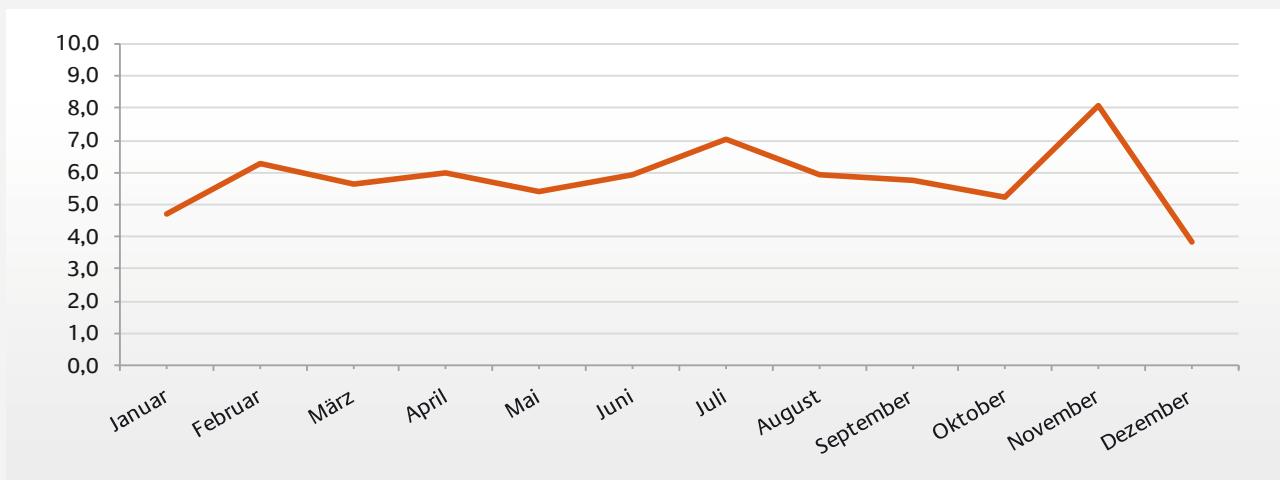
Das Aufkommen der Lohnsteuer ist relativ gleichmäßig über die Monate verteilt.

Tabelle 4: Lohnsteueraufkommen

Lohnsteuer	2008	2007	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
<b>Bruttoaufkommen</b>	<b>176 760</b>	<b>167 006</b>	<b>5,8</b>
Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen)	-33 523	-34 182	-1,9
Altersvorsorgezulage	-1 342	-1 050	27,7
<b>Kassenaufkommen</b>	<b>141 895</b>	<b>131 773</b>	<b>7,7</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Abbildung 2: Änderung des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer in den Monaten Januar bis Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

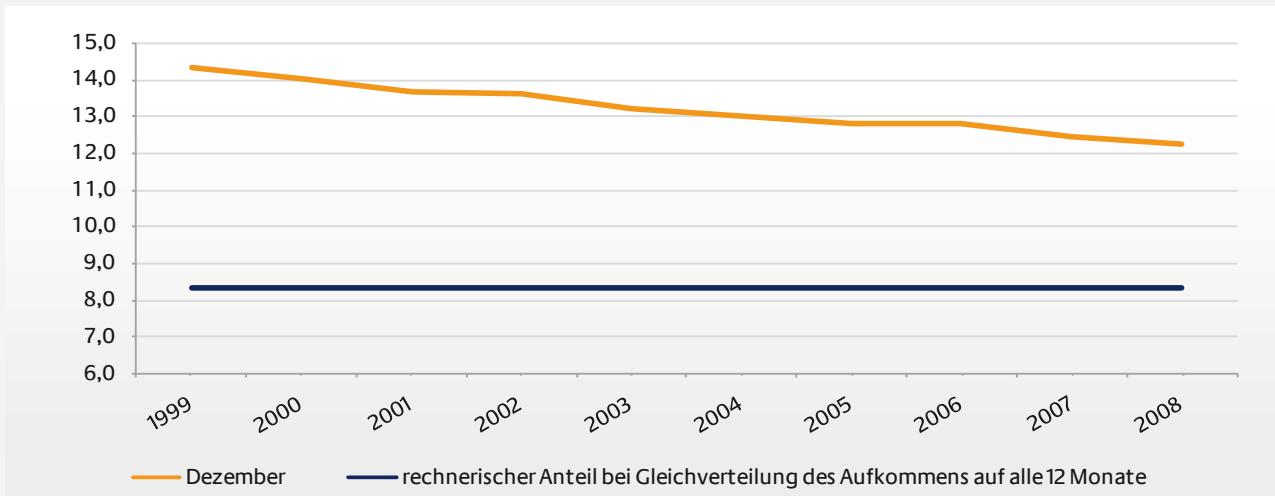
Lediglich im Dezember liegt es erheblich über dem Durchschnitt, da in diesem Monat die Auszahlung des Weihnachtsgeldes überwiegend kassenwirksam wird. In den vergangenen Jahren lässt sich jedoch ein kontinuierlicher Rückgang des Dezemberanteils am Aufkommen feststellen. Dies deutet auf einen rückläufigen Trend bei den Weihnachtsgeldzahlungen hin. Abbildung 3 veranschaulicht diese Entwicklung für den Zeitraum 1999 bis 2008. Die konjunkturelle Entwicklung hatte auf diesen Trend augenscheinlich keinen signifikanten Einfluss.

Die Auszahlungen für die Altersvorsorgezulage, die erstmalig 2003 für im Jahr 2002 geleistete Beitragszahlungen gewährt wurde, haben sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt. Während sie im Jahr 2003 lediglich 72,5 Mio. €

betrugen, wurde 2008 bereits ein Betrag von 1342 Mio. € (+1852 %) ausgezahlt.

Die Dynamik der vergangenen Jahre war geprägt durch die allmähliche Anhebung der Zulagesätze (Tabelle 5). Die daraus resultierende zunehmende Attraktivität der privaten Altersvorsorgezulage ließ die Zahl der abgeschlossenen Verträge stark anwachsen. Insbesondere nach der Anhebung des Zulagesatzes 2006 ist eine erhebliche Zunahme der Vertragsabschlüsse in den Jahren 2006 und 2007 zu beobachten (Tabelle 6). Im Jahr 2008 nahm die Zahl der zulageberechtigten Verträge nicht mehr in demselben Umfang zu wie in den Vorjahren. Hierbei könnte die Verunsicherung der Arbeitnehmer infolge der beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise eine Rolle gespielt haben. Die Zahlen des 1. Quartals 2009 lassen vermuten, dass sich diese Entwicklung auch 2009 fortsetzen wird.

**Abbildung 3: Bruttoaufkommen Lohnsteuer 1999 bis 2008  
Entwicklung der Anteile des Monats Dezember am Bruttoaufkommen insgesamt  
in %**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Tabelle 5: Entwicklung der Zulagesätze**

Jahr	2002 und 2003	2004 und 2005	2006 und 2007	ab 2008
	in €			
Grundzulage	38	76	114	154
Kinderzulage je Kind	46	92	138	185

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

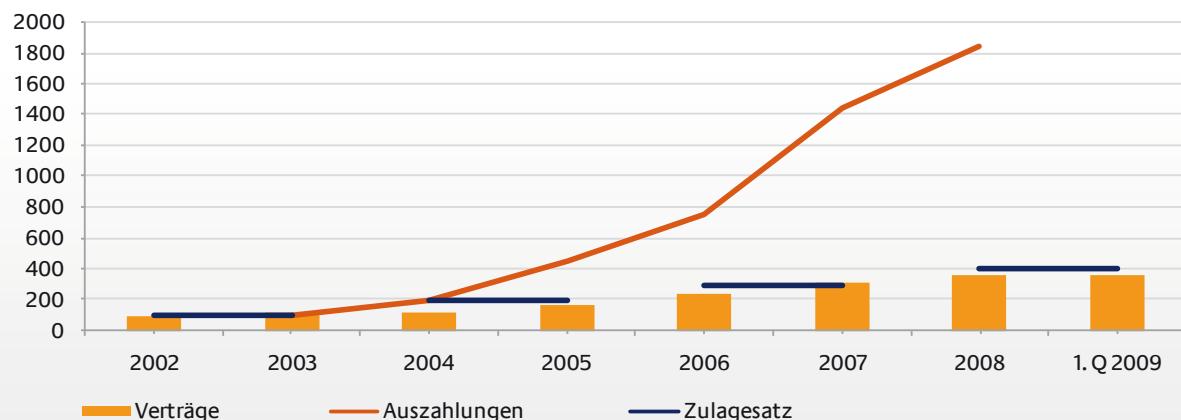
**Tabelle 6: Entwicklung der zulageberechtigten Verträge**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	1. Q. 2009
Anzahl in Mio. €	3,37	3,92	4,19	5,63	8,05	10,76	12,15	12,42
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		16	7	34	43	34	13	2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Abbildung 4: Altersvorsorgezulage**

Indizierte Entwicklung der Zulagesätze (Basis 2002 = 100), zulageberechtigten Verträge (Basis 2002 = 100) und der Auszahlung von Altersvorsorgezulage (Basis 2003 = 100) in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Erhöhung der Zulagesätze und die infolgedessen steigende Anzahl von zulageberechtigten Verträgen verursachten den sehr starken Anstieg der Auszahlungen der Altersvorsorgezulage. Abbildung 2 stellt diesen Zusammenhang anhand indizierter Werte dar.

## 2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich 2008 gegenüber dem Vorjahr um + 30,6 % beziehungsweise + 7,7 Mrd. €. Die Steuereinnahmen brutto, d. h. vor Abzug der Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), der Eigenheimzulage und Investitionszulage stiegen um + 7,6 % beziehungsweise + 3,8 Mrd. €.

Einen großen Anteil an der Erhöhung des Kassenaufkommens hatte die Verringerung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Abzugsbeträge. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG sanken um - 3,4 Mrd. € und die Auszahlungen der Eigenheimzulage um - 1,5 Mrd. €, während die Investitionszulage in etwa das Niveau des Vorjahrs hielt.

Der Zuwachs des Bruttoaufkommens der veranlagten Einkommensteuer war 2008 mit + 7,6 % erheblich geringer als noch im Vorjahr (+ 14,1 %). Anhand von Daten über die Zahlungsstruktur kann man das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer in seine Komponenten Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen zerlegen. Die einzelnen Komponenten sind nach den Veranlagungszeiträumen untergliedert, für welche die Zahlungen erfolgten. Um

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

**Tabelle 7: Veranlagte Einkommensteuer**

<b>Veranlagte Einkommensteuer</b>	2008	2007	<b>Veränderung ggü. Vorjahr in %</b>
	<b>in Mio. €</b>		
<b>Bruttoaufkommen</b>	<b>53 153</b>	<b>49 391</b>	<b>7,6</b>
Erstattungen gemäß § 46 EStG	-13 723	-16 144	-15,0
Eigenheimzulage	-6 264	-7 722	-18,9
Investitionszulage	-482	-499	-3,2
<b>Kassenaufkommen</b>	<b>32 685</b>	<b>25 027</b>	<b>30,6</b>

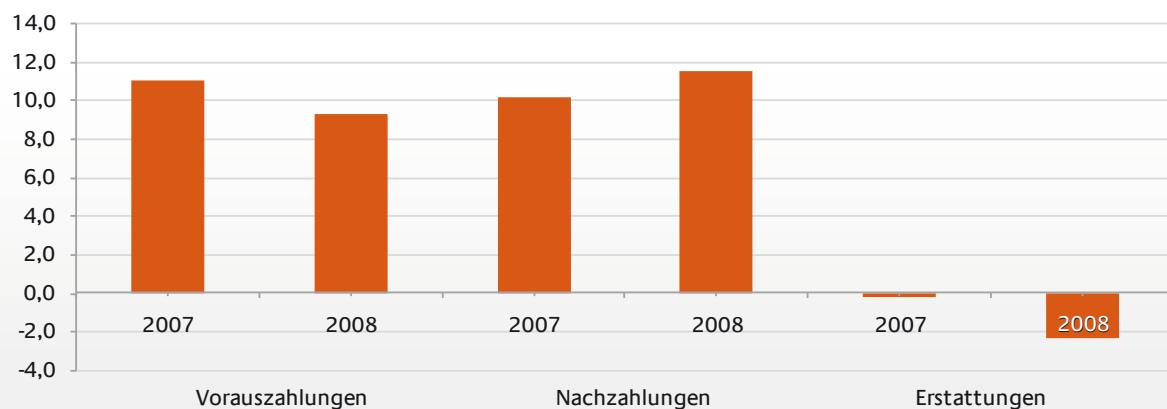
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Tabelle 8: Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommensteuer 2008**

Vorauszahlungstermin	März	Juni	September	Dezember
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,9	11,5	9,1	4,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Abbildung 5: Veranlagte Einkommensteuer 2007 und 2008  
Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen  
gegenüber Vorjahr in %**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

eventuelle Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Aufkommen aufzuzeigen, bietet es sich an, die Zahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen (Veranlagungszeiträume t-3 und früher) herauszunehmen.

Betrachtet man Vorauszahlungen als Indikator für die Entwicklung im laufenden Jahr, so ist festzustellen, dass sie wie im

Vorjahr angestiegen sind (Abbildung 5). Die Zuwachsrate sind jedoch 2008 bereits geringer als im Jahr 2007.

Aus der Entwicklung der Vorauszahlungen im Jahresverlauf 2008 ist keine Tendenz zu einer negativen Entwicklung zum Jahresende hin erkennbar (Tabelle 8). Insofern lassen sich für das Jahr 2008 noch keine Auswirkungen

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer beobachten.

Die Nachzahlungen sind im Jahr 2008 stärker angestiegen als im Vorjahr, während die Erstattungen einen größeren Rückgang als im Vorjahr aufwiesen. Das Aufkommen dieser beiden Komponenten basiert auf den guten Gewinnen der Vorjahre, die durch Vorauszahlungen nicht vollständig erfasst wurden.

### 2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer ging – wie Tabelle 9 zeigt – im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Drittel zurück (- 29,4%). Die Investitionszulage zur Körperschaftsteuer nahm im Vorjahresvergleich um + 9,7% zu. Die Kasseneinnahmen verringerten sich um - 30,8%.

Grenzt man die Daten der Zahlungsstruktur für die Körperschaftsteuer in der gleichen Weise

Tabelle 9: Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuer	2008	2007	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
<b>Bruttoaufkommen</b>	<b>16 742</b>	<b>23 725</b>	<b>-29,4</b>
Investitionszulage	-873	-796	9,7
<b>Kassenaufkommen</b>	<b>15 868</b>	<b>22 929</b>	<b>-30,8</b>

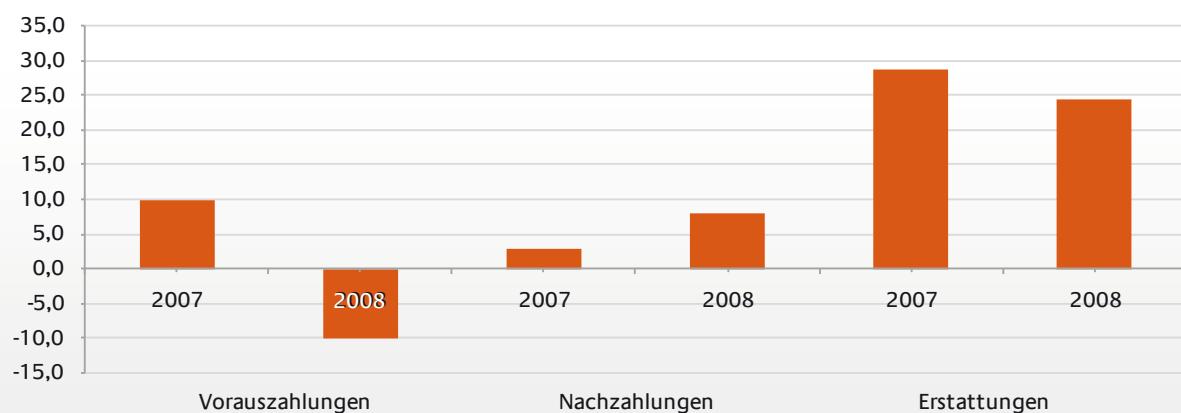
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 10: Vorauszahlungen zur Körperschaftsteuer 2008

Vorauszahlungstermin	März	Juni	September	Dezember
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,4	-8,1	-11,0	-25,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Abbildung 6: Körperschaftsteuer 2007 und 2008  
Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr in %

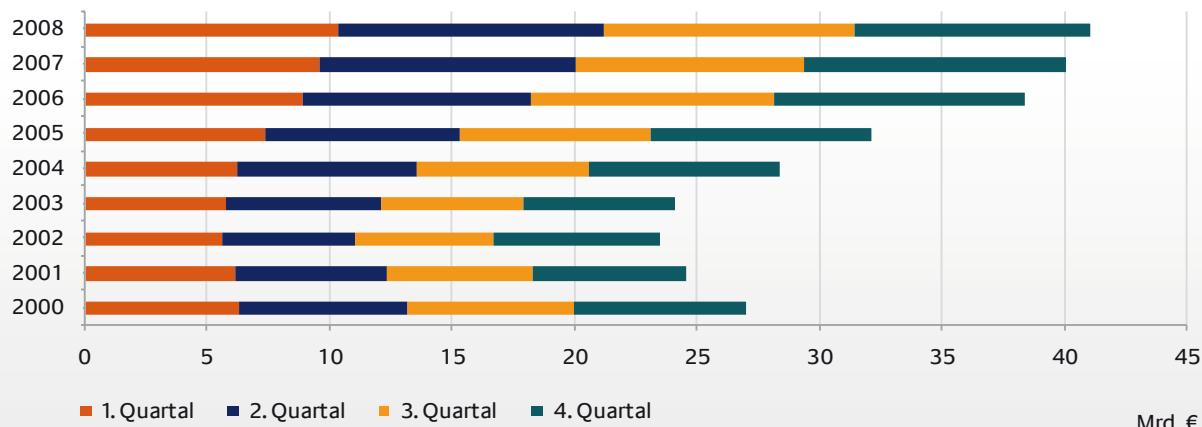


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

Abbildung 7: Entwicklung der Gewerbesteuer



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

wie für die veranlagte Einkommensteuer ab (siehe Tz. 2.2), zeigt sich für die Vorauszahlungen im Jahr 2008 ein erheblicher Einbruch um -10,1%, nachdem es im Vorjahr noch einen Zuwachs von +9,9% gegeben hatte (Abbildung 6). Hier sind deutlich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu erkennen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass auch die Unternehmensteuerreform erheblich zu dem Rückgang der Vorauszahlungen beitrug.

Während zum ersten Vorauszahlungstermin (März) noch leichte Zuwächse in den Vorauszahlungen zu verzeichnen waren, sanken sie ab dem zweiten bis zum vierten Vorauszahlungstermin (Juni beziehungsweise Dezember) immer stärker (siehe Tabelle 10). Die Nachzahlungen sind gegenüber dem Vorjahr weiter angestiegen, während die Erstattungen zurückgingen. Die Nachzahlungen und Erstattungen ergaben sich im Rahmen der Veranlagungen hauptsächlich für die Jahre 2006 und 2007. In diesen Jahren des konjunkturellen Aufschwungs wurden die Vorauszahlungen nicht in ausreichendem Maße an die Gewinnentwicklung der Unternehmen angepasst, so dass es 2008 verstärkt zu Nachzahlungen beziehungsweise zu geringeren Erstattungen kommt.

## 2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2008 auf 41,1 Mrd. €. Das waren +2,4% beziehungsweise +1,0 Mrd. € mehr als im Vorjahr. In der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens zeichnet sich eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seit 2002 ab. Das Jahr 2008 ist das fünfte Rekordjahr in Folge (Abbildung 7). Allerdings gab es im 4. Quartal 2008 mit -10,1% einen deutlichen Einbruch des Gewerbesteueraufkommens, während die ersten drei Quartale noch einen Aufwärtstrend aufwiesen. Dies dürfte eine Folge der einsetzenden Wirtschaftskrise sein.

## 2.5 Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stiegen im Jahr 2008 um +6,5% über den Vorjahreswert (Tabelle 11). Ursache hierfür ist die günstige Entwicklung bei den Bemessungsgrundlagen des Solidaritätszuschlags auf Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag und Zinsabschlag. Lediglich der Solidaritätszuschlag zur Körperschaftsteuer war wegen des starken Einbruchs der Körperschaftsteuer rückläufig.

## Analysen und Berichte

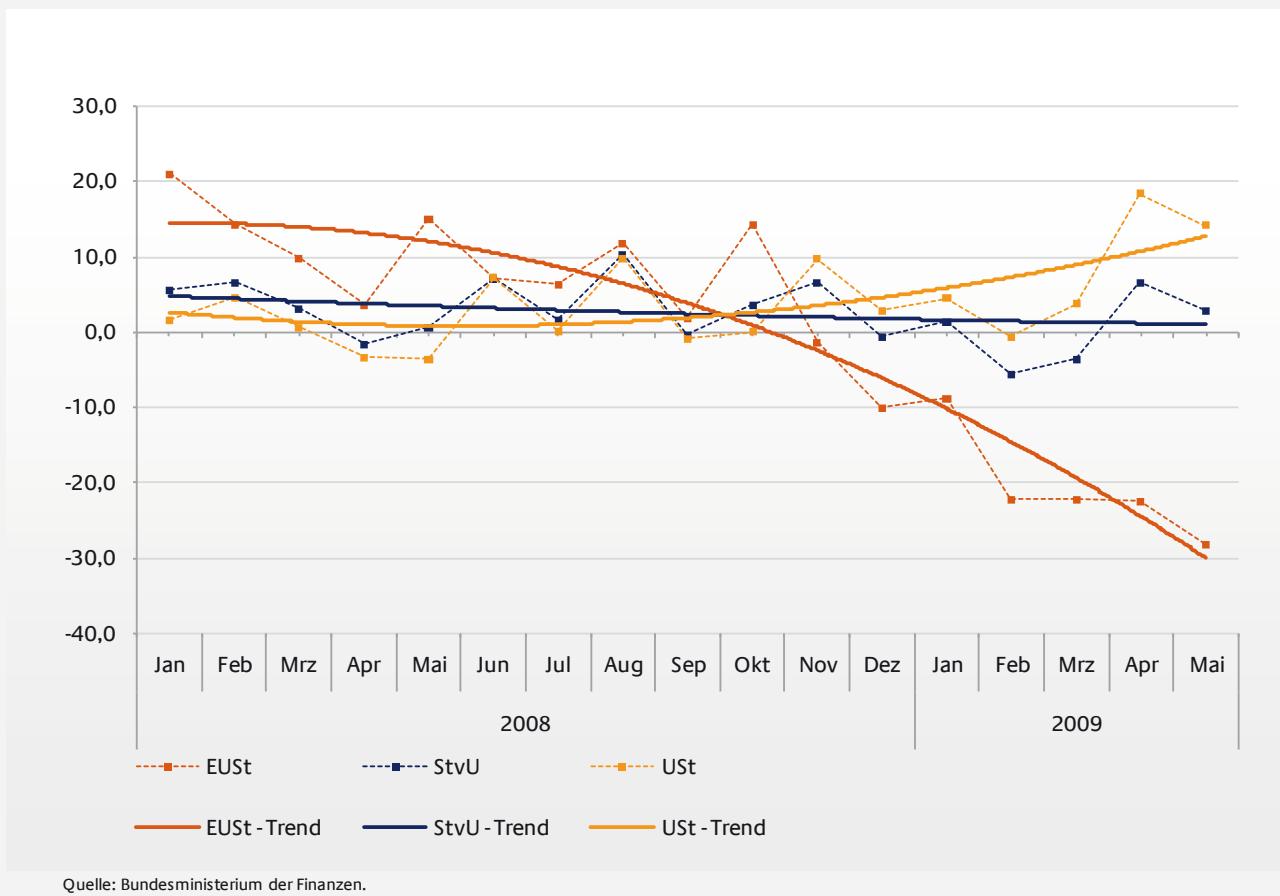
DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

**Tabelle 11: Solidaritätszuschlag**

<b>Solidaritätszuschlag</b>	2008	2007	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
zur Lohnsteuer	8 699	8 161	6,6
zur veranlagten Einkommensteuer	1 871	1 565	19,6
zum Zinsabschlag	728	619	17,7
zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	838	694	20,8
zur Körperschaftsteuer	1 009	1 310	-23
<b>Solidaritätszuschlag insgesamt</b>	<b>13 146</b>	<b>12 349</b>	<b>6,5</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Abbildung 8: Entwicklung von Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer und Steuern vom Umsatz Änderungsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum Januar 2008 bis Mai 2009 in %**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## 2.6 Steuern vom Umsatz

Das Kassenaufkommen der Steuern vom Umsatz wuchs im Jahr 2008 um +3,7% auf 176,0 Mrd. €. Die Steuern vom Umsatz setzen sich zusammen aus der Umsatzsteuer und der

Einfuhrumsatzsteuer. Die Umsatzsteuer wird auf inländische Umsätze erhoben, während die Einfuhrumsatzsteuer für Importe aus Drittländern (Nicht-EU-Staaten) abgeführt werden muss. Der Zuwachs der Umsatzsteuer war mit +2,6% geringer als der Zuwachs

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

der Steuern vom Umsatz insgesamt. Die Einfuhrumsatzsteuer wuchs mit +7,3% stärker als die Steuern vom Umsatz.

Die Entwicklung der beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies im Jahresverlauf 2008 eine gegenläufige Tendenz auf, die sich 2009 bislang verstärkt fortsetzte (Abbildung 8). Während die Einfuhrumsatzsteuer bis zum Herbst 2008 noch einen Anstieg aufwies, war zum Jahresende ein zunehmender Einbruch im Aufkommen zu beobachten. Dies kann zurückgeführt werden auf einen Rückgang der Importe infolge der Wirtschaftskrise. Neben dem allgemeinen Rückgang des Handelsvolumens dürfte insbesondere der Preisverfall bei den importierten Rohstoffen zu diesem Aufkommensrückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer beigetragen haben. Das Umsatzsteueraufkommen hatte ab dem 3. Quartal 2008 tendenziell steigende Zuwachsraten zu verzeichnen. Ursache hierfür ist neben den relativ stabilen Inlandsumsätze der beschleunigte Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer, die als Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann und somit das Umsatzsteueraufkommen mindert. Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz weist im Jahresverlauf bei insgesamt positivem Wachstum einen leichten Abwärtstrend auf. Das Wirken der automatischen Stabilisatoren trug zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung bei, indem sie Ausfälle bei der Kaufkraft auffingen. Dadurch wurde gleichfalls das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stabilisiert.

## 2.7 Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Bei beiden Steuerarten ist das Kassenaufkommen 2008 auch im dritten Jahr seit 2006 erheblich angewachsen (Tabelle 12). Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag resultieren fast ausschließlich aus der Besteuerung von Dividenden. Die sehr guten Unternehmensgewinne des Jahres 2007 führten 2008 nochmals zu einem erheblichen Anstieg der Gewinnausschüttungen. Hieraus resultierte ein Anstieg des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um +20,2%. Der mit +66,3% besonders hohe Anstieg des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Dezember 2008 kann teilweise auf einen Vorzieheffekt im Rahmen der Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 und der damit verbundenen Steuersatzerhöhung bei den Kapitalertragsteuern von 20 % auf 25 % zurückgeführt werden. Aufgrund einer im Vergleich zur Besteuerung nach dem Halbeinkünfteverfahren auftretenden nachteiligen Steuersatzdifferenz bestand für die betroffenen Steuerpflichtigen ein starker Anreiz, im Jahr 2008 noch möglichst hohe Ausschüttungen vorzunehmen.

Im Jahr 2008 kam es zu einer starken Aufkommenssteigerung beim Zinsabschlag (+20,4%), die aber dennoch erheblich hinter der Steigerung des Vorjahres zurückblieb. Im Jahr 2007 hatte die Reduzierung des Sparerfreibetrags zu erheblichen

Tabelle 12: Zinsabschlag und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

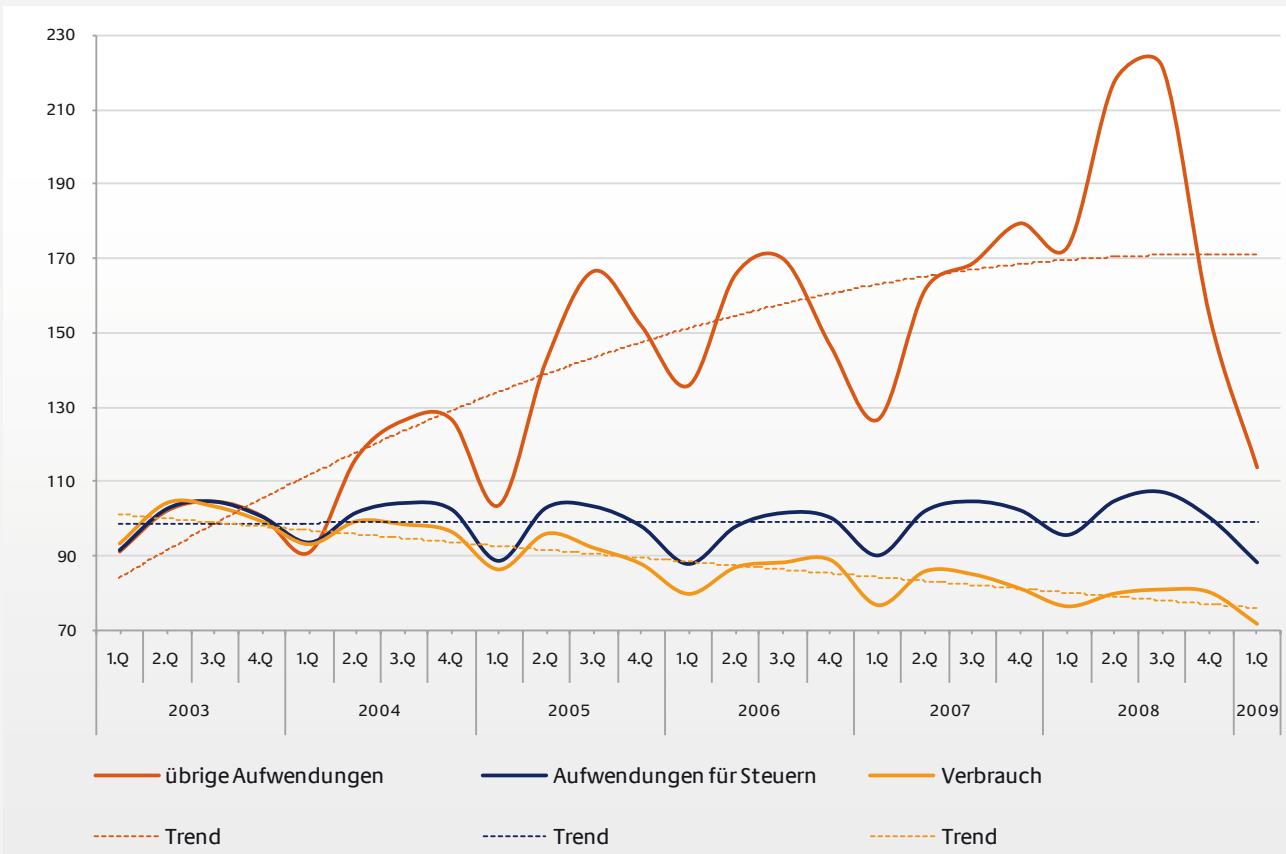
Jahr	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		Zinsabschlag	
	in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %
2004	9 919	10,2	6 773	-11,3
2005	9 952	0,3	6 990	3,2
2006	11 904	19,6	7 633	9,2
2007	13 791	15,8	11 178	46,4
2008	16 575	20,2	13 459	20,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

**Abbildung 9: Entwicklung der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe (Umsatzsteuer ohne Vorsteuerabzug und Mineralölsteuer), der übrigen Aufwendungen und des Verbrauchs von Kraftstoffen in %**  
Basis: Durchschnitt 2003 = 100



Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle; Mineralölwirtschaftsverband, Bundesministerium der Finanzen.

Mehreinnahmen geführt, die nunmehr bereits in die Aufkommensbasis eingegangen sind. Das im Zinsabschlag enthaltene Aufkommen an Quellensteuer aufgrund der EU-Zinsrichtlinie hat mit insgesamt 196 Mio. € im Jahr 2008 einen geringen Anteil am Gesamtaufkommen.

## 2.8 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen 2008 rund 39,2 Mrd. € und lagen damit lediglich um + 0,8 % über dem Vorjahreswert. Etwa 90,7 % der Energiesteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffe), 5,3 % aus der

Besteuerung von Erdgas und 4,0 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle.

Die Kraftstoffkosten haben im Verlauf des Jahres 2008 immer neue Höchststände erreicht. In Presse und Öffentlichkeit wurde immer wieder behauptet, der Staat verdiene an den Preissteigerungen mit, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht.

Auf den Verbrauch von Kraftstoff werden neben der Energiesteuer auch Steuern vom Umsatz erhoben, welche im Folgenden in die Betrachtung mit einzogen werden.

Über die steuerliche Belastung des Kraftstoffverbrauchs liegen keine amtlichen Statistiken vor. Anhand

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

von Verbrauchsstatistiken des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Preisstatistik des Mineralölwirtschaftsverbandes lassen sich jedoch Modellrechnungen über die Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe und die darin enthaltenen Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe durchführen. Bei der Schätzung der Umsatzsteuerbelastung ist die Entlastung der unternehmerisch tätigen Verbraucher durch die Vorsteuererstattung zu berücksichtigen. Der Anteil der erstatteten Vorsteuer am Umsatzsteueraufkommen aus Kraftstoffumsätzen wird hierbei auf 50 % geschätzt.

Abbildung 9 stellt

- die Entwicklung des Kraftstoffverbrauchs,
- der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe und

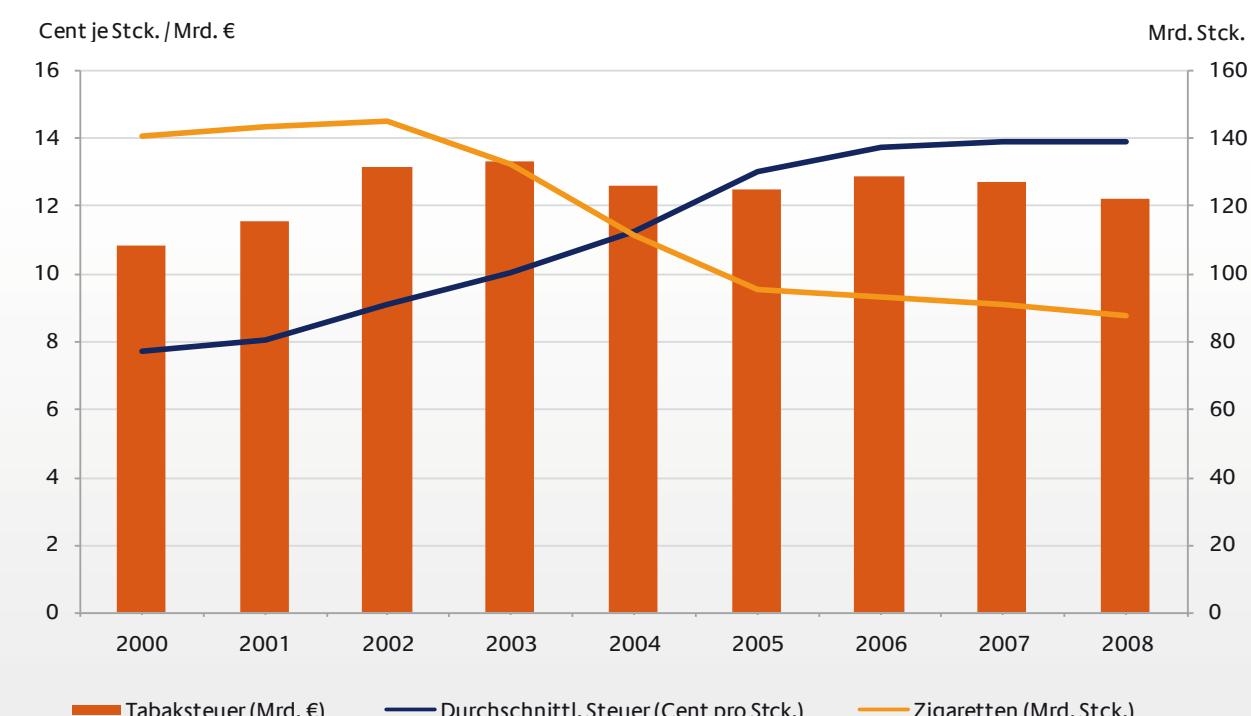
- der übrigen Aufwendungen (Rohstoff-, Produktions- und Vertriebskosten, Gewinnaufschläge etc.)

als Index für den Zeitraum 1. Quartal 2003 bis 1. Quartal 2009 mit der Basis Jahresdurchschnitt 2003 = 100 dar.

Der Kraftstoffverbrauch geht im betrachteten Zeitraum tendenziell zurück. Die Aufwendungen für Steuern blieben ab 2003 (letzte Stufe der Ökosteuerreform) relativ konstant. Es zeigt sich, dass Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuer durch den Rückgang bei der mengenabhängigen Energiesteuer in etwa aufgewogen wurden. Die übrigen Aufwendungen stiegen im Trend kräftig an.

Im 3. Quartal 2008 erreichten die Kraftstoffpreise ihren bisherigen Höchststand. Unter anderem dadurch ging der Verbrauch in diesem Zeitraum

**Abbildung 10:** Entwicklung von Tabaksteueraufkommen, Absatz von versteuerten Zigaretten und durchschnittlicher Steuer pro Zigarette 2000 bis 2008



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

### DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

auf 81% des Durchschnittswertes von 2003 zurück. Gleichzeitig wuchs der Aufwand für Steuern lediglich um + 7% auf 107% an. Die Aufwärtsentwicklung in der Belastung des Kraftstoffverbrauchs wurde überwiegend durch die stark gestiegenen übrigen Aufwendungen (um + 122% auf 222%) verursacht. Auffällig sind auch die starken saisonalen Schwankungen der Aufwendungen und des Verbrauchs, wobei seit 2004 die Aufwendungen wesentlich stärker schwanken als der Verbrauch.

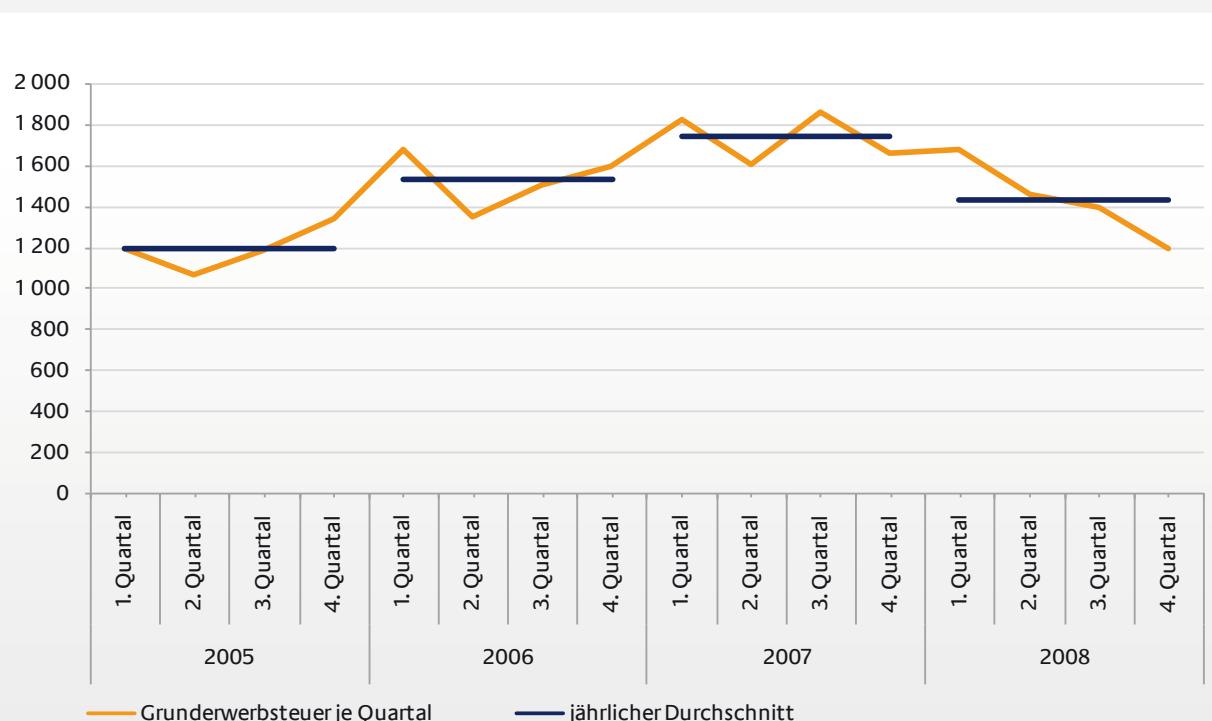
## 2.9 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer betrugen 2008 insgesamt 13,6 Mrd. € und lagen damit um - 4,8 % unter dem Vorjahreswert. Der Anteil der Zigaretten belief sich auf circa 90 % des Steueraufkommens. Der Rest entfällt auf Feinschnitt (9 %) und sonstige Produkte (1%).

Die Entwicklung des Konsums von versteuerten Zigaretten und des

darauf entfallenden Anteils des Tabaksteueraufkommens zeigte in den vergangenen Jahren erhebliche Anpassungsreaktionen der Konsumenten auf die gestiegenen Steuerbelastungen von Zigaretten. Vom Jahr 2000 bis 2008 stieg die durchschnittliche Steuer je Zigarette kontinuierlich von 7,7 Cent pro Stück auf 13,9 Cent pro Stück um + 81% an (vgl. Abbildung 10). Der Verbrauch von versteuerten Zigaretten sank im gleichen Zeitraum um - 37 %. Führte bis zum Jahr 2002 die Erhöhung des Steuersatzes pro Zigarette noch zur Steigerung des Steueraufkommens, da auch der Zigarettenkonsum leicht anstieg, reagierten die Verbraucher in den nachfolgenden Jahren mit der Einschränkung des Verbrauchs von versteuerten Zigaretten. Die im Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Nichtrauchergesetz) vom 1. September 2007 enthaltenen Einschränkungen dürften diesen Trend in 2008 noch verstärkt haben.

Abbildung 11: Entwicklung der Grunderwerbsteuer in den Jahren 2005 bis 2008 in Mio. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2008

### 2.10 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer beliefen sich im Jahr 2008 auf 5,7 Mrd. € und unterschritten damit das Vorjahresergebnis um - 17,6 %. Das Grunderwerbsteueraufkommen war in den Jahren 2005 bis 2007 ungeachtet der Abschaffung der Eigenheimzulage stark angestiegen. Dies kann auf Verkäufe von städtischem Wohnungseigentum an private Investoren und einen erhöhten Umsatz von Gewerbeimmobilien aufgrund der damals guten Konjunkturlage zurückgeführt werden. Die Wirtschaftskrise, die in den USA Mitte 2007 als Immobilienkrise begann, wirkte sich seit Ende 2007 auch auf die Nachfrage nach deutschen Immobilien spürbar aus. Im 4. Quartal 2007 schwächte sich das Aufkommenswachstum zunächst erheblich ab und schlug dann im 1. Quartal 2008 in einen leichten Rückgang um, der sich bis zum 4. Quartal 2008 allmählich bis auf - 28,1 % steigerte. Dieser Trend setzte sich im 1. Quartal 2009 (- 30,5 %) fort. Auf welches Niveau sich die Grunderwerbsteuer in den nächsten Jahren einpendelt, bleibt abzuwarten.

### 3 Fazit

Das Wachstum der Steuereinnahmen insgesamt setzte sich im Jahr 2008 fort, insbesondere bei den gewinnabhängigen Steuern mit Ausnahme der Körperschaftsteuer. Der positive Trend bei der Lohnsteuer im Jahr 2007 hielt auch 2008 an. Die Entwicklung der Umsatzsteuer wurde weiterhin durch eine vergleichsweise schwache Binnennachfrage gebremst. Die hohen Energiepreise wirkten sich dämpfend auf das Aufkommen von Energie- und Stromsteuer aus. Auch die übrigen Verbrauchsteuern stagnierten überwiegend. Die einsetzende Wirtschaftskrise wirkte sich zum Ende 2008 zunächst nur wenig auf das Gesamtsteueraufkommen aus. Lediglich das Aufkommen der Körperschaftsteuer wies im 4. Quartal erhebliche Rückgänge auf, die zum Teil auch durch die Wirtschaftskrise verursacht wurden. Auch bei der Gewerbesteuer, der Einfuhrumsatzsteuer und der Grunderwerbsteuer weist die Entwicklung des Aufkommens im 4. Quartal 2008 auf erste Auswirkungen der Wirtschaftskrise hin.

## Analysen und Berichte

EU-VERORDNUNG ZUR REGULIERUNG UND AUFSICHT VON RATINGAGENTUREN

# EU-Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen

1	Einleitung .....	71
2	EU-Verordnung .....	72
2.1	Registrierung .....	72
2.2	Aufsicht .....	72
2.3	Ratings .....	72
3	Fazit .....	73

- In der EU müssen Ratingagenturen zukünftig registriert und beaufsichtigt werden.
- Wichtige Ziele sind die Vermeidung von Interessenkonflikten und eine größere Transparenz des Ratingprozesses.
- Die EU-Verordnung ist ein wichtiger Beitrag zur Implementierung der Maßnahmen, die auf den Weltfinanzgipfeln in Washington und London beschlossen wurden.

## 1 Einleitung

Ende April dieses Jahres hat sich die Europäische Union (EU) auf eine Verordnung zur Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen geeinigt. Die Verordnung soll noch dieses Jahr in Kraft treten.

Auf den Finanzmärkten finden Ratings unterschiedliche Verwendungen. Durch Risiko- und Bonitätsbewertungen sind Ratings ein Bestandteil der Informationen, die u. a. bei Transaktionsentscheidungen an den Finanzmärkten herangezogen werden. Allerdings befreit ein Rating durch die Ratingagenturen die Investoren nicht von der Sorgfaltspflicht, sich eine eigene Einschätzung über mögliche Risiken ihrer Investitionen zu bilden. Weiterhin müssen Banken im Rahmen der aufsichtlichen Anforderungen Risikopositionen wie Kredite in der Bilanz mit Eigenkapital unterlegen. Die Höhe des dafür benötigten Eigenkapitals ist auch vom jeweiligen Rating dieser Bilanzposition, d. h. dem Rating des Kreditnehmers, abhängig („Basel II“).

Neben der Möglichkeit, dass Banken und Unternehmen selbst Ratings zur eigenen Verwendung erstellen, gibt es Ratingagenturen, die Unternehmen und Produkte bewerten. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise sind diese Ratingagenturen in die Kritik geraten, weil die mit strukturierten Produkten verbundenen Risiken häufig nicht richtig eingeschätzt wurden. Zudem bestand ein latenter Interessenkonflikt, da Ratingagenturen in der Vergangenheit über einen iterativen Abstimmungsprozesses mit den Emittenten von strukturierten Produkten de facto bei der Strukturierung dieser Produkte beteiligt waren. Der internationale Zusammenschluss der Wertpapieraufseher IOSCO (International Organization of Securities Commissions) hat darauf reagiert und seinen Verhaltenskodex für Ratingagenturen im Mai 2008 angepasst. Jedoch ist dieser Kodex freiwillig, während eine der Lehren aus der Finanzkrise ist, dass freiwillige Regeln und Kodizes häufig nicht ausreichend sind. Daher sollen bei der Neugestaltung der globalen Finanzordnung zukünftig auch Ratingagenturen reguliert und beaufsichtigt werden.

## Analysen und Berichte

EU-VERORDNUNG ZUR REGULIERUNG UND AUFSICHT VON RATINGAGENTUREN

## 2 EU-Verordnung

Die Regulierung und Aufsicht von Ratingagenturen gehört auch zu den Maßnahmen, die auf den Weltfinanzgipfeln im November 2008 in Washington und im April 2009 in London beschlossen wurden. Ratingagenturen sollen sich registrieren lassen und den Verhaltenskodex der IOSCO einhalten. In der Europäischen Union wird bereits seit Sommer 2008 an einer solchen Regelung gearbeitet. Die Bundesregierung war zusammen mit der Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aktiv an dem Prozess und den entsprechenden Verhandlungen beteiligt. Eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und des Europäischen Parlamentes wurde im April 2009 erzielt.

### 2.1 Registrierung

Die EU-Verordnung sieht vor, dass Ratingagenturen, die in der Europäischen Union (EU) tätig sind, zukünftig in der Gemeinschaft registriert werden. Um diese Registrierung zu erhalten, müssen die Ratingagenturen Anforderungen erfüllen, die an den IOSCO-Verhaltenskodex angelehnt sind und zudem in mindestens einem Mitgliedstaat der EU niedergelassen sein. Ziel ist es, die Transparenz und Integrität des Ratingprozesses zu stärken. Dies schließt auch die Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Erstellung von Ratings mit ein, was u. a. durch die Unabhängigkeit der Ratinganalysten und des Ratingprozesses von weiteren Geschäftsinteressen der Agentur gewährleistet werden wird. Zudem darf keine gleichzeitige Beratung und Bewertung für denselben Kunden vorgenommen werden. Im Verwaltungs- und Aufsichtsorgan müssen vom Ratingprozess unabhängige Mitglieder vertreten sein.

### 2.2 Aufsicht

Die Registrierung und Aufsicht der Ratingagenturen wird von den zuständigen

nationalen Aufsichtsbehörden in den Mitgliedstaaten wahrgenommen. In Deutschland übernimmt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) diese Aufgabe. Für Ratingagenturen, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, können sogenannte „Colleges of Supervisors“ gebildet werden, in denen die Aufsichtsbehörden aller betroffenen Mitgliedstaaten vertreten sind. Im Rahmen der Neuordnung der europäischen Aufsicht im Finanzmarktbereich wird momentan auch eine Übertragung der Aufsicht für Ratingagenturen an eine europäische Aufsichtsbehörde diskutiert.

### 2.3 Ratings

In Bereichen, die für die Finanzmarktstabilität von besonderer Bedeutung sind, dürfen zukünftig Ratings nur noch dann verwendet werden, wenn sie von einer in der EU registrierten Agentur stammen. Darunter fallen u. a. Ratings für die Bestimmung der Eigenkapitalunterlegung von Risikopositionen in Bankbilanzen (Basel II).

Finanzmärkte und Märkte für Ratings sind global ausgelegt, und eine Regulierung der Finanzmärkte sollte dies mit berücksichtigen. Aus diesem Grund ist auch die Verwendung von Ratings, die außerhalb der EU erstellt werden („Drittstaaten-Ratings“), unter bestimmten Bedingungen weiterhin möglich. Die Ratingagentur, die dieses Rating ausgibt, muss eine in der EU registrierte Niederlassung haben, die garantieren kann, dass das Rating mit den Anforderungen in der EU-Verordnung übereinstimmt. Zudem muss der Drittstaat ebenfalls über ein Regulierungs- und Aufsichtsregime für Ratingagenturen verfügen.

In der Londoner Gipfelerklärung zur Stärkung des Finanzsystems wird der Basler Ausschuss für Bankaufsicht aufgefordert, die Verwendung externer Ratings für aufsichtliche Zwecke zu überprüfen.

## Analysen und Berichte

EU-VERORDNUNG ZUR REGULIERUNG UND AUFSICHT VON RATINGAGENTUREN

### 3 Fazit

Die EU-Verordnung zur Regulierung und Registrierung von Ratingagenturen liefert einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der bei den im vergangenen November und April beschlossenen G20-Maßnahmen zur Neuordnung des Weltfinanzsystems. Damit wird ein weiterer wichtiger Schritt mit Blick auf das Ziel getan, dass keine systemisch relevanten Märkte, Institutionen und Produkte im Finanzsystem unreguliert beziehungsweise unbeaufsichtigt bleiben.

## Analysen und Berichte

BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

# Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben

## Neue Langfristprojektionen für die Mitgliedstaaten der EU (Ageing Report 2009)

1	Hintergrund.....	74
2	Methodik der Modellrechnungen .....	75
3	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung.....	77
3.1	Bevölkerung .....	77
3.2	Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung.....	78
3.3	Produktivität und Wirtschaftswachstum.....	78
4	Ergebnisse der Budgetprojektionen .....	79
4.1	Langfristige Belastungen für die öffentlichen Haushalte insgesamt .....	79
4.2	Entwicklungen in einzelnen Ausgabebereichen .....	80
5	Schlussfolgerungen des Rates (ECOFIN).....	83
6	Ausblick .....	84

- Aktuelle Rechnungen bestätigen: In der EU insgesamt wie auch in Deutschland wird der demografische Wandel zu gravierenden Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung führen.
- Das potenzielle Wirtschaftswachstum wird sich langfristig vermindern, die Lasten für die öffentlichen Haushalte werden sich in den meisten Ländern deutlich erhöhen.
- In der EU insgesamt könnte der Ausgabendruck in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um etwa  $4\frac{3}{4}$  Prozentpunkte zunehmen. Die gleiche Größenordnung hat der für Deutschland ermittelte Anstieg.
- Die neuen Daten sind eine wichtige Grundlage für die Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die haushaltspolitische Überwachung der Mitgliedstaaten durch den ECOFIN-Rat.

## 1 Hintergrund

Welche Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte wird die Bevölkerungsalterung langfristig haben? Das ist eine Frage, die nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene diskutiert wird. Denn es dauert nicht mehr lange, bis die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in Deutschland wie in anderen Mitgliedstaaten der EU aus dem aktiven Erwerbsleben ausscheiden. Spätestens dann wird sich zeigen, ob die von Land zu Land unterschiedlich ausgestalteten Systeme der sozialen Sicherung den Herausforderungen des demografischen Wandels gewachsen sind

oder ob die zu erwartenden Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung die Solidität der Staatsfinanzen insgesamt in Gefahr bringen werden.

Von daher ist es kein Wunder, dass der Blick auf weit in die Zukunft reichende Entwicklungen im Rahmen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes an Bedeutung gewonnen hat. Auskünfte über die potentielle Entwicklung der Staatsausgaben in langfristiger Perspektive sind inzwischen zu einem selbstverständlichen Bestandteil der jährlich von den EU-Mitgliedstaaten vorzulegenden Stabilitäts- und Konvergenzprogramme geworden. Darüber

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

hinaus wächst die Zahl der Länder, die sich mit möglichen Risiken für die öffentlichen Finanzen in eigenen Tragfähigkeitsberichten auseinandersetzen.<sup>1</sup>

Die Untersuchungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zur Bevölkerungsalterung beruhen in der Regel auf unabhängig voneinander durchgeföhrten Projektionen, die nationale Besonderheiten vergleichsweise gut abbilden, wegen unterschiedlicher Annahmen und Methoden in den Ergebnissen allerdings nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hat den Wirtschaftspolitischen Ausschuss der EU (WPA) deshalb vor drei Jahren ein weiteres Mal mit der Erstellung harmonisierter Rechnungen auf Gemeinschaftsebene beauftragt. Damit sollten die zu einem früheren Zeitpunkt für die EU-15 beziehungsweise EU-25 durchgeföhrten Analysen aktualisiert, in ihrem Prognosehorizont bis 2060 verlängert und zugleich um Angaben für die Länder Bulgarien und Rumänien ergänzt werden.<sup>2</sup>

Die Durchführung der konzeptionellen und inhaltlichen Arbeiten im Detail lag erneut bei der EU-Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) und bei den Experten der Mitgliedstaaten in der Arbeitsgruppe Bevölkerungsalterung (Working Group on Ageing and Sustainability) des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der

<sup>1</sup> Das Bundesministerium der Finanzen hat mit seiner Berichterstattung zu diesem Thema im Jahr 2005 begonnen. Im Juni 2008 ist bereits der „Zweite Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ erschienen.

<sup>2</sup> Eine erste gemeinschaftsweit abgestimmte Projektion wurde im Jahr 2001 – damals nur für die Rentenfinanzen – erstellt. Modellrechnungen auch für andere Bereiche schlossen sich an. Der letzte umfassende Bericht zu den budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung wurde dem Rat im Februar 2006 vorgelegt.

EU. Von deutscher Seite ist dort neben dem Bundesministerium der Finanzen auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales vertreten.

Die Untersuchungen sind nun abgeschlossen, mit den Ergebnissen hat sich der Rat auf seiner Tagung am 5. Mai 2009 befasst. Der dazu vorbereitete Bericht („Ageing Report 2009“) wurde einer breiteren Öffentlichkeit Mitte Mai beim diesjährigen Brüsseler Wirtschaftsforum vorgestellt.<sup>3</sup> Die Erkenntnisse daraus und die vom Rat verabschiedeten Schlussfolgerungen sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Eine Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist damit noch nicht erfolgt, denn dafür müssten zusätzliche Annahmen für die Einnahmenseite getroffen und die gegenwärtige Situation der öffentlichen Haushalte (unter Einschluss des Schuldendestandes) mit abgebildet und fortgeschrieben werden. Das wird auf Gemeinschaftsebene im Zuge der üblichen haushaltshaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister und die Europäische Kommission auch geschehen. In die dann wieder anstehende Beurteilung der nationalen Finanzpolitik werden die neuen Budgetprojektionen einfließen.

## 2 Methodik der Modellrechnungen

Den Ausgangspunkt für die Untersuchungen bilden vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) bereitgestellte Bevölkerungsvorausberechnungen,

<sup>3</sup> Das vollständige Dokument mit dem Titel „The 2009 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060). Joint Report by the European Commission (DG ECFIN) and the Economic Policy Committee (AWG)“ steht zum Download auf dem Europa-Server bereit.

## Analysen und Berichte

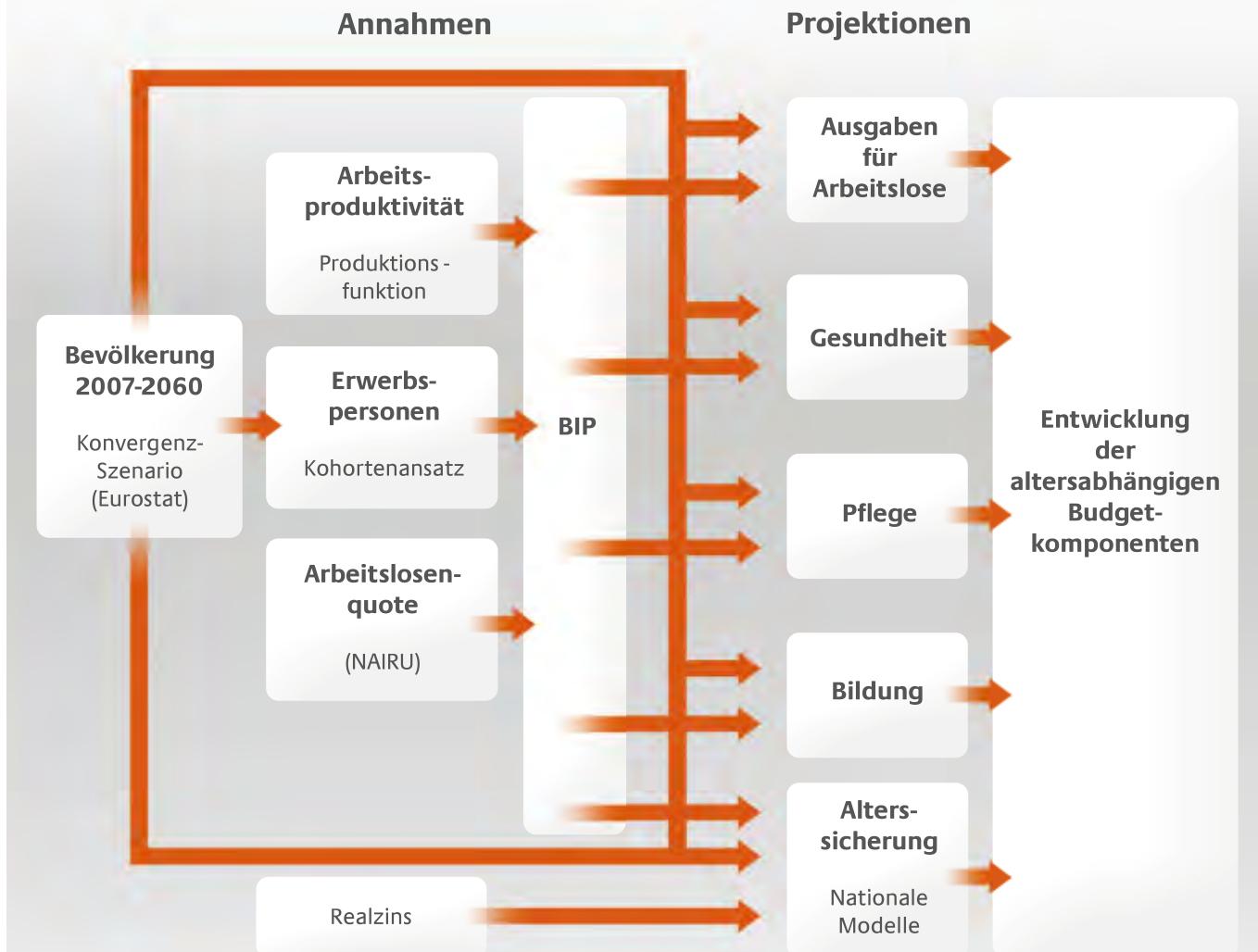
### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

deren Determinanten mit den nationalen Statistikämtern abgestimmt wurden. Die unterstellte Entwicklung der Mortalität wie auch der Fertilität wird dabei von der Vorstellung einer allmäßlichen Angleichung zwischen den Mitgliedstaaten geprägt (Konvergenz-Szenario). Hier wie bei den Wanderungen liegt der Zeitpunkt, von dem an ein Gleichlauf zwischen den Mitgliedstaaten

erreicht sein soll, allerdings weit jenseits des für die Budgetprojektionen selbst ausgewählten Zeitraums. Am aktuellen Rand beobachtete Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestimmen das demografische Geschehen deshalb zunächst sehr deutlich.

In einem weiteren Arbeitsschritt erfolgte die Abstimmung der Annahmen zur Abbildung

## Abbildung 1: Methodik der Langfristprojektionen im Überblick



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, EU-Kommission.

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

des Arbeitsmarktes (Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung) und zur künftigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität (vermittelt über den technischen Fortschritt). Abbildung 1 beschreibt das grundsätzliche Vorgehen, bei dem sich das potenzielle Bruttoinlandsprodukt nicht aus einer exogen vorgegebenen Wachstumsrate, sondern aus der Kombination der zuvor für diese anderen Größen abgeleiteten Veränderungen ergibt.

Am Ende steht die Darstellung langfristiger Entwicklungslinien für solche Kategorien staatlicher Ausgaben, die vom demografischen Wandel voraussichtlich stark beeinflusst werden. Auf Gemeinschaftsebene werden dazu üblicherweise die Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, dazu die Bildungsausgaben und die Lohnersatzleistungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der strukturellen Arbeitslosigkeit gezählt. Bei der Bestimmung des Arbeitsvolumens kam es über die explizite Berücksichtigung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden zu einer weiteren Verfeinerung der Modellrechnungen. Die Ergebnisse werden Jahr für Jahr in einer auf die gesamtwirtschaftliche Produktion bezogenen Kennziffer („age-related expenditure as percentage of GDP“) zusammengefasst. Das grundlegende Konzept für die Ermittlung der fiskalischen Lasten aus der Bevölkerungsalterung hat sich gegenüber den letzten derartigen Schätzungen auf Gemeinschaftsebene demnach nicht geändert.

Auch die in der Vergangenheit praktizierte Arbeitsteilung, nach der die Projektion der Rentenausgaben auf Basis nationaler Modelle bei den Mitgliedstaaten liegt, wurde beibehalten. Dieses Vorgehen soll dafür sorgen, dass institutionelle Unterschiede zwischen den Ländern sich in den Resultaten für diesen Bereich wie in den zusammengefassten Ergebnissen auf angemessene Weise widerspiegeln. Auf ein Einhalten der zuvor verabredeten Annahmen wird in den am Ende veranstalteten Prüfrunden („peer reviews“) besonders geachtet.

## 3 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

### 3.1 Bevölkerung

Die Zahl der Einwohner in der gesamten EU wird nach den Annahmen des für die Budgetprojektionen genutzten Szenarios von heute etwa 495 Mio. Menschen bis zum Jahr 2035 auf etwa 520 Mio. Menschen weiter steigen. Erst danach käme es zu einem allmählichen Rückgang. Im Jahr 2060 hätte die EU mit 505 Mio. hier lebenden Menschen nicht sehr viel mehr Einwohner als in der Gegenwart. Dahinter steht in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten eine Zunahme, in der anderen Hälfte eine Verringerung der Bevölkerungszahl. Gemessen an dem sehr langen Zeitraum sind die Veränderungen in der absoluten Zahl der Einwohner nicht sonderlich groß. Auch in der erweiterten Gemeinschaft wird man von einem stetigen Wachstum der Bevölkerung – wenn die hier unterstellten Bedingungen eintreten – nicht mehr ausgehen können.

In einem anderen Merkmal drückt sich der demografische Wandel sehr viel deutlicher aus: Der Altenquotient, der die Zahl der Senioren im Verhältnis zur Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter beschreibt, dürfte sich in der EU insgesamt – wie auch in Deutschland – bis 2060 annähernd verdoppeln. Das ist ein Befund, der im Einklang mit den Erkenntnissen aus anderen Untersuchungen steht. Am stärksten fällt der Anstieg in der Periode von 2015 bis 2030 aus, was vor allem daran liegt, dass die im Babyboom der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts geborenen Menschen das Rentenalter erreichen. In ihrem Tempo und in ihrem Ausmaß unterscheiden sich die erwarteten Veränderungen aber von Land zu Land. In Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien, in denen die (positiven) Wanderungssalden vergleichsweise hoch ausgefallen sind, hat das niedrigere Durchschnittsalter der Zuwanderer einen deutlich dämpfenden Einfluss auf die Zunahme des Altenquotienten.

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

## 3.2 Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung

Nach dem Kohortenansatz, demzufolge die künftige Entwicklung der Erwerbsneigung aus Beobachtungen für einzelne Geburtsjahrgänge in der Vergangenheit abgeleitet wird, könnte der Anteil, mit dem sich die 15- bis 64-Jährigen am Erwerbsleben beteiligen, in der EU langfristig um  $3\frac{1}{2}$  Prozentpunkte steigen, von 70,6 % im Jahr 2007 auf 74,1 % im Jahr 2060. Die Veränderung in Deutschland bewegt sich in einer ähnlichen Größenordnung, der Anteil selbst liegt allerdings schon zu Beginn um rund 5 Prozentpunkte über dem für alle Mitgliedstaaten ermittelten Durchschnitt. Am deutlichsten nimmt die Erwerbsbeteiligung in der EU bei den 55- bis 64-Jährigen zu, weil sich hier neben allen anderen Einflüssen auch die Effekte der in Deutschland wie in einigen anderen Ländern bereits verabschiedeten Rentenreformen in einer Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters bemerkbar machen. Insgesamt wird sich der derzeit noch beobachtete Unterschied in der Erwerbsneigung von Frauen und Männern kräftig verringern.

Aus dem unterstellten Erwerbsverhalten und der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots lassen sich in Kombination mit einer Hypothese über den Verlauf der Arbeitslosigkeit Informationen über die anzunehmende Entwicklung der Beschäftigung im Projektionszeitraum gewinnen. In den neuen Rechnungen wird grundsätzlich unterstellt, dass die strukturelle Arbeitslosenquote sich in Ländern mit derzeit hoher Arbeitslosigkeit einem Wert annähert, der dem Ansatz der EU-Kommission für die inflationsstabile Arbeitslosenquote (NAIRU) in den alten Mitgliedstaaten (EU-15) entspricht. Das heißt zum Beispiel, dass die Quote im Falle Deutschlands von 8,7 % im Basisjahr auf 6,2 % im Jahr 2020 sinkt. In Ländern mit aktuell niedrigen Werten bleiben diese konstant. Für die EU insgesamt ergibt sich eine Verringerung der Arbeitslosenquote um  $1\frac{1}{2}$  Prozentpunkte von 7,2 % im Jahr 2007 auf 5,7 % im Jahr 2020. Bis zum Ende des Projektionszeitraums verändern sich die Quoten in der für

die Budgetprojektionen verwendeten Ausgangsvariante dann nicht mehr.

## 3.3 Produktivität und Wirtschaftswachstum

Für die Ableitung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde wie bei der letzten Schätzrunde auf eine Produktionsfunktion zurückgegriffen, die neben dem Faktor Arbeit den in den Volkswirtschaften vorhandenen Kapitalstock (Sachanlagen) einbezieht. Die Schätzung des Produktionspotentials erfordert in diesem Fall zusätzliche Annahmen über die künftige Entwicklung der Investitionen sowie den technischen und organisatorischen Fortschritt (die totale Faktorproduktivität). Die entsprechenden Parameter wurden erneut so eingestellt, dass sich gegen Ende des Projektionszeitraums über alle Länder hinweg eine Konvergenz in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität auf einen Wert von jahresdurchschnittlich  $+1\frac{3}{4}\%$  ergibt. Diese Annahme stimmt überein mit häufig auf internationaler Ebene - zum Beispiel von der OECD - verwendeten Setzungen. Der für die Zukunft unterstellte Produktivitätsfortschritt entspricht bereits in der Vergangenheit beobachteten Trends.

Werden alle Daten zusammengeführt, ergibt sich ein Zeitpfad für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten. Für die EU-27 würde sich das geschätzte reale Wachstum von durchschnittlich 2,4 % in den Jahren 2007 bis 2020 auf einen Zuwachs von 1,7 % pro Jahr im Zeitraum 2021 bis 2030 und nicht mehr als 1,3 % in der Periode 2041 bis 2060 verringern. Die wichtigste Ursache für die Abschwächung liegt in der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. Schon ab 2020 würde die Verminderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung beziehungsweise der Beschäftigung nicht mehr vollständig ausgeglichen. Entscheidende Quelle für die weitere Zunahme des Wohlstands wäre der unterstellte Produktivitätsfortschritt. In Deutschland würde das Potenzialwachstum

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

von 1½ % bis 2 % in den Jahren bis 2015 auf lange Sicht bis auf eine Rate von 1 % absinken. Bei abnehmender Einwohnerzahl könnte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Deutschland wie im Euroraum gegen Ende des Projektionszeitraums mit einer Rate von 1½ % pro Jahr wachsen.

Eine andere Frage ist, ob die Wachstumserwartungen vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise nicht nur auf kurze und mittlere Sicht, sondern auch für sehr weit in der Zukunft liegende Zeiträume zurückgenommen werden müssen. Mit den Konsequenzen, die sich daraus für die Budgetprojektionen ergeben könnten, haben sich WPA und EU-Kommission ebenfalls auseinandergesetzt. Das Ausmaß möglicher Zusatzbelastungen hängt davon ab, wie rasch die Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten in der EU überwunden werden kann.

## 4 Ergebnisse der Budgetprojektionen

### 4.1 Langfristige Belastungen für die öffentlichen Haushalte insgesamt

Der demografische Wandel wird die staatlichen Ausgaben für die Alterssicherung

(Rente und Pensionen) sowie die Ausgaben für Gesundheit und Pflege in den meisten Mitgliedstaaten der EU – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – auf ein deutlich höheres Niveau als heute treiben. Der Belastungsquotient, der die Ausgaben für die altersabhängigen Budgetkomponenten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt beschreibt, würde bis zum Jahr 2060 in der Gemeinschaft insgesamt um rund 4¾ Prozentpunkte steigen. Das ist auch das für Deutschland ermittelte Resultat der Modellrechnungen. Allerdings ist das Spektrum insgesamt sehr breit (vgl. Kasten 1 unten).

Für ein Drittel der Länder ergibt sich eine Zunahme der fiskalischen Belastung um mehr als 7 Prozentpunkte, bei einem weiteren Drittel fällt die Veränderung des Ausgabendrucks mit einer Differenz von unter 4 Prozentpunkten wesentlich moderater aus. Deutschland liegt mit seinem Ergebnis in der Gruppe dazwischen. Der für die EU im Durchschnitt errechnete Anstieg täuscht über das sehr differenzierte Ergebnis hinweg.

In den beiden nachstehenden Abbildungen 2 und 3 lassen sich die Unterschiede für die alten Mitgliedstaaten (EU-15) wie auch für die neuen Mitgliedstaaten (EU-12) besser

#### Kasten 1: Vergleich des Belastungsanstiegs in den EU-Mitgliedstaaten

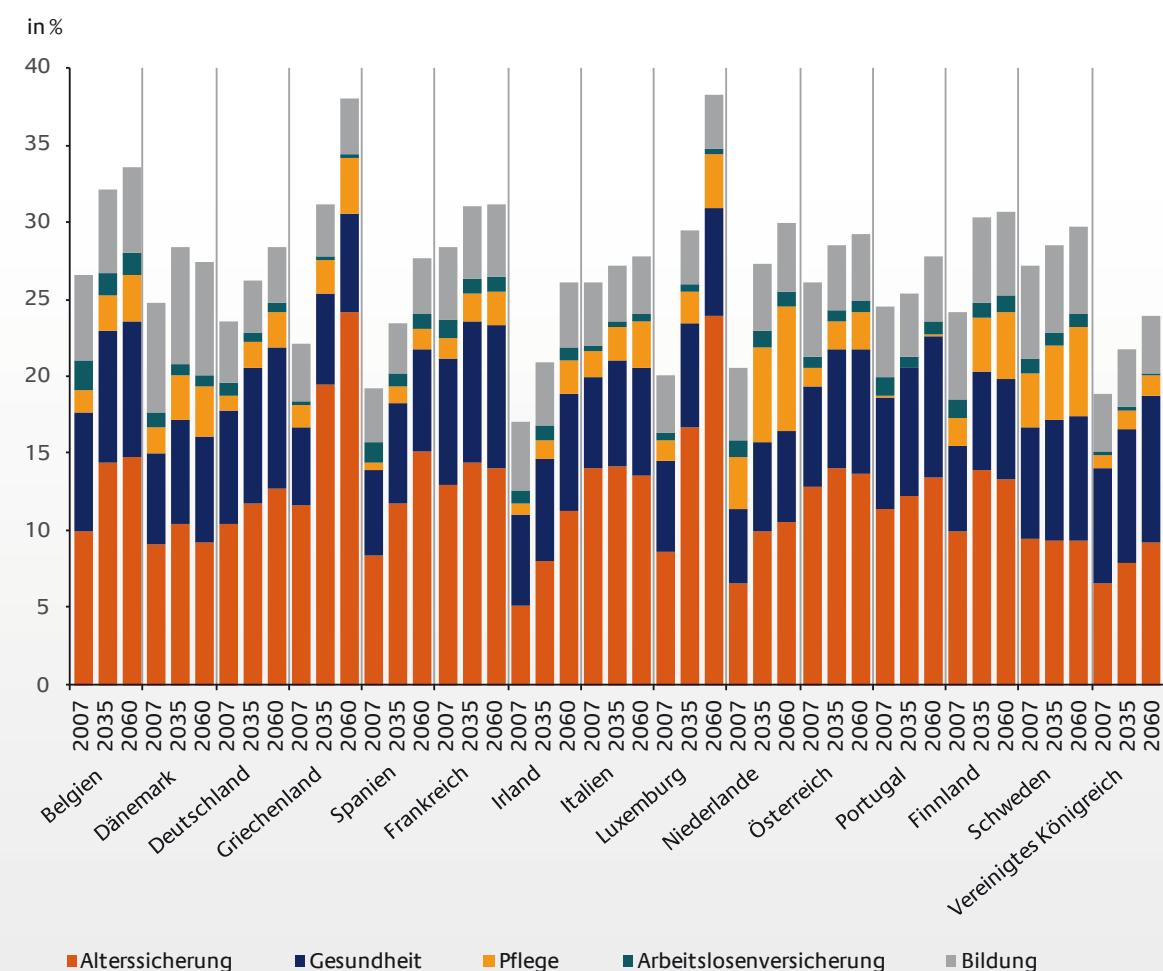
Veränderung der altersabhängigen Ausgaben in Relation zum BIP (2007 bis 2060) von		
- mehr als 7 Prozentpunkte	- zwischen 4 und 7 Prozentpunkte	- unter 4 Prozentpunkte
Luxemburg	Belgien	Bulgarien
Griechenland	Finnland	Schweden
Slowenien	Tschechische Republik	Portugal
Zypern	Litauen	Österreich
Malta	Slowakai	Frankreich
Rumänien	Vereinigtes Königreich	Dänemark
Niederlande	Deutschland	Italien
Spanien	Ungarn	Lettland
Irland		Estland
		Polen

Quelle: Ageing Report 2009.

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

**Abbildung 2: EU-15**  
**Entwicklung ausgewählter öffentlicher Ausgaben in % des BIP 2007, 2035 und 2060**



Quelle für Daten: Ageing Report 2009.

erkennen. Dabei zeigt sich, dass es neben Ländern mit einem außerordentlich starken Anstieg der altersabhängigen Ausgaben (an der Spitze Luxemburg, Griechenland und Slowenien) auch Länder gibt, in denen sich die Belastungen für den Staatshaushalt kaum oder gar nicht erhöhen. (Lettland, Estland, Polen). Dabei kommt es in Polen sogar zu einer Entlastung. Die Erklärung liegt in der (teilweisen) Umwandlung des dortigen Rentensystems weg von einer staatlichen Finanzierung hin zu einem privaten kapitalgedeckten System, was zu einer Reduktion der erwarteten Belastungen für die öffentlichen Haushalte führt. Allerdings

ergeben sich bei einer solchen Umstellung aus möglichen Schwankungen im Wert der privat angelegten Gelder neue Risiken für die langfristige Sicherung der Altersversorgung.

## 4.2 Entwicklungen in einzelnen Ausgabebereichen

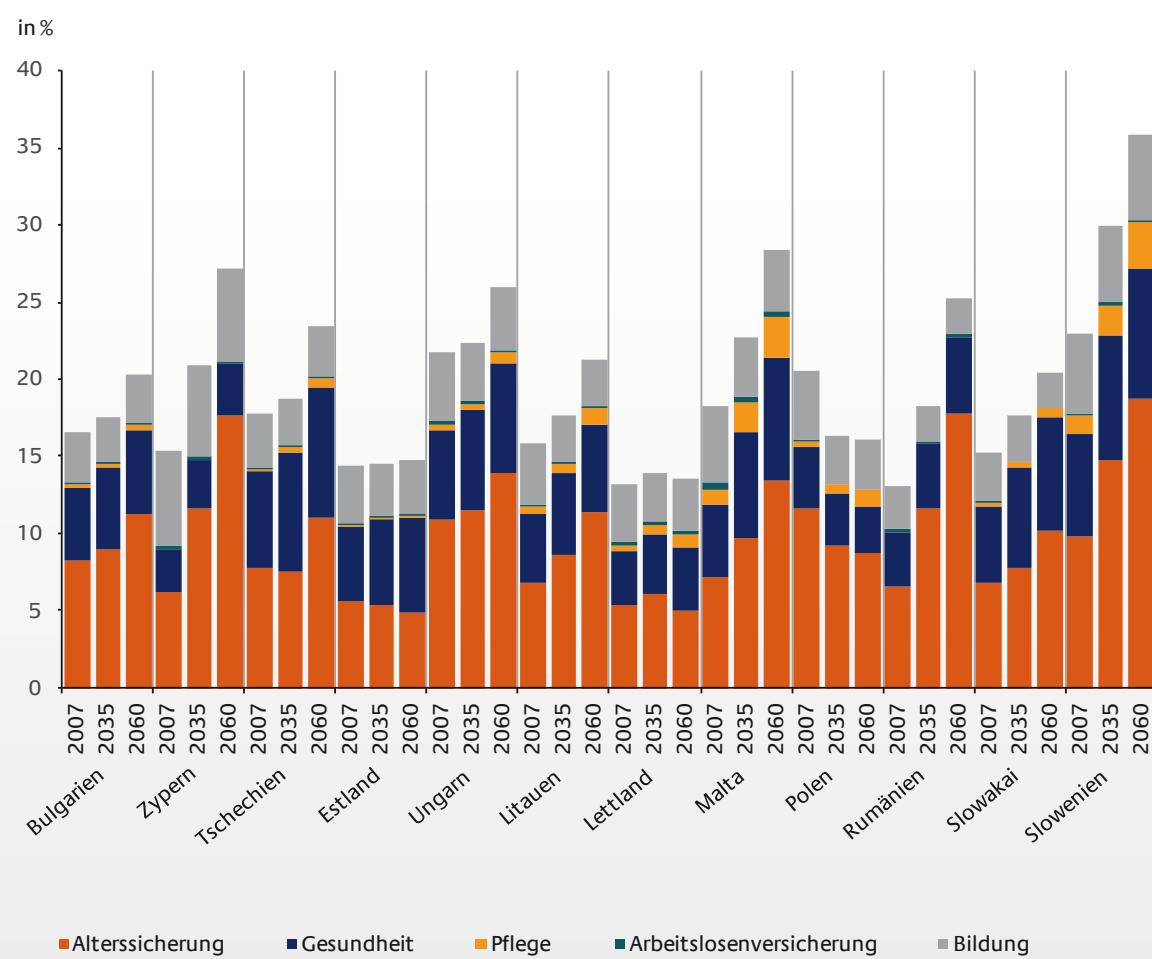
### Altersversorgung

In den meisten Mitgliedstaaten zeichnet sich bei den Renten und Pensionen als Folge der Bevölkerungsalterung für die öffentlichen Haushalte ein Belastungsanstieg ab; in der EU insgesamt nimmt der Ausgabendruck

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

**Abbildung 3: EU-12**  
Entwicklung ausgewählter öffentlicher Ausgaben in % des BIP 2007, 2035 und 2060



Quelle für Daten: Ageing Report 2009.

in Relation zum BIP über den gesamten Projektionszeitraum (2060 gegenüber 2007) allein in diesem Bereich um etwa 2 1/2 Prozentpunkte, im Euroraum um etwa knapp 3 Prozentpunkte zu. Auffallend ist die starke Heterogenität der Ergebnisse. In drei Ländern (Griechenland, Zypern und Luxemburg) liegt der Anstieg im zweistelligen Bereich. Deutschland gehört dagegen zu den Ländern, in denen sich die Zunahme der fiskalischen Belastungen - ungeachtet eines vergleichsweise starken Anstiegs des Altenquotienten - noch in Grenzen hält. Das ist vor allem eine Folge der hier wie auch in einer ganzen Reihe anderer Mitgliedstaaten

schon seit längerem durchgeführten Reformen (in Deutschland u. a. die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors und die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre). Dass die Mitgliedstaaten bei allen Maßnahmen zur Ausgabendämpfung die Angemessenheit der Renten im Blick behalten müssen, haben WPA und EU-Kommission bei der Vorlage ihrer Rechnungen allerdings auch unterstrichen.

### Gesundheit

Wie groß die Unsicherheiten bei der Projektion der öffentlichen Gesundheitsausgaben sind,

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

wird in den auf Gemeinschaftsebene erstellten Rechnungen deutlich aufgezeigt. Für die Fortschreibung möglicher Entwicklungspfade ist neben dem Prozess der gesellschaftlichen Alterung eine Vielzahl weiterer Faktoren entscheidend, von möglichen Veränderungen im Gesundheitsstatus der Bevölkerung bis hin zu den Rahmenbedingungen, nach denen sich Angebot und Nachfrage im Gesundheitssektor entfalten. Hinzu kommen die grundsätzlich positiven - die Behandlungskosten aber häufig steigernden - Wirkungen des medizinischen Fortschritts.

Für den „Ageing Report“ wurde deshalb eine ganze Reihe zusätzlicher Varianten durchgerechnet, die solche anderen Bestimmungsgrößen („non-demographic drivers“) in die Projektionen einbeziehen. Sie werden dort in einem eigenständigen Kapitel ausführlich beschrieben. Zur Verwendung in Untersuchungen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird am Ende die Nutzung einer mittleren Variante empfohlen, wonach die staatlichen Gesundheitsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bis 2060 im Vergleich zum Basisjahr (2007) um etwa 1½ Prozentpunkte steigen.

### Pflege

Nimmt man die Kosten für die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen hinzu, dürften die Belastungen für die öffentlichen Haushalte – bei Annahme unveränderter institutioneller Bedingungen – bis zum Ende des Projektionszeitraums im Schnitt um einen weiteren Prozentpunkt steigen. Überdurchschnittlich hoch ist der Belastungsanstieg in solchen Ländern, in denen es für die Langzeitpflege schon heute weitverbreitete – mit öffentlichen Mitteln finanzierte – Angebote gibt. Vor allem in den neuen Mitgliedstaaten, in denen dies noch nicht der Fall ist, fällt der Ausgabenanstieg systematisch niedriger aus. Allerdings weisen WPA und EU-Kommission darauf hin, dass es angesichts des zunehmenden Anteils alter und sehr alter Menschen in Zukunft auch in diesen Ländern zu einer Anpassung der

institutionellen Gegebenheiten und damit zu einem stärkeren Druck auf die öffentlichen Haushalte kommen könnte.

Die in Deutschland vorhandenen Regelungen für den Einsatz öffentlicher Mittel angemessen abzubilden, hat sich als schwierig erwiesen. Auf die Besonderheiten der deutschen Pflegeversicherung wird bei der Vorstellung der Ergebnisse im „Ageing Report“ aber aufmerksam gemacht. Neben dem mit einheitlichen Annahmen arbeitenden Szenario wird eine Alternativrechnung präsentiert, bei der die durchschnittlichen Leistungsbeiträge („unit costs“) real konstant gehalten werden. Das sollte in der Wirkung der im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 1. Juli 2008 vorgesehen Dynamisierung in etwa entsprechen. Anders als im Basis-Szenario käme es hier dann kaum noch zu einem Belastungsanstieg.

### Bildung

Rückwirkungen der vorausberechneten Änderungen der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf die wirtschaftliche Leistungskraft der Mitgliedstaaten werden in solchen Untersuchungen in aller Regel ausgeklammert. Das gilt bei den jetzt von WPA und EU-Kommission vorgestellten Projektionen auch für die Bildungsausgaben. Mögliche Auswirkungen einer Erhöhung der Bildungsbeteiligung und die damit verbundenen positiven Effekte für den Produktivitätsfortschritt und das Wachstum bleiben außen vor, werden aber über qualitative Aussagen in die Diskussion eingebracht. Bemühungen um ein Erreichen höherer Bildungsabschlüsse könnten in vielen Mitgliedstaaten der EU zu tendenziell steigenden Ausgaben führen. Schon jetzt zeigt der „Ageing Report“ auf, dass im Bildungsbereich kein wesentliches Einsparpotenzial liegt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt würden sich die staatlichen Aufwendungen im Bildungsbereich demografiebedingt nur wenig ändern. Das zeigt sich auch in den Ergebnissen für Deutschland.

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

#### Arbeitslosenversicherung

Die staatlichen Ausgaben für Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit verringern sich im Verhältnis zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nach den auf Gemeinschaftsebene angestellten Kalkulationen ebenfalls nur wenig. Das liegt allerdings zu einem Großteil an den für diese Rechnungen getroffenen Annahmen. Wird unterstellt, dass die strukturelle Arbeitslosenquote langfristig auf einem relativ hohen Niveau verharrt, ergeben sich im Bereich der Arbeitslosenversicherung notwendigerweise nur geringe Entlastungsmöglichkeiten. Nach den Annahmen, wie sie in Deutschland etwa von der Rürup-Kommission für entsprechende Rechnungen auf nationaler Ebene entwickelt wurden, könnte die Zahl der Erwerbslosen auf lange Sicht deutlich stärker zurückgehen – nicht zuletzt wegen der zu erwartenden Knappheiten beim Faktor Arbeit. Unter diesen Umständen wäre nicht nur mit erheblich niedrigeren Transferleistungen und einer Abnahme des dadurch bewirkten Drucks auf die öffentlichen Haushalte zu rechnen. Auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum fiele aufgrund der dann höheren Beschäftigung günstiger aus. Allerdings stehen diesen langfristigen Chancen auf kurze und mittlere Sicht erhebliche Beschäftigungsrisiken infolge der gegenwärtigen Rezession gegenüber.

#### 5 Schlussfolgerungen des Rates (ECOFIN)

Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU haben den Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und der EU-Kommission auf ihrer Sitzung am 5. Mai 2009 gebilligt. Sie haben bei dieser Gelegenheit auch unterstrichen, dass die Langfristprojektionen künftig entstehende Zahlungsverpflichtungen des Staates unter der Annahme beschreiben, dass sich die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten nicht verändern („constant policy scenario“). Auf die Chancen, die sich aus einer Änderung

der in den Rechnungen unterstellten Verhältnisse ergeben könnten, hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen zum „Ageing Report“ ausdrücklich hingewiesen und Maßnahmen zur Reduktion der strukturellen Arbeitslosigkeit als Beispiel benannt.

Den nicht zu vermeidenden Unsicherheiten ist bei der Entwicklung langfristig angelegter politischer Konzeptionen Rechnung zu tragen. Das gilt allerdings auch für solche Fälle, in denen sich Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weniger aus der Bevölkerungsalterung als aus Verschlechterungen der Haushaltssituation am aktuellen Rand und/oder derzeit hohen Schuldenständen ergeben.

Vor diesem Hintergrund haben die Wirtschafts- und Finanzminister ihre Absicht bekräftigt, den fiskalischen Herausforderungen der Bevölkerungsalterung mit einer breitangelegten Strategie („three-pronged strategy“) zu begegnen. Sie stützt sich auf

1. die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel einer raschen Rückführung der Staatsverschuldung,
2. die Erhöhung der Erwerbstätigenquote – also des Anteils der tatsächlich Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – und der Produktivität,
3. die Umsetzung von Reformen in den sozialen Sicherungssystemen (Altersversorgung, Gesundheit, Pflege), soweit erforderlich.

Die Handlungsempfehlungen, die damit für die Gemeinschaft als Ganzes ausgesprochen wurden, stehen im Einklang mit den Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, wie sie auf nationaler Ebene etwa im jüngsten Tragfähigkeitsbericht des BMF enthalten sind.

Insgesamt ist die Strategie so angelegt, dass sie länderspezifische Schwerpunktsetzungen

## Analysen und Berichte

### BEVÖLKERUNGALTERUNG UND STAATSAUSGABEN

und Kombinationen unterschiedlicher Politikmaßnahmen zulässt. Der Rat betont, dass es in der jetzigen Situation darauf ankommt, die zur Bewältigung des demografischen Wandels notwendigen Schritte mit glaubwürdigen Festlegungen für die Rückführung der in vielen Ländern in Folge der Krise erhöhten Schuldenstände („exit strategy“) zu verbinden.

## 6 Ausblick

Bei der Ratstagung im Mai hat die EU-Kommission den Auftrag erhalten, noch vor Jahresende auf Gemeinschaftsebene

einen neuen Tragfähigkeitsbericht („Sustainability Report“) vorzulegen. Die im „Ageing Report“ vorgestellten Ergebnisse zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Staatsausgaben liefern für alle Länder vergleichbare Daten und stellen für die Untersuchung der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedstaaten als Ganzes eine wichtige Grundlage dar. Sie werden in die bevorstehende Neuberechnung der mittelfristigen Haushaltsziele („medium term objectives“) ebenso wie in die Prüfung der nationalen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch den Rat eingehen.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONS BANK (EIB)

# Die Europäische Investitionsbank (EIB)

## Stellung, Aufgaben und Außenaktivitäten

1	Einleitung .....	85
2	Die EIB als Institution.....	87
2.1	Gründung der EIB als Entwicklungs- und Förderbank.....	87
2.2	Struktur der EIB .....	88
2.3	Gesellschaftsorgane .....	88
3	Aufgaben der EIB.....	89
4	Außenaktivitäten der EIB.....	91
5	Fazit .....	96

- Die Europäische Investitionsbank ist die nach dem Darlehensvolumen größte multilaterale Entwicklungsbank der Welt.
- Die EIB ist in einer Vielzahl von Ländern außerhalb der Europäischen Union aktiv. Sie genehmigte 2008 Finanzierungen in einer Höhe von 6,1 Mrd. €, die 10,7% ihres gesamten Finanzierungsvolumens ausmachen.<sup>1</sup>
- Für einige Empfängerländer, beispielsweise die Türkei, sind die Mittelzuflüsse aus EIB-Darlehen beträchtlich. So erhielt sie in den Jahren 2007/2008 durchschnittlich 2,5 Mrd. €.<sup>2</sup>

## 1 Einleitung

„Die EIB, ein Schlüsselakteur des Projekts Europa.“<sup>3</sup> Mit dieser Selbsteinschätzung leitet die EIB ihre Festschrift zu ihrem fünfzigjährigen Bestehen ein. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Gründung der Europäischen Investitionsbank durch die Römischen Verträge im Jahr 1958 stellt

sich die Frage, ob diese Einschätzung die Bedeutung der EIB in der Europäischen Union treffend wiedergibt. So ist sie in der Öffentlichkeit immer noch relativ unbekannt. Einem „Schlüsselakteur“ würde eine deutlich größere Aufmerksamkeit zuteilwerden. Im Vergleich zu nationalen oder internationalen Entwicklungs- und Förderbanken, wie beispielsweise der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Weltbank, ist die öffentliche Präsenz der EIB gering. Selbst in der Fachpresse wird sie nur gelegentlich gewürdigt. Dabei wird diese Gleichmütigkeit dem tatsächlichen Einfluss der EIB nicht gerecht. Gemessen am Kreditvolumen war die EIB zum 31. Dezember 2008 die mit Abstand größte Förder- und Entwicklungsbank der Welt (siehe Abbildung 1).

<sup>1</sup> Europäische Investitionsbank (Hrsg.): Jahresbericht 2008, Luxemburg, 2008.

<sup>2</sup> Vgl. Jahrespressekonferenz 2009, [http://www.eib.org/attachments/general/events/briefing2009\\_08\\_enlargement\\_de.pdf](http://www.eib.org/attachments/general/events/briefing2009_08_enlargement_de.pdf), 12.06.2009, 11:34 Uhr.

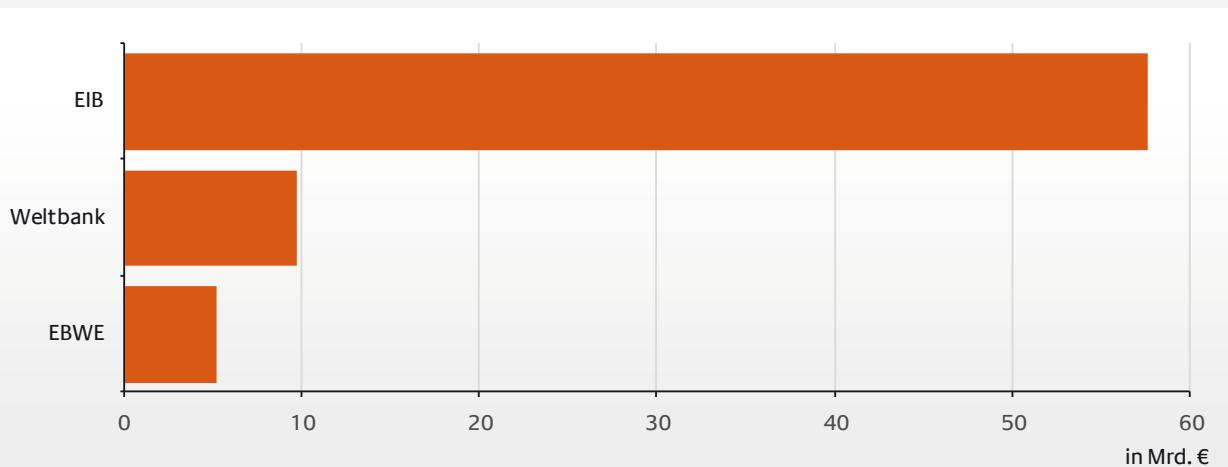
<sup>3</sup> Europäische Investitionsbank (Hrsg.): Die Bank der Europäischen Union. Die EIB 1958-2008, Luxemburg 2008, S. 14.

Während die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

Abbildung 1: Kreditvolumen ausgewählter Förder- und Entwicklungsbanken



Quelle: Eigene Darstellung. Daten aus: [http://www.eib.org/about/key\\_figures/index.htm](http://www.eib.org/about/key_figures/index.htm) 15.06.2009, 12:11 Uhr; The World Bank annual report 2008, S. 2; European Bank for Reconstruction and Development annual report 2008, S. 8. Im Worldbank annual report 2008, S. 2, wurde das Kreditvolumen der Weltbank am 31.12.2008 mit 13,468 Mrd. US-Dollar ausgewiesen.

im Geschäftsjahr 2008 lediglich 5,1 Mrd. € an Krediten ausgegeben hatte, war das Kreditvolumen der Weltbank mit 9,6 Mrd. € nahezu doppelt so groß. Beide Institute erreichen jedoch nicht annähernd die Größenordnung der EIB: Mit 57,6 Mrd. € Kreditvolumen hatte diese 2008 die Spitzenposition unter den weltweiten Förder- und Entwicklungsbanken inne. Insoweit bezeichnet sich die EIB zu Recht als „Schlüsselakteur“.

Andererseits lässt sich darüber diskutieren, ob der EIB als Akteur das „Spielfeld Europa“ noch ausreicht. Zwar ist es das vornehmliche Ziel der EIB, durch ihre Tätigkeit insbesondere die europäische Integration und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.<sup>4</sup> Vermehrt finanziert sie jedoch auch Projekte außerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten.<sup>5</sup> Die Darstellung der stetig

zunehmenden Außenaktivitäten bildet den inhaltlichen Schwerpunkt dieses Beitrags.

Der heutige Umfang der Außenaktivitäten erscheint bemerkenswert, wenn die Gründungsmotive der EIB beachtet werden. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte zeigt, dass die Außenaktivitäten nicht im Fokus für die Schaffung einer europäischen Förderbank standen: In den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war Westeuropa von Regionen geprägt, die sich in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stark unterschieden. Insbesondere die südlichen Regionen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hatten einen enormen Aufholbedarf bezüglich ihrer volkswirtschaftlichen Strukturen. Diese Unterschiede zu relativieren, sollte der Ansatzpunkt für die Arbeit der EIB sein. Sie sollte als Instrument der EGKS vornehmlich der Strukturförderung dienen und zu einer langfristigen Angleichung der unterschiedlichen Wirtschaftsregionen beitragen.

Im Folgenden wird aufgezeigt, dass die EIB - neben der Strukturförderung innerhalb Europas - Charakteristika einer global auftretenden Entwicklungsbank angenommen

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.eib.org/about/faq/structure/index.htm#what-is-the-eib>, 15.06.2009, 11:41 Uhr.

<sup>5</sup> Hier sind die EU-Finanzierungsmandate für Entwicklung in Afrika, Karibik und Pazifik (AKP) und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Asien und Lateinamerika (ALA) zu nennen.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

hat. Ausgehend von der Funktionsweise der Institution EIB, wendet sich dieser Beitrag den Aufgaben und Außenaktivitäten der Bank zu und beschreibt, welche Programme diese Aktivitäten prägen und welchen Umfang diese mittlerweile angenommen haben.

## 2 Die EIB als Institution

### 2.1 Gründung der EIB als Entwicklungs- und Förderbank

Die EIB ist seit über fünfzig Jahren als Entwicklungs- und Förderbank tätig. Entwicklungs- und Förderbanken unterscheiden sich grundsätzlich von kommerziellen Privatbanken. Im Gegensatz zur Privatbank, bei der die Eigentümer zumeist privatrechtlicher Natur sind, treten als Anteilseigner von Entwicklungsbanken in der Regel Staaten auf. Dies indiziert gleich mehrere Vorteile: Aufgrund der hohen Kreditwürdigkeit der Eigentümer wird auch die Entwicklungs- und Förderbank hervorragend geratet. Dies führt dazu, dass der Bank sehr gute Konditionen für ihre Mittelbeschaffung angeboten werden. Außerdem muss sie nur einen geringen Teil ihres Grundkapitals in liquiden Mitteln vorhalten.<sup>6</sup> Davon profitieren die Kreditnehmer, denen zinsgünstige Darlehen angeboten werden können. Schließlich diszipliniert die multilaterale Struktur der Anteilseigner sowohl die Geschäftspolitik einer Entwicklungs- und Förderbank als auch das Zahlungsverhalten der Darlehensnehmer: So muss die Geschäftspolitik von der Gesamtheit der Anteilseigner getragen werden, was eine einseitige oder zu risikoreiche Vergabepraxis verhindert. Das Zahlungsverhalten der Darlehensnehmer wird durch die große Zahl der Anteilseigner der Bank positiv beeinflusst, da sich bei schlechter Zahlungsmoral die Beziehungen des Darlehensnehmers zu

allen hinter der Bank stehenden Staaten verschlechtern würden. Darüber hinaus vergeben Entwicklungs- und Förderbanken ihre Kredite nicht allein nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern verfolgen regional-, entwicklungs-, struktur- und neuerdings auch umweltpolitische Ziele ihrer Anteilseigner.<sup>7</sup>

Regional- und strukturpolitische Ziele hatten auch die sechs EGKS-Mitgliedstaaten vor Augen, als sie sich im Sommer 1955 auf die Gründung eines europäischen Investitionsfonds verständigten. Der Fonds sollte die Finanzierung von Infrastrukturprojekten mit europäischem Charakter und die Unterstützung der gemeinsamen Entwicklung von weniger begünstigten Gebieten innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fördern.<sup>8</sup> Jedoch waren weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Niederlande von der Organisationsstruktur eines Fonds überzeugt. Sie schlugen stattdessen die Gründung einer Förderbank vor. Nachdem sich auch die anderen vier Mitgliedsstaaten der deutsch-niederländischen Überzeugung anschlossen, wurde die „Europäischen Investitionsbank“ gegründet.<sup>9</sup> Nach Inkrafttreten des EWG-Vertrags nahm die Bank im März 1958 auf der Grundlage von Art. 130 EWG ihre Arbeit auf.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. European Investment Bank (Hrsg.): International financial institutions in the 21st century, Luxemburg 1998, S. 12.

<sup>8</sup> Vgl. European Investment Bank (Hrsg.): International financial institutions in the 21<sup>st</sup> century, Luxemburg 1998, S.27.

<sup>9</sup> Meyer, Bernhard: Die Europäische Investitionsbank zwischen Markt und Lenkung, Köln 1984, S. 28.

<sup>10</sup> Vgl. Europäische Investitionsbank (Hrsg.): Die Bank der Europäischen Union. Die EIB 1958-2008, Luxemburg 2008, S. 46.

<sup>6</sup> Vgl. Meyer, Bernhard: Die Europäische Investitionsbank zwischen Markt und Lenkung, Köln 1984, S. 70.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

### 2.2 Struktur der EIB

Seit dem 1. September 1968 hat die EIB ihren Hauptsitz in Luxemburg. Zusätzlich betreibt sie insgesamt 22 auswärtige Büros auf den Kontinenten Australien, Amerika, Afrika und Europa. Ende 2007 beschäftigte die EIB 1 453 Mitarbeiter. Das Geschäftsjahr 2008 schloss sie mit einer Bilanzsumme von 325,8 Mrd. € ab. Anteilseigner und damit Eigentümer der EIB sind die 27 Mitgliedstaaten der EU, die insgesamt 232,4 Mrd. € an Eigenkapital gezeichnet haben. Mit jeweils 37,6 Mrd. € an gezeichnetem Kapital ( $\approx$  16,2 % am Gesamtkapital) sind Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich und Deutschland die größten Anteilseigner. Das Gesamtvolume der genehmigten Finanzierungen im Jahr 2008 betrug 59,29 Mrd. €.<sup>11</sup>

Als rechtlicher Ursprung kodifiziert Art. 9 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft<sup>12</sup> die Absicht, eine Europäische Investitionsbank zu errichten. Die eigentliche Stellung der EIB innerhalb der EU ergibt sich hingegen aus den Art. 266 f. EG und der EIB-Satzung. Art. 266 EG als europäisches Primärrecht<sup>13</sup> verleiht der EIB eigene Rechtspersönlichkeit. Art. 28 I Satzung der EIB bestimmt zudem, dass die Bank in jedem Mitgliedstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit besitzt, die juristische Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt wird. Somit kann die EIB unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen. Art. 266 S. 1 EG bestimmt, dass die Satzung der EIB dem EG-Vertrag als Protokoll beigefügt wird. Folglich gilt die Satzung nach Art. 311 EG

<sup>11</sup> [http://www.eib.org/about/key\\_figures/index.htm](http://www.eib.org/about/key_figures/index.htm), 19.06.2009, 11:31 Uhr.

<sup>12</sup> Im Folgenden EG-Vertrag beziehungsweise EG.

<sup>13</sup> Dagegen handelt es sich um europäisches Sekundärrecht, soweit Rechtsakte nach Art. 249 EG vorliegen (Verordnung, Richtlinie, Entscheidung als bindendes Sekundärrecht).

als europäisches Primärrecht. Die Satzung kann grundsätzlich nur unter den hohen Anforderungen für Änderungen des EG-Vertrages angepasst werden.<sup>14</sup>

### 2.3 Gesellschaftsorgane

Die Gesellschaftsorgane der EIB werden in Art. 8 EIB-Satzung bestimmt. Demnach wird die Bank von drei zentralen Organen geleitet: dem Rat der Gouverneure, dem Verwaltungsrat und dem Direktorium. Der Rat der Gouverneure bildet das oberste Entscheidungsgremium und tritt einmal im Jahr zusammen. Seine Zusammensetzung und Aufgaben sind in Art. 9 EIB-Satzung geregelt. Jeder Mitgliedstaat der EU ist durch einen Minister, zumeist den Finanzminister, im Rat der Gouverneure vertreten. Der Rat erlässt u. a. allgemeine Richtlinien für die Kreditpolitik der EIB.<sup>15</sup> Er genehmigt den Jahresabschluss, den Jahresbericht und entscheidet über Kapitalerhöhungen.<sup>16</sup> Schließlich beruft er die Mitglieder des Verwaltungsrats, des Direktoriums und auch des Prüfungsausschusses.<sup>17</sup>

Der Verwaltungsrat entscheidet nach Art. 11 I EIB-Satzung über die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften sowie über die Ausgabe von Anleihen, die zur Mittelbeschaffung dienen. Er übt die interne Betriebskontrolle über die ordnungsgemäße Verwaltung und die Außenkontrolle über Führung der Geschäfte im Einklang mit dem EG-Vertrag, der Satzung und den Richtlinien

<sup>14</sup> Einige Artikel der Satzung können in einem vereinfachten Verfahren geändert werden. Jedoch bedarf es hier eines einstimmigen Beschlusses des Rates.

<sup>15</sup> Art. 9 Nr. 2 S. 1 EIB-Satzung.

<sup>16</sup> Art. 9 Nr. 3 lit. c-g EIB-Satzung.

<sup>17</sup> Vgl. Meyer, Bernhard: Die Europäische Investitionsbank zwischen Markt und Lenkung, Köln 1984, S. 43.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

des Gouverneursrates aus.<sup>18</sup> Er besteht aus 28 Mitgliedern, wobei jeder Mitgliedstaat durch ein ordentliches Mitglied vertreten ist. Hinzu kommt ein ordentliches Mitglied als Vertreter der Europäischen Kommission.<sup>19</sup> Die Mitglieder des EIB-Verwaltungsrats werden zunächst von den Mitgliedstaaten nominiert. Anschließend bestellt der Rat der Gouverneure die Mitglieder für fünf Jahre.<sup>20</sup> Ihre Wiederbestellung ist zulässig. Darüber hinaus werden 18 stellvertretende Mitglieder vom Rat der Gouverneure bestellt. Einige der Ratsmitglieder sind hochrangige Beamte der Finanz- und Wirtschaftsministerien ihrer Länder oder ihrer Zentralbanken, aber es gibt auch Ratsmitglieder, die aus anderen Bereichen, einschließlich des Privatsektors, rekrutiert werden.<sup>21</sup> Die Beschlüsse werden mit einer Mehrheit von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder gefasst, wobei diese Mitglieder mindestens 50 % des gezeichneten Kapitals vertreten müssen.<sup>22</sup> Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt grundsätzlich der Präsident des Direktoriums, der jedoch kein Stimmrecht hat.<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Meyer, Bernhard: Die Europäische Investitionsbank zwischen Markt und Lenkung, Köln 1984, S. 44.

<sup>19</sup> [http://www.eib.org/about/structure/governance/board\\_of\\_directors/index.htm](http://www.eib.org/about/structure/governance/board_of_directors/index.htm), 19.06.2009, 13:34 Uhr.

<sup>20</sup> Art. 11 Nr. 2 EIB-Satzung.

<sup>21</sup> Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Europäische Investitionsbank – ausschließlich dem Markt verpflichtet? Die Problematik der EIB, Brüssel 1999, S. 17.

<sup>22</sup> [http://www.eib.org/about/structure/governance/board\\_of\\_directors/index.htm](http://www.eib.org/about/structure/governance/board_of_directors/index.htm), 19.06.2009, 14:02 Uhr.

<sup>23</sup> Meyer, Bernhard: Die Europäische Investitionsbank zwischen Markt und Lenkung, Köln 1984, S. 45.

Das Direktorium der EIB besteht gemäß Art. 13 I EIB-Satzung aus einem Präsidenten und acht Vizepräsidenten. Sie werden vom Rat der Gouverneure auf Vorschlag des Verwaltungsrates für sechs Jahre bestellt. Auch hier ist eine Wiederbestellung zulässig. Besonders hervorzuheben ist, dass neben der bankfachlichen Qualifikation nach Art. 13 VII EIB-Satzung auf eine angemessene Beteiligung von Staatsangehörigen der einzelnen Mitgliedstaaten zu achten ist. Aufgabe des Direktoriums als Exekutivorgan der EIB ist die Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der Bank. Es gibt Entscheidungsempfehlungen für den Verwaltungsrat und stellt sicher, dass diese Entscheidungen umgesetzt werden.<sup>24</sup> Dem Direktorium steht seit dem 1. Januar 2000 der Belgier Philippe Maystadt als Präsident vor. Aus Deutschland wurde 2006 Matthias Kollatz-Ahnen als einer von acht Vizepräsidenten bestellt.

### 3 Aufgaben der EIB

Der programmatische Aufgabenkatalog der EIB ist in Art. 267 EG niedergelegt. Als vorderstes Ziel wird die ausgewogene, reibungslose Entwicklung des Gemeinsamen Marktes ausgegeben. Eine entsprechende allgemeine Vorgabe zur Schaffung eines europaweiten Binnenmarkts findet sich, gerichtet an die Mitgliedstaaten, bereits in der Präambel sowie in den Artikeln 2 und 14 des EG-Vertrags.

Dieses Ziel wird durch die Aufzählung der einzelnen Tätigkeitsbereiche in Art. 267 lit. a-c EG etwas präzisiert. Neben Vorhaben zur Erschließung weniger entwickelter Gebiete, Maßnahmen zur Modernisierung und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten finden auch Vorhaben im Interesse mehrerer Mitgliedstaaten Erwähnung. Letztgenannte Vorhaben können beispielsweise solche

<sup>24</sup> Art. 13 Nr. 3 S. 2 EIB-Satzung.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

des grenzüberschreitenden Straßenbaus sein.<sup>25</sup> Unabhängig von der Reihenfolge der Aufzählung stehen sämtliche in Art. 267 lit. a-c EG aufgezählten Aspekte gleichberechtigt nebeneinander. Die EIB gestaltet diese Form der Strukturförderung maßgeblich durch die Vergabe langfristiger Kredite.<sup>26</sup> Dabei verfolgt sie jedoch keinen Erwerbszweck (Art. 267 S. 2 EG).

Die Auswahl der zu fördernden Vorhaben erfolgt jeweils im Interesse der Gemeinschaft. Dies gilt sowohl in Bezug auf die generelle Einschätzung der Förderungswürdigkeit eines Projekts als auch im Hinblick auf eventuelle Ausfallrisiken.<sup>27</sup> Wie dieses Interesse der Gemeinschaft, an dem sich die Auswahlkriterien der EIB zu orientieren haben, tatsächlich ausgestaltet ist, wird im EG-Vertrag nur vage umrissen. Für die Darlehenstätigkeit innerhalb Europas kann für den Versuch einer Eingrenzung auf die Vorschriften über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt abgestellt werden, (Art. 158 ff. EG). So gibt Art. 159 II EG das sogenannte Konvergenzziel aus. Es besagt, dass es Ziel der Gemeinschaft ist, „die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern“.

Für die Aktivitäten außerhalb Europas bietet sich ein Blick auf die Regelung der Entwicklungszusammenarbeit in Art. 177 EG an. Allerdings gibt diese der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik weder spezielle Handlungsformen, noch

---

<sup>25</sup> Vgl. Föcking, Jürgen: Die Darlehenspolitik der Europäischen Investitionsbank, Frankfurt 2001, S. 19.

<sup>26</sup> Vgl. von der Groeben/Schwarze-Müller-Borle/Balke: Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 2003, Vorbemerkung zu Art. 266, 277 EG Rn. 4.

konkrete Instrumente oder Inhalte vor.<sup>28</sup> Ihr Regelungsgehalt beschränkt sich auf die Vorgabe so allgemein gehaltener Ziele wie der Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der harmonischen Eingliederung in die Weltwirtschaft sowie der Bekämpfung der Armut, (vgl. Art. 177 EG).

Diesen Freiraum füllt die EIB in Bezug auf ihre Vergabepraxis selbst. So wird die Frage danach, welche Anforderungen an potentiell förderungswürdige Vorhaben zu stellen sind, durch Leitlinien, die neben Wirtschaftlichkeitserwägungen auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen, beantwortet.<sup>29</sup> Überdies wird ein Operativer Gesamtplan erstellt, der die mittelfristige Ausrichtung der Förderungsaktivitäten für die Zukunft umschreibt.<sup>30</sup> Aktuell werden für den Zeitraum bis einschließlich 2011 sechs vorrangige Förderziele ausgegeben. Diese sind:

- wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt und Konvergenz in der erweiterten Union;
- die Förderung der wissensbasierten Wirtschaft (i2i);
- Ausbau der Transeuropäischen Netze (TEN);

---

<sup>27</sup> Siehe Art. 3 Ratsbeschluss 2006/1016/EG beziehungsweise Art. 20 Nr. 1 EIB-Satzung.

<sup>28</sup> Vgl. Calliess/Ruffert-Schmalenbach: Das Verfassungsrecht der Europäischen Kommission, München 2007, Art. 177 EG Rn. 1.

<sup>29</sup> [http://www.eib.org/attachments/strategies/eib\\_statement\\_esps\\_de.pdf](http://www.eib.org/attachments/strategies/eib_statement_esps_de.pdf), 24.06.09, 12:32 Uhr.

<sup>30</sup> [http://www.eib.org/attachments/strategies/cop\\_2009\\_de.pdf](http://www.eib.org/attachments/strategies/cop_2009_de.pdf), 25.06.09, 17:00 Uhr.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

- Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) in der erweiterten Union;
- Schutz und Verbesserung der Umwelt sowie Förderung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung;
- Unterstützung einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und sicheren Energieversorgung.

Die selbständige Aufstellung dieser Vorgaben durch die EIB soll der Vergleichbarkeit und Nachvollziehbarkeit der einzelnen Förderentscheidungen dienen.<sup>31</sup> Es überrascht nicht, dass sich die Förderziele des Rats der Gouverneure mit den Politikern der Gemeinschaft weitgehend decken, wenn man auf die Zusammensetzung dieser Gremien schaut. Denn der Rat der Gouverneure besteht aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten, in der Regel den Finanzministern.

Aufgrund der Personenidentität ist die Ausfüllung des nur grob umrissenen Aufgabenkatalogs seitens der Exekutivorgane der EIB stark von den aktuellen politischen Prioritäten der Gemeinschaft geprägt.<sup>32</sup> Beispielsweise nehmen die Förderziele Umwelt und Energie seit einigen Jahren einen bedeutenden Raum in den Aktivitäten der Bank ein. Zudem spielt die EIB eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

---

<sup>31</sup> Kritisch hierzu: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Europäische Investitionsbank – ausschließlich dem Markt verpflichtet? Die Problematik der EIB, S. 7, sowie CEE Bankwatch Network (Hrsg.): The European Investment Bank in the South – In whose Interest?, S. 6.

<sup>32</sup> Vgl. Calliess/Ruffert-Rossi: Das Verfassungsrecht der Europäischen Kommission, München 2007, Art. 267 EG Rn. 3.

So hat die Bank bereits im Dezember 2008 auf eine Bitte des Europäischen Rates hin formell beschlossen, ihr jährliches Kreditvolumen in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils 15 Mrd. € auszuweiten, was einem Zuwachs von 30 % entspricht. Diese zusätzlichen Mittel kommen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem größeren Mittelstand, den Bereichen Energie, Klimaschutz (inkl. Clean Transport: Autoindustrie), Infrastruktur sowie der Regionalförderung zugute.

## 4 Außenaktivitäten der EIB

Seit 1963 ist die EIB auch außerhalb der Grenzen der Mitgliedstaaten aktiv. Im Europa der sechs EWG-Gründungsmitglieder lag der Schwerpunkt dieses Engagements zunächst auf der Vorbereitung des Beitritts künftiger Mitgliedstaaten. Durch die Erweiterung der Europäischen Union ist das originäre Geschäftsfeld der EIB deutlich gewachsen. Inzwischen profitieren 27 Mitgliedsländer mit knapp 500 Mio. Einwohnern von der Kreditvergabe der EIB. Im Jahre 2008 vergab die EIB innerhalb der Europäischen Union Darlehen in einer Höhe von mehr als 51 Mrd. €. Das entspricht einem Betrag von etwas mehr als durchschnittlich 100 € je Einwohner.

Diese noch als „eurozentrisch“<sup>33</sup> beschriebene Förderpolitik wird bereits seit langem durch Aktivitäten außerhalb der geografischen Grenzen Europas ergänzt. So wurden zu Beginn der 60er Jahre ein Assoziierungsabkommen mit der Türkei sowie das „Jaunde-1-Abkommen“ mit insgesamt 18 zentralafrikanischen Staaten einschließlich Madagaskars geschlossen. Letzteres stellt den Beginn der bis heute währenden intensiven Zusammenarbeit mit den Staaten der Regionen Afrika, Karibik und Pazifik (AKP-

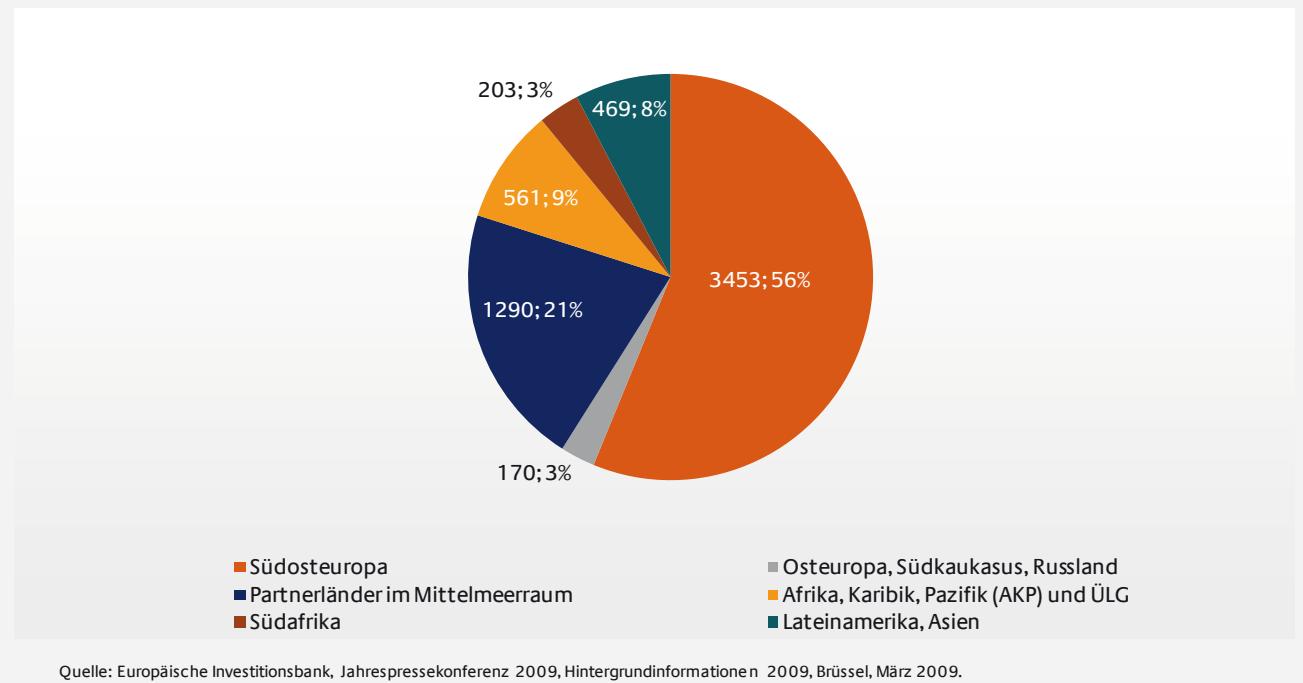
---

<sup>33</sup> Europäische Investitionsbank (Hrsg.): Die Bank der Europäischen Union. Die EIB 1958-2008, Luxemburg 2008, S. 6.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

Abbildung 2: Außenaktivitäten der EIB in 2008 in Mio. €



Quelle: Europäische Investitionsbank, Jahrespressekonferenz 2009, Hintergrundinformationen 2009, Brüssel, März 2009.

Staaten) dar. Als weiterer Meilenstein der Entwicklung der Außenaktivitäten der EIB muss die mit dem Niedergang der Sowjetunion möglich gewordene Ausrichtung auf die neuen selbständigen Staaten Mittel-, Zentral- und Osteuropas angesehen werden. Ferner begann die EIB 1993 mit der Finanzierungstätigkeit in den Regionen Asien und Lateinamerika. Schließlich erfolgt seit 2002 eine gezielte Förderung des Mittelmeerraums.

Außerhalb der Europäischen Union wurden 2008 Darlehensverträge an Kreditnehmer in den sogenannten Partnerländern in Höhe von 6,1 Mrd. € gewährt, das entspricht 10,7 % des Kreditvolumens aller unterzeichneten Verträge.

Die Aufteilung der Darlehen außerhalb der Europäischen Union kann Abbildung 2 entnommen werden. Der Großteil der Kredite, rund 3,5 Mrd. € (56 %) fließt nach Südosteuropa. Die Partnerländer im Mittelmeerraum erhalten mit 1,3 Mrd. € (21 %) ebenfalls einen erheblichen Anteil. Knapp 10 % der Darlehen werden jeweils in den beiden Ländergruppen Lateinamerika

und Asien sowie AKP und überseeische Länder und Gebiete (ÜLG) vergeben.<sup>34</sup>

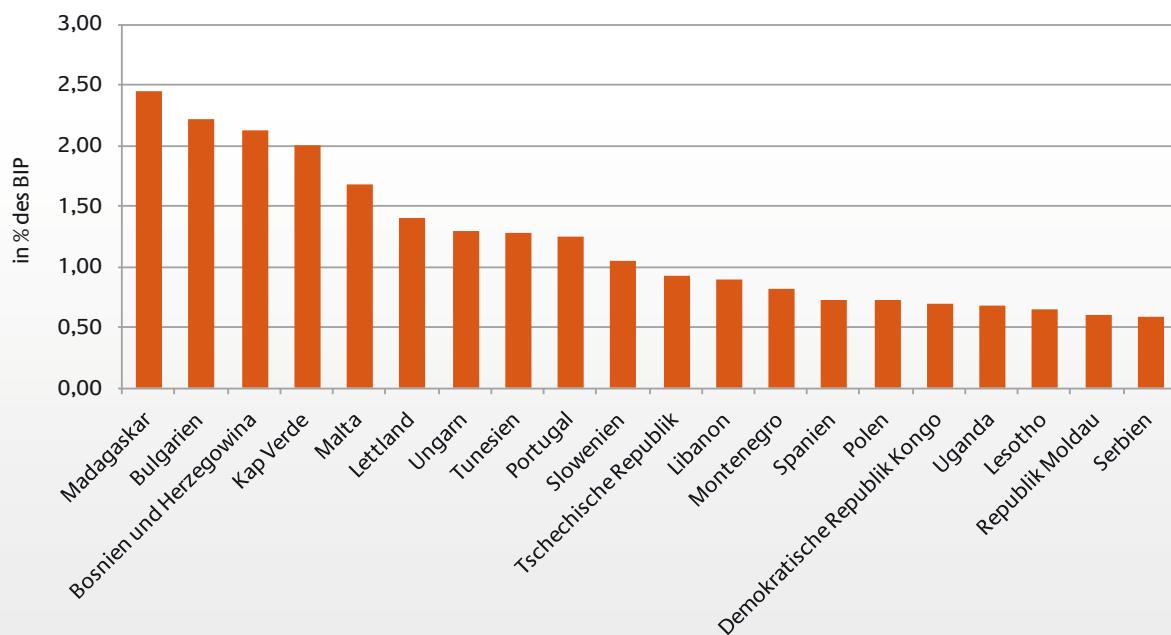
Die türkische Volkswirtschaft hat mit rund 2,5 Mrd. € im Durchschnitt der Jahre 2007/2008 (entspricht knapp 40 % der gesamten Darlehensverträge außerhalb der Europäischen Union) den größten Anteil an allen Darlehensverträgen außerhalb der EU empfangen. Erst mit weitem Abstand folgen die Mittelmeerländer Tunesien (350 Mio. €) und Marokko (313 Mio. €). Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina haben im Durchschnitt der Jahre 2007/2008 jeweils rund 250 Mio. € an Darlehen erhalten. Erst an zehnter Stelle findet sich mit der Ukraine (175 Mio. €) das erste osteuropäische Partnerland wieder. Im Vergleich zu den europäischen Mitgliedstaaten erhält die Türkei in einer Größenordnung Kredite, die der von Polen (2,6 Mrd. €) entspricht. Tunesien

<sup>34</sup> Die Zahlenangaben über die vergebenen Darlehen der EIB wurden den Hintergrundinformationen zur Jahrespressekonferenz 2009 der EIB entnommen.

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

Abbildung 3: Anteil der EIB-Darlehen (2007/2008) am BIP des Empfängerlandes in % im Jahr 2008



Quelle: Europäische Investitionsbank, IWF, eigene Berechnungen.

und Marokko erhalten in etwa soviel Kredite wie Slowenien (386 Mio. €) und Lettland (322 Mio. €).

Die absoluten Darlehensbeträge geben einen Überblick über die Schwerpunkte des EIB-Engagements in den Empfängerländern, sie sagen aber wenig über die Bedeutung der EIB-Darlehen für die wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Landes aus. Je nach Bevölkerungszahl und Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft kann die gleiche Darlehenssumme ein höchst unterschiedliches Gewicht haben. Setzt man daher die Darlehenssumme in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt des Empfängerlandes, so wird deutlich, dass die Betrachtung der absoluten Höhe des EIB-Engagement allein nicht ausreicht, um Aussagen über

die Bedeutung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu treffen.<sup>35</sup> Abbildung 3 gibt einen Überblick über das Engagement der EIB in Relation zum BIP des Empfängerlandes. Um die Ergebnisse zu glätten, wurde erneut auf den Durchschnitt des Darlehensengagements der Jahre 2007/2008 zurückgegriffen. Die EU-Staaten wurden in die Analyse miteinbezogen, um einen Vergleich der Partnerländer mit diesen zu ermöglichen.

---

<sup>35</sup> Die nachfolgenden Zahlenangaben beruhen auf eigenen Berechnungen, die mit Hilfe der Daten der EIB und der World Economic Outlook Database April 2009 des Internationalen Währungsfonds vorgenommen wurden. Es wurde die durchschnittliche Darlehensvergabe der EIB an die ausgewählten Länder in den Jahren 2007 und 2008 verwandt. Bevölkerungszahl und Bruttoinlandsprodukt (zum Teil Schätzungen des IWF) betreffen das Jahr 2008.

## Analysen und Berichte

### DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

In der Darstellung der „Top-20“-Länder weisen zehn Länder einen EIB-Darlehensanteil von 1% bis 2,5 % an ihrem BIP aus. Der EIB-Darlehensanteil der anderen zehn Länder liegt zwischen 0,5 % und 1%. Bei der Beurteilung der Höhe dieser Relation ist zu berücksichtigen, dass die EIB vorwiegend konkrete Investitionsvorhaben finanziert und dabei nur einen Finanzierungsbeitrag leistet. Das durch sie induzierte Investitionsvolumen ist also deutlich höher als ihr eigenes Engagement. Darüber hinaus ist sie nur einer von mehreren Akteuren bei der Investitionsfinanzierung. Vor diesem Hintergrund kann die Bedeutung des EIB-Engagements für einzelne Länder als erheblich bezeichnet werden. So machen die EIB-Darlehen zum Beispiel in Madagaskar nahezu 2,5 % des BIP aus. An zweiter Stelle rangiert Bulgarien mit 2,21 % des BIP. Tunesien liegt mit 1,28 % zwischen Ungarn (1,29 %) und Portugal (1,25 %).

Der durchschnittliche Anteil der EU-Mitgliedstaaten beträgt 0,37 %. Deutschlands Anteil liegt deutlich unter diesem Durchschnitt und beträgt 0,27 %. Der geringe Prozentsatz besagt nicht, dass Deutschland nur im geringen Maße mit EIB-Darlehen bedacht wird, sondern zeigt, dass ungeachtet der hohen absoluten Darlehenssumme, die Deutschland in den Jahren 2007/2008 durchschnittlich erhielt (6,7 Mrd. €), die EIB dort nur eine relativ geringe Rolle bei der Investitionsfinanzierung spielt. Deutlich größer ist die Bedeutung der EIB in der Türkei. Mit 0,49 % des BIP ist das EIB-Engagement für die Türkei erheblich und liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Für die Ukraine (0,14 %) und Russland (weniger als 0,01 %) ist das EIB-Engagement als Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung von geringer Bedeutung. Bei beiden Ländern spiegelt sich aber in diesen Relationen weniger eine starke Wirtschaftskraft als vielmehr ihre relativ geringen Darlehensbeziehungen mit der EIB wider.

Die Außenaktivitäten der EIB unterscheiden sich auf der Finanzierungsseite von ihren Aktivitäten innerhalb der Europäischen Union in mehrfacher Hinsicht. So wird ein

großer Teil der Darlehen außerhalb der EU-Mitgliedstaaten durch eine Haushaltsgarantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der EIB abgesichert. Diese Garantie bezieht sich auf die Absicherung politischer und staatlicher Risiken, nicht jedoch auf wirtschaftliche Risiken und entbindet die EIB somit nicht von einer Wirtschaftlichkeitsprüfung der Investitionsvorhaben und von einer Bonitätsprüfung der Darlehensnehmer.

Gemäß dem Beschluss des Rates soll die EIB im Rahmen dieses sogenannten Außenmandats, das den Zeitraum 2007 bis 2013 umfasst, insgesamt 25,8 Mrd. € an Darlehen außerhalb des EU-Raums vergeben. Diese Summe teilt sich auf folgende Regionen außerhalb der Europäischen Union auf:

- Heranführungsländer einschließlich Kroatien und der Türkei: 8,7 Mrd. €
- Mittelmeerraum: 8,7 Mrd. €
- Osteuropa, Südcaukasus und Russland: 3,7 Mrd. €
- Lateinamerika: 2,8 Mrd. €
- Asien: 1 Mrd. €
- Republik Südafrika: 900 Mio. €

In seinem Beschluss weist der Rat ausdrücklich darauf hin, dass die genannten Beträge Höchstbeträge darstellen und es sich nicht um Zielbeträge handelt, die die EIB unbedingt erreichen müsse.

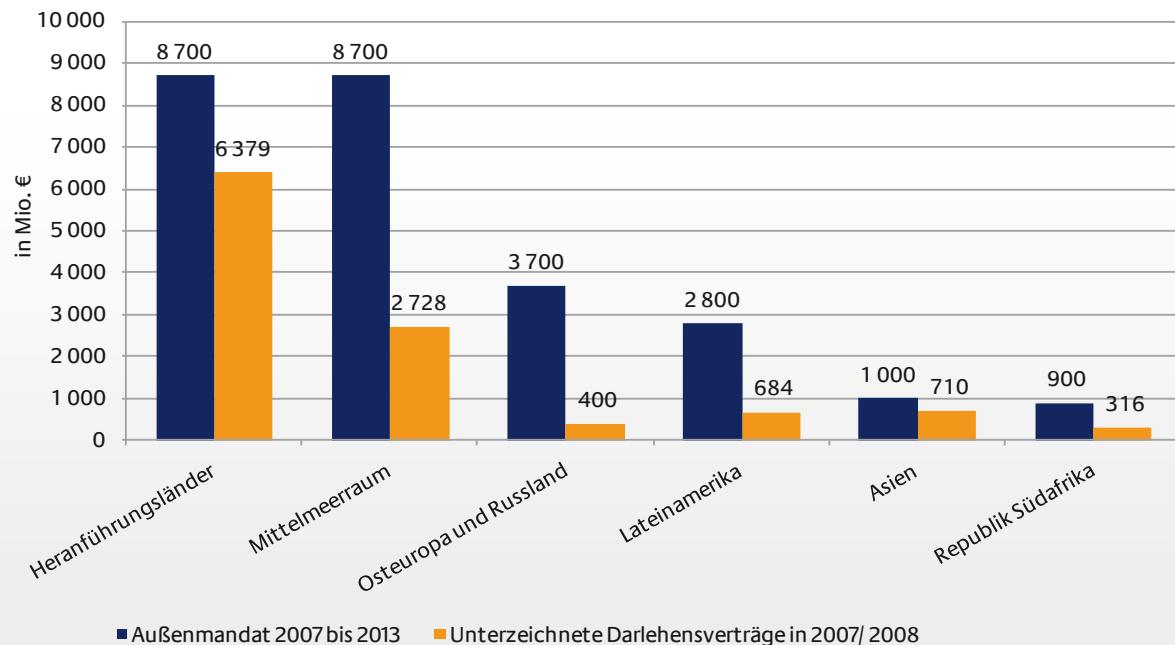
Durch dieses besondere Mandat und die damit verbundene Garantiezusage will der Rat eine mögliche Beeinträchtigung der Bonität der EIB verhindern, die sie durch Aktivitäten außerhalb der Gemeinschaft erleiden könnte. Zudem trägt er dem Umstand Rechnung, dass die meisten der Außenaktivitäten der EIB auf Ersuchen des Rates durchgeführt werden.

Für die im Jahre 2010 vorgesehene Halbzeitüberprüfung gemäß Art. 9 des

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

Abbildung 4: Außenmandat der EIB 2007 bis 2013



Quelle: Europäische Investitionsbank ; eigene Berechnungen.

Außenmandats ist das bis dahin erreichte Kreditengagement der EIB in den Regionen von Bedeutung. Aus der Höhe des Engagements der EIB können auch Rückschlüsse über die Absorptionsfähigkeit der betreffenden Volkswirtschaften gezogen werden.<sup>36</sup>

Für die ersten beiden Jahre des Außenmandates, 2007 und 2008, liegen die Zahlen über die unterzeichneten Darlehensverträge bereits vor. Abbildung 4 gibt eine Übersicht über den Stand Ende 2008. Bereits nach zwei Jahren sind deutliche Unterschiede im Mittelabfluss feststellbar. Die Türkei und die anderen Heranführungsländer haben bereits mehr als 70 % der für sie vorgesehenen Darlehenssumme erhalten.

Ähnliches gilt für die Region Asien, die von den vorgesehenen Mitteln in Höhe von 1 Mrd. € bereits 710 Mio. € in Anspruch genommen hat. Der Mittelmeerraum, Lateinamerika und Südafrika liegen mit jeweils rund 30 % "im Plan". Osteuropa und Russland haben mit einem unterzeichneten Darlehensvolumen von 400 Mio. € bis Ende 2008 nur rund 10 % der für sie vorgesehenen und von der Gemeinschaft garantierten Darlehenssumme in Anspruch genommen.

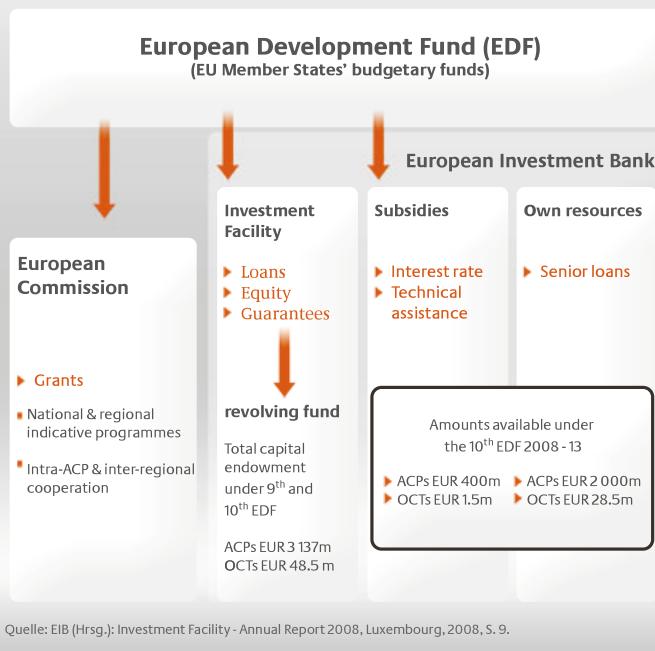
Obwohl das Außenmandat mit 25,8 Mrd. € für den Zeitraum von 2007 bis 2013 substantiell ausgestattet ist, sind davon noch nicht alle Aktivitäten der EIB außerhalb der EU umfasst. Hinzu kommen die Darlehen der EIB in den 79 AKP-Staaten. Diese Tätigkeit stützt sich auf das Abkommen von Cotonou vom Juni 2000. Dieses Abkommen regelt die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). In separaten Finanzprotokollen wird der Gesamtbetrag der gemeinschaftlichen Hilfe für die AKP-Staaten für

<sup>36</sup> Vgl. BESCHLUSS DES RATES vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (2006/1016/EG).

## Analysen und Berichte

DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK (EIB)

Abbildung 5: Europäischer Entwicklungsfonds und EIB



Quelle: EIB (Hrsg.): Investment Facility - Annual Report 2008, Luxembourg, 2008, S. 9.

die einzelnen Finanzperioden festgelegt. Diese Hilfeleistungen werden durch den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) aufgebracht.<sup>37</sup>

Einen Teil der EEF-Mittel verwaltet die EIB in der sogenannten Investitionsfazilität. Hierbei handelt es sich um ein Sondervermögen mit einer Kapitalausstattung von inzwischen mehr als 3 Mrd. €. Aus der Investitionsfazilität vergibt die EIB Darlehen, für die sie sich nicht auf dem Kapitalmarkt refinanzieren muss. Die Investitionsfazilität ist ein revolvierendes Instrument, d. h. Zins- und Tilgungszahlungen

werden für die Finanzierung neuer Projekte verwendet. Die Bonität der EIB wird durch ihr Engagement in den AKP-Staaten nicht beeinträchtigt, da jegliches Ausfallrisiko allein die Mittelausstattung der Investitionsfazilität betrifft, aber das sonstige Geschäft der EIB unbeeinträchtigt lässt. Zusätzlich zu den Mitteln aus der Investitionsfazilität stellt die EIB für die Darlehensvergabe in den AKP-Staaten noch rund 2 Mrd. € aus eigenen Mitteln zur Verfügung, die ähnlich wie beim Außenmandat durch eine Garantie der EU-Mitgliedstaaten abgesichert sind.<sup>38</sup> Abbildung 5 gibt einen Überblick über die finanzielle Unterlegung des Engagements der EIB in den AKP-Staaten und überseeischen Ländern und Gebieten.

## 5 Fazit

Das Darlehensgeschäft außerhalb der EU ist zu einem wichtigen Bestandteil der Aktivitäten der EIB geworden. Einige Staaten, vor allem die Türkei und die des Mittelmeerraums, profitieren in besonderem Maße von den Darlehensaktivitäten der EIB. Für einige Länder ist das EIB-Engagement sogar zu einem Schlüsselfaktor ihrer wirtschaftlichen Entwicklung geworden.

Ungeachtet ihrer Außenaktivitäten tätigt die EIB nahezu 90 % ihres Geschäfts weiterhin in den Mitgliedstaaten der EU. Der bedeutende Beitrag der EIB zur Überwindung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise stellt ihre Rolle als „Hausbank“ Europas unter Beweis.

*Autoren: MR Dirk H. Kranen, Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, Praktikanten Axel Brömmer Bankbetriebswirt (BA), Sebastian Berg.*

<sup>37</sup> Der EEF ist als Sondervermögen der EU eingerichtet, er ist nicht Teil des Gesamthaushalts der EU und wird von den Mitgliedstaaten separat finanziert. Deutschland trägt dabei mit mehr als 20 % den größten Finanzierungsanteil des EEF. Das Gesamtvolume für die Jahre 2003 bis 2007 betrug 13,8 Mrd. €. Das Volumen des 10. EEF (Laufzeit 2008-2013) liegt bei 22,7 Mrd. €. Vgl. hierzu BMZ (Hrsg.): Europäische Wege der Entwicklungszusammenarbeit, [http://www.bmz.de/de/wege/ez\\_eu/eu-wege/index.html](http://www.bmz.de/de/wege/ez_eu/eu-wege/index.html), 30.06.2009, 17:03 Uhr.

<sup>38</sup> Vgl. European Investment Bank (Hrsg.): Investment Facility - Annual Report 2008, Luxembourg 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 98

1	Kreditmarktmittel .....	98
2	Gewährleistungen .....	99
3	Bundesaushalt 2007 bis 2013 .....	99
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013 .....	100
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010 .....	102
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 .....	106
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008.....	108
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	110
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten.....	112
10	Entwicklung der Staatsquote.....	113
11	Schulden der öffentlichen Haushalte.....	114
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	116
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	117
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	118
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	119
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	120
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich.....	121
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009.....	122

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte ..... 124

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 .....	124
	Abb. 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2008 .....	124
2	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2008 .....	125
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2008 .....	127

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 131

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	131
2	Preisentwicklung .....	132
3	Außenwirtschaft .....	133
4	Einkommensverteilung.....	134
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	135
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	136
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	137
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	138
	Abb. 1 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	139
9	Übersicht Weltfinanzmärkte .....	140
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	141
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	146

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. April 2009			31. Mai 2009
	in Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen <sup>1</sup>	603 218	7 000	0	610 218
Bundesobligationen	160 000	6 000	0	166 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 491	56	11	9 535
Bundesschatzanweisungen	115 000	8 000	0	123 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	79 616	16 919	5 937	90 598
Finanzierungsschätzung <sup>3</sup>	1 925	40	116	1 849
Tagesanleihe	3 414	73	174	3 313
Schuldscheindarlehen	12 935	0	0	12 935
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	100	0	0	100
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 007 751</b>			<b>1 039 601</b>

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	30. April 2009		31. Mai 2009
	in Mio. €		
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	229 180		239 984
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	322 200		330 289
langfristig (mehr als 4 Jahre)	456 371		469 327
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 007 751</b>		<b>1 039 601</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>2</sup>Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätzung.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 30. Juni 2009	Belegung am 30. Juni 2008
	in Mrd. €		
Ausfuhren	117,0	105,6	100,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	29,6	25,9
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	135,8	51,7
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhänder-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2007 bis 2013  
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll <sup>1</sup>	Reg. Entw.	Finanzplanung		
	in Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>282,3</b>	<b>303,3</b>	<b>327,7</b>	<b>321,1</b>	<b>318,3</b>	<b>313,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+8,0	-2,0	-0,9	-1,5
<b>2. Einnahmen<sup>2</sup></b>	<b>270,5</b>	<b>253,8</b>	<b>241,3</b>	<b>249,1</b>	<b>259,3</b>	<b>267,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,8	-6,2	-4,9	+3,2	+4,1	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	224,1	213,8	221,9	232,4	240,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,0	-6,3	-4,6	+3,8	+4,7	+3,6
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-11,8</b>	<b>-49,5</b>	<b>-86,4</b>	<b>-72,0</b>	<b>-59,0</b>	<b>-46,2</b>
in % der Ausgaben	4,2	16,3	26,4	22,4	18,5	14,7
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>3</sup> (-)</b>	<b>229,6</b>	<b>301,8</b>	<b>328,8</b>	<b>359,5</b>	<b>366,2</b>	<b>365,2</b>
<b>5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>0,5</b>	-	-	-	-	-
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>216,2</b>	<b>254,1</b>	<b>243,3</b>	<b>284,2</b>	<b>306,2</b>	<b>314,5</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>-11,5</b>	<b>-49,1</b>	<b>-86,1</b>	<b>-71,7</b>	<b>-58,7</b>	<b>-45,9</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	24,3	32,8	48,6	43,3	39,1	35,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,2	+34,9	+48,2	+10,8	-9,8	-10,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup>Gem. BHO §13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>3</sup>Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
	Ist	Soll <sup>1</sup>	Entwurf	Finanzplanung					
Ausgabeart	in Mio. €								
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>									
<b>Personalausgaben</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>	<b>27 991</b>	<b>28 382</b>	<b>28 343</b>	<b>28 261</b>			
Aktivitätsbezüge	20 298	20 959	21 071	21 455	21 374	21 293			
Ziviler Bereich	8 870	9 367	9 682	10 210	10 214	10 225			
Militärischer Bereich	11 428	11 592	11 389	11 245	11 160	11 068			
Versorgung	6 714	6 832	6 919	6 927	6 969	6 968			
Ziviler Bereich	2 416	2 392	2 437	2 438	2 439	2 426			
Militärischer Bereich	4 298	4 441	4 482	4 489	4 530	4 542			
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>	<b>21 674</b>	<b>21 675</b>	<b>21 761</b>	<b>21 813</b>			
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 451	1 467	1 478	1 451	1 434			
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 360	10 594	10 595	10 704	10 780			
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 318	9 613	9 602	9 606	9 599			
<b>Zinsausgaben</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>	<b>39 275</b>	<b>41 340</b>	<b>46 683</b>	<b>52 006</b>			
an andere Bereiche	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006			
Sonstige	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006			
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42			
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	41 388	39 231	41 298	46 642	51 965			
an Ausland	3	2	2	0	0	0			
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>168 424</b>	<b>179 871</b>	<b>190 171</b>	<b>193 007</b>	<b>194 568</b>	<b>196 470</b>			
an Verwaltungen	12 930	15 055	15 022	16 349	16 674	16 649			
Länder	8 341	8 845	9 089	10 152	10 446	10 394			
Gemeinden	21	21	18	11	9	9			
Sondervermögen	4 568	6 188	5 915	6 186	6 218	6 246			
Zweckverbände	0	1	0	0	0	0			
an andere Bereiche	155 494	164 816	175 149	176 658	177 894	179 821			
Unternehmen	22 440	23 930	25 172	24 983	25 476	26 056			
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	30 881	33 313	33 349	33 115	32 783			
an Sozialversicherung	99 123	104 653	111 172	112 887	113 869	115 568			
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 437	1 487	1 471	1 442	1 423			
an Ausland	3 708	3 909	4 004	3 966	3 991	3 989			
an Sonstige	4	5	1	2	2	2			
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>255 350</b>	<b>270 222</b>	<b>279 110</b>	<b>284 404</b>	<b>291 355</b>	<b>298 550</b>			
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>									
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>	<b>8 182</b>	<b>7 711</b>	<b>7 352</b>	<b>7 338</b>			
Baumaßnahmen	5 777	7 061	6 579	6 079	5 758	5 766			
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	1 058	1 034	962	931			
Grunderwerb	504	533	546	598	632	641			

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

Ausgabeart	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll <sup>1</sup>	Entwurf	Finanzplanung		
	in Mio. €					
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>16 660</b>	<b>15 377</b>	<b>15 681</b>	<b>15 188</b>	<b>14 910</b>	<b>14 792</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 018	14 961	15 285	14 810	14 554	14 438
an Verwaltungen	5 713	5 154	5 178	5 230	5 140	5 089
Länder	5 654	5 089	5 114	5 158	5 055	5 003
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	60	60	69	81	81
Sondervermögen	0	5	4	4	4	4
an andere Bereiche	8 305	9 807	10 107	9 580	9 414	9 349
Sonstige - Inland	5 836	6 758	6 933	6 400	6 298	6 229
Ausland	2 469	3 049	3 174	3 179	3 116	3 120
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	396	378	356	354
an andere Bereiche	2 642	417	396	378	356	354
Unternehmen - Inland	2 267	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland	149	176	148	141	136	134
Ausland	225	241	248	237	220	220
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>3 099</b>	<b>9 192</b>	<b>25 136</b>	<b>20 815</b>	<b>17 190</b>	<b>13 191</b>
Darlehensgewährung	2 395	8 257	24 317	20 087	16 299	12 289
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 395	8 256	24 316	20 086	16 298	12 288
Sozialversicherung	0	0	20 000	14 000	11 000	8 000
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	6 750	2 760	4 435	3 797	2 797
Ausland	1 473	1 507	1 556	1 651	1 501	1 490
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	819	728	891	903
Inland	26	13	13	1	1	1
Ausland	678	921	806	727	891	902
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>	<b>26 958</b>	<b>33 218</b>	<b>48 999</b>	<b>43 714</b>	<b>39 452</b>	<b>35 322</b>
<sup>2</sup> Darunter: Investive Ausgaben	24 316	32 802	48 604	43 336	39 096	34 967
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>-134</b>	<b>-409</b>	<b>-7 018</b>	<b>-12 507</b>	<b>-20 372</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>282 308</b>	<b>303 307</b>	<b>327 700</b>	<b>321 100</b>	<b>318 300</b>	<b>313 500</b>

<sup>1</sup>Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

Ausgabengruppe		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
							Funktion in Mio. €
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>54 066</b>	<b>47 686</b>	<b>24 975</b>	<b>17 194</b>	-	<b>5 517</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 302	5 908	3 890	1 278	-	740
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	3 681	494	163	-	3 024
3	Verteidigung	31 217	30 911	15 871	14 097	-	944
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 732	3 310	2 098	1 012	-	200
5	Rechtsschutz	374	356	260	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 940	3 519	2 362	562	-	595
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>14 778</b>	<b>11 461</b>	<b>481</b>	<b>754</b>	-	<b>10 225</b>
13	Hochschulen	2 818	1 823	10	9	-	1 804
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 992	1 992	-	-	-	1 992
15	Sonstiges Bildungswesen	499	436	9	68	-	359
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 750	6 688	462	674	-	5 553
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	720	522	1	4	-	517
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>178 659</b>	<b>157 670</b>	<b>234</b>	<b>213</b>	-	<b>157 222</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	126 439	106 439	54	-	-	106 386
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 405	6 405	-	-	-	6 405
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 788	2 534	-	42	-	2 491
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 387	41 274	50	102	-	41 122
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 492	871	131	69	-	672
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>	<b>1 403</b>	<b>836</b>	<b>278</b>	<b>283</b>	-	<b>275</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	433	363	147	160	-	56
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	433	363	147	160	-	56
32	Sport	140	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	386	198	83	62	-	53
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	443	159	47	54	-	57
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 007</b>	<b>596</b>	-	<b>11</b>	-	<b>585</b>
41	Wohnungswesen	1 259	586	-	1	-	585
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 060</b>	<b>584</b>	<b>28</b>	<b>155</b>	-	<b>400</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	143	143	-	70	-	73
533	Gasöverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	143	143	-	70	-	73
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	240	189	28	83	-	78

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010**

<b>Ausgabengruppe</b>		<b>Sach-investitionen</b>	<b>Vermögens-beratungen</b>	<b>Darlehs- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>Summe Ausgaben der Kapital-rechnung<sup>1</sup></b>	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
					<b>in Mio. €</b>	
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 110</b>	<b>2 590</b>	<b>2 680</b>	<b>6 380</b>	<b>6 341</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	392	2	0	394	394
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	2 381	2 362	4 820	4 819
3	Verteidigung	217	88	-	305	268
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	304	118	-	423	423
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	102	0	319	421	421
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>283</b>	<b>3 023</b>	<b>11</b>	<b>3 317</b>	<b>3 317</b>
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	62	-	63	63
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	261	1 790	11	2 062	2 062
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	177	-	198	198
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>978</b>	<b>20 001</b>	<b>20 989</b>	<b>20 632</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	20 000	20 000	20 000
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	253	1	255	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	108	-	113	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>	<b>350</b>	<b>217</b>	-	<b>567</b>	<b>567</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	58	12	-	70	70
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	58	12	-	70	70
32	Sport	-	24	-	24	24
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	283	2	-	285	285
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	-	<b>1 408</b>	<b>3</b>	<b>1 411</b>	<b>1 411</b>
41	Wohnungswesen	-	670	3	673	673
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>7</b>	<b>469</b>	<b>1</b>	<b>476</b>	<b>476</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	425	1	426	426
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010**

<b>Ausgabengruppe</b>		<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>Personalausgaben</b>	<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>Zinsausgaben</b>	<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>
<b>Funktion</b>		in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>6 444</b>	<b>3 162</b>	<b>60</b>	<b>680</b>	-	<b>2 422</b>
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	875	731	-	520	-	211
621	Kernenergie	75	197	-	-	-	197
622	Erneuerbare Energieformen	38	15	-	2	-	13
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	565	519	-	518	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 980	1 961	-	4	-	1 957
64	Handel	133	133	-	69	-	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	689	15	-	13	-	2
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 767	322	60	75	-	187
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>12 337</b>	<b>4 216</b>	<b>1 041</b>	<b>2 062</b>	-	<b>1 112</b>
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 871	864	509	287	-	68
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8
75	Luftfahrt	202	200	46	21	-	134
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 255	2 180	486	878	-	816
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>16 386</b>	<b>11 969</b>	-	<b>8</b>	-	<b>11 961</b>
81	Wirtschaftsunternehmen	11 056	6 639	-	8	-	6 631
832	Eisenbahnen	4 328	82	-	5	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 728	6 556	-	2	-	6 554
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 330	5 330	-	-	-	5 330
873	Sondervermögen	5 330	5 330	-	-	-	5 330
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>40 561</b>	<b>40 932</b>	<b>893</b>	<b>313</b>	<b>39 275</b>	<b>451</b>
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	488	450	-	-	-	450
92	Schulden	39 286	39 286	-	11	39 275	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	787	1 196	893	302	-	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>327 700</b>	<b>279 110</b>	<b>27 991</b>	<b>21 674</b>	<b>39 275</b>	<b>190 171</b>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensberatungen	Darlehngewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>1</sup>	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>76</b>	<b>779</b>	<b>2 426</b>	<b>3 282</b>	<b>3 282</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621 Kernenergie	75	-	-	75	75
622 Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64 Handel	-	-	-	-	-
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	-	674	-	674	674
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	17	2 426	2 445	2 445
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>6 347</b>	<b>1 775</b>	-	<b>8 122</b>	<b>8 122</b>
72 Straßen	5 278	1 428	-	6 707	6 707
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75 Luftfahrt	1	-	-	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	14	-	74	74
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	-	<b>4 404</b>	<b>13</b>	<b>4 417</b>	<b>4 417</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	-	4 404	13	4 417	4 417
832 Eisenbahnen	-	4 246	-	4 246	4 246
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	158	13	172	172
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873 Sondervermögen	-	-	-	-	-
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	-	<b>38</b>	-	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92 Schulden	-	-	-	-	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>8 182</b>	<b>15 681</b>	<b>25 136</b>	<b>48 999</b>	<b>48 604</b>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
		Ist-Ergebnisse						
<b>I. Gesamtübersicht</b>								
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>244,4</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>220,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>-16,9</b>	<b>-14,1</b>	<b>-11,6</b>	<b>-24,6</b>	<b>-25,8</b>	<b>-23,9</b>
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>								
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>39,1</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>28,1</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>198,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>0,0</b>	<b>-15,3</b>	<b>-13,9</b>	<b>-11,4</b>	<b>-23,9</b>	<b>-25,6</b>	<b>-23,8</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	62,0
<b>nachrichtlich: Schuldendat<sup>3</sup></b>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2009**  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse								
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>282,3</b>	<b>303,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>270,5</b>	<b>253,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-6,2
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>-22,9</b>	<b>-32,7</b>	<b>-39,2</b>	<b>-39,8</b>	<b>-31,4</b>	<b>-28,2</b>	<b>-14,7</b>	<b>-11,8</b>	<b>-49,5</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,0</b>	<b>27,0</b>	<b>27,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,2
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. <i>Gesamthaushalts<sup>3</sup></i>	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>38,7</b>	<b>40,2</b>	<b>41,4</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. <i>Gesamthaushalts<sup>3</sup></i>	%	56,7	56,0	56,2	55,9	58,3	58,0	58,7	61,0	61,5
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>26,2</b>	<b>24,3</b>	<b>32,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,8
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. <i>Gesamthaushalts<sup>3</sup></i>	%	34,1	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	31,5	28,5
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>230,0</b>	<b>239,2</b>	<b>225,5</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	74,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,3
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,4	43,0	43,5	42,3	42,9	45,1	47,1	44,5	42,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>-22,8</b>	<b>-31,9</b>	<b>-38,6</b>	<b>-39,5</b>	<b>-31,2</b>	<b>-27,9</b>	<b>-14,3</b>	<b>-11,5</b>	<b>-47,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	15,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	145,1
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. <i>Gesamthaushalts<sup>3</sup></i>	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	52,4	99,3	X	51,6
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	1 704
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	1 080

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juli 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

<sup>4</sup> Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>	2007	2008
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,4
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,5
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	274,9
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,5
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,4
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	0,9
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> bis 2006 Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juni 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 <sup>2</sup>	2007	2008							
	Anteile in %													
<b>Finanzierungssaldo</b>														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3							
darunter:														
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5							
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	-0,0							
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1							
darunter:														
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2							
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1							
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6							
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>														
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1							
darunter:														
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3							
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0							
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7							
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5							

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentiligungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> bis 2006 Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr	in Mrd. €				
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen		davon		
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		in Mrd. €			in %
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3
2009 <sup>2</sup>	527,0	259,3	267,8	49,2	50,8
2010 <sup>2</sup>	510,4	239,7	270,8	47,0	53,0
2011 <sup>2</sup>	526,7	252,1	274,5	47,9	52,1
2012 <sup>2</sup>	552,0	273,1	278,9	49,5	50,5
2013 <sup>2</sup>	575,1	291,5	283,6	50,7	49,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 12. bis 14. Mai 2009.

Stand: Mai 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekoten<sup>1</sup>**  
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 <sup>3</sup>	23,8	40,3	22,2	37,7
2008 <sup>3</sup>	23,8	40,2	22,5	37,9

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.<sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7		11,2
1965	37,1	25,4		11,6
1970	38,5	26,1		12,4
1975	48,8	31,2		17,7
1976	48,3	30,5		17,8
1977	47,9	30,1		17,8
1978	47,0	29,4		17,6
1979	46,5	29,3		17,2
1980	46,9	29,6		17,3
1981	47,5	29,7		17,9
1982	47,5	29,4		18,1
1983	46,5	28,8		17,7
1984	45,8	28,2		17,6
1985	45,2	27,8		17,4
1986	44,5	27,4		17,1
1987	45,0	27,6		17,4
1988	44,6	27,0		17,6
1989	43,1	26,4		16,7
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,3	28,2		18,0
1992	47,2	28,0		19,2
1993	48,2	28,3		19,9
1994	47,9	27,8		20,0
1995	48,1	27,6		20,6
1996	49,3	27,9		21,4
1997	48,4	27,1		21,2
1998	48,0	27,0		21,1
1999	48,1	26,9		21,1
2000	47,6	26,5		21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0		21,1
2001	47,6	26,3		21,3
2002	48,1	26,4		21,7
2003	48,5	26,5		22,0
2004	47,1	25,9		21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0		20,8
2006 <sup>5</sup>	45,3	26,4		20,0
2007 <sup>5</sup>	44,2	25,0		19,2
2008 <sup>5</sup>	43,9	24,9		19,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
	Schulden (in Mio. €) <sup>1</sup>						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 277 272</b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 750</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 399</b>	<b>1 553 058</b>	<b>1 578 454</b>
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 745
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 914
Kreditmarktmittel iws	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 165
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
Kreditmarktmittel iws	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	485 034
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 685
Kreditmarktmittel iws	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 391
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 294
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 349
Kreditmarktmittel iws	-	-	-	-	986	1 124	1 325
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	24
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	107 675
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	105 063
Kreditmarktmittel iws	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	75 950
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 113
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 612
Kreditmarktmittel iws	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 560
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	52
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	592 709
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 628 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	-
Bundes-Pensions-Service für Post und SoFFin	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,5
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,5
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>59,6</b>	<b>62,7</b>	<b>64,7</b>	<b>66,4</b>	<b>66,6</b>	<b>64,1</b>	<b>63,3</b>
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,5	39,6
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,6	38,8	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,5
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,3
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,1	25,6	24,6	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,1	65,3
	Schulden insgesamt (in €)						
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 220
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9	2 491,4
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628

<sup>1</sup>Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.<sup>2</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
Jahr	in Mrd. €			Anteile am BIP in %			in Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 <sup>5</sup>	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 <sup>5</sup>	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2007 <sup>5</sup>	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	9,2	0,4
2008 <sup>5</sup>	-3,2	-11,5	8,3	-0,1	-0,5	0,3	-7,4	-0,3

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 <sup>2</sup>	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>-2,9</b>	<b>-1,1</b>	<b>-1,9</b>	<b>-3,2</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,8</b>	<b>-3,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>-3,9</b>	<b>-5,9</b>
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,3	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1
Griechenland	—	—	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7
Spanien	—	—	—	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-3,8	-8,6	-9,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0
Irland	—	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,4	1,7	3,0	0,2	-7,1	-12,0	-15,6
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8
Zypern	—	—	—	—	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-1,9	-2,6
Luxemburg	—	—	4,3	2,4	6,0	-1,1	0,0	1,4	3,6	2,6	-1,5	-2,8
Malta	—	—	—	-4,2	-6,2	-4,7	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,0	-3,4	-6,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7
Slowakei	—	—	—	-3,4	-12,3	-2,4	-2,8	-3,5	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4
Slowenien	—	—	—	-8,4	-3,8	-2,2	-1,4	-1,3	0,5	-0,9	-5,5	-6,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,8	4,0	5,2	4,2	-0,8	-2,9
Euroraum	—	—	—	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5
Bulgarien	—	—	—	-3,4	-0,3	1,6	1,9	3,0	0,1	1,5	-0,5	-0,3
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	2,0	5,2	5,2	4,5	3,6	-1,5	-3,9
Estland	—	—	—	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-3,0	-3,0	-3,9
Lettland	—	—	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,5	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6
Litauen	—	—	—	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0
Polen	—	—	—	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,9	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3
Rumänien	—	—	—	-15,6	-4,7	-1,2	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6
Schweden	—	—	—	-7,4	3,7	0,8	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,6	-3,9
Tschechien	—	—	—	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,6	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9
Ungarn	—	—	—	—	-2,9	-6,4	-7,8	-9,2	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8
EU	—	—	—	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3
Japan	-4,5	-1,4	2,1	-4,7	-7,6	-6,2	-6,7	-1,6	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7
USA	-2,3	-4,9	-4,0	-3,1	1,7	-4,3	-3,1	-2,1	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.<sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich**

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,6</b>	<b>65,1</b>	<b>65,9</b>	<b>73,4</b>	<b>78,7</b>
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,2	87,9	84,0	89,6	95,7	100,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	97,6	103,4	108,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,5	50,8	62,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	64,9	66,4	63,7	63,8	68,0	79,7	86,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,5	24,9	25,0	43,2	61,2	79,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,8	109,2	103,8	105,8	106,5	103,5	105,8	113,0	116,1
Zypern	—	—	—	—	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	49,1	47,5	47,9
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,7	6,9	14,7	16,0	16,4
Malta	—	—	—	—	55,9	72,2	69,8	63,7	62,1	64,1	67,0	68,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,6	58,2	57,0	63,1
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,4	62,5	70,4	75,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,5	66,4	75,4	81,5
Slowakei	—	—	—	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	27,6	32,2	36,3
Slowenien	—	—	—	—	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,8	29,3	34,9
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,2	41,4	39,2	35,1	33,4	39,7	45,7
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,4	69,5	70,0	68,3	66,0	69,3	77,7	83,8
Bulgarien	—	—	—	—	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	16,0	17,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	44,5	37,1	31,3	26,8	33,3	32,5	33,7
Estland	—	—	—	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,8	6,8	7,8
Lettland	—	—	—	—	12,3	14,9	12,4	10,7	9,0	19,5	34,1	50,1
Litauen	—	—	—	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	15,6	22,6	31,9
Polen	—	—	—	—	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	47,1	53,6	59,7
Rumänien	—	—	—	—	24,6	18,7	15,8	12,4	12,7	13,6	18,2	22,7
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,2	51,0	45,9	40,5	38,0	44,0	47,2
Tschechien	—	—	—	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	29,8	33,7	37,9
Ungarn	—	—	—	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	73,0	80,8	82,3
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,2	52,0	68,4	81,7
EU	—	—	—	69,6	63,1	62,2	62,7	61,3	58,7	61,5	72,6	79,4
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	167,1	177,3	180,3	167,1	172,1	185,3	194,0
USA	42,0	55,7	63,5	71,3	55,5	62,3	62,7	62,1	63,1	65,0	78,0	91,6

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009; für USA und Japan alle Jahre.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrspрогнose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,9</b>	<b>21,9</b>	<b>23,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>**

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>35,6</b>	<b>36,2</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,9</b>	<b>45,2</b>	<b>43,6</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,3</b>	<b>44,2</b>	<b>43,9</b>	<b>48,2</b>	<b>49,0</b>
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	52,1	48,4	48,3	49,8	52,9	54,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,3	52,8	54,3
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,6	56,4
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	42,0	43,7	44,9	45,3	45,2
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	34,0	35,7	41,0	45,8	49,1
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,2	51,1
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,2	40,7	44,2	45,7
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,7	42,6	45,3	44,4	44,8
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,4	48,3	50,2
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	49,8	49,3	48,5	48,6	51,6	52,1
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	48,9	48,7
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,3	44,6	42,4	43,6	47,7	48,6
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	40,5	45,2	47,1
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	42,9	44,0	44,4	45,0
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,6	50,1	51,0
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,4	39,5	39,3
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,8	55,0	57,0
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	40,9	45,0	47,3
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,2	35,9	39,5	46,8	49,8
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	34,9	37,2	39,5	42,7
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,8	42,1	43,1	46,1	46,8
Rumänien	-	-	-	49,8	38,5	33,5	35,3	36,6	38,5	38,5	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	56,6	57,3
Slowakei	-	-	-	48,6	50,9	38,2	36,9	34,4	34,9	38,3	39,4
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,4	45,9	47,6
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,7	49,9	50,8	52,0
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,0	47,7	50,5	52,4
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,1	51,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,4	37,3	39,1	44,4	45,9
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,3	36,2	37,5	42,1	44,4

<sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2009.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 18:** Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Eu-Haushalt 2008 <sup>1</sup>				EU-Haushalt 2009 <sup>2</sup>			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7 311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>131 079,6</b>	<b>100,0</b>	<b>115 771,3</b>	<b>100,0</b>	<b>133 846,0</b>	<b>100,0</b>	<b>116 096,1</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).<sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

<b>Rubrik</b>	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	SP. 6/2 10	Sp. 8/4 11	Sp. 6-2 12	Sp. 8-4 13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	- 111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2,1</b>	<b>0,3</b>	<b>2 766,3</b>	<b>324,8</b>

 Statistiken und Dokumentationen

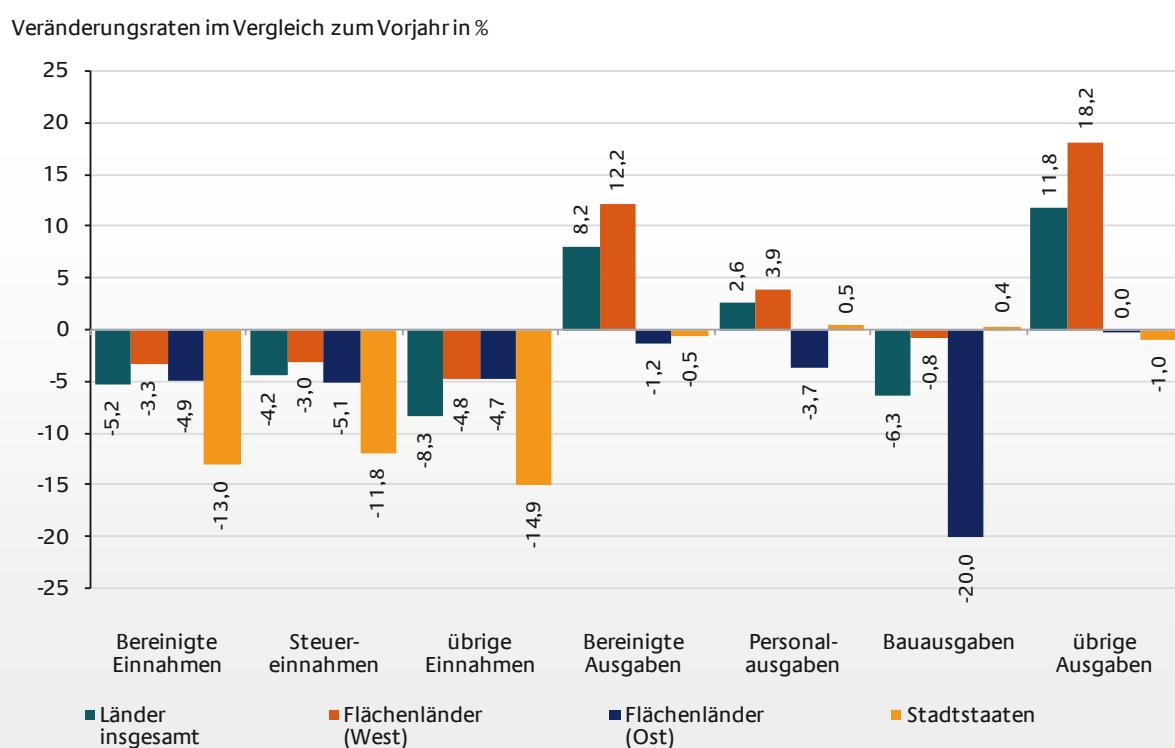
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>187 985</b>	<b>73 100</b>	<b>52 664</b>	<b>19 369</b>	<b>33 064</b>	<b>12 866</b>	<b>267 057</b>	<b>102 270</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	147 767	59 995	28 165	11 249	21 550	7 919	197 482	79 163
übrige Einnahmen	40 218	13 105	24 499	8 120	11 514	4 947	69 575	23 107
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>203 565</b>	<b>86 852</b>	<b>52 593</b>	<b>20 264</b>	<b>36 398</b>	<b>14 904</b>	<b>285 899</b>	<b>118 955</b>
darunter:								
Personalausgaben	77 460	32 863	12 290	4 751	11 075	4 675	100 825	42 289
Bauausgaben	3 479	652	1 491	279	905	162	5 875	1 093
übrige Ausgaben	122 625	53 337	38 812	15 235	24 418	10 066	179 200	75 573
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-15 578</b>	<b>-13 752</b>	<b>75</b>	<b>-895</b>	<b>-3 327</b>	<b>-2 038</b>	<b>-18 830</b>	<b>-16 685</b>

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2009



 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		Mai 2008			April 2009			Mai 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>103 037</b>	<b>107 861</b>	<b>204 258</b>	<b>79 274</b>	<b>81 589</b>	<b>155 291</b>	<b>102 330</b>	<b>102 270</b>	<b>198 002</b>	
111	darunter: Steuereinnahmen	88 518	82 672	171 190	65 607	62 722	128 329	85 959	79 163	165 123	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	82 420 <sup>3</sup>	25 756	108 176	73 695 <sup>3</sup>	32 482	106 176	93 850 <sup>3</sup>	40 532	134 382	
12	<b>Bereinigte Ausgabe<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>119 379</b>	<b>109 976</b>	<b>222 715</b>	<b>101 674</b>	<b>99 041</b>	<b>195 143</b>	<b>120 470</b>	<b>118 955</b>	<b>232 828</b>	
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	-16 342	-2 116	-18 457	-22 400	-17 452	-39 852	-18 141	-16 685	-34 826	
122	Bauausgaben	1 465	1 168	2 632	935	785	1 719	1 415	1 093	2 508	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-51	-51	-	-43	-43	-	13	13	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	90 034	38 062	128 096	78 470	33 948	112 419	83 836	41 160	124 997	
13	<b>Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-20 157</b>	<b>-5 018</b>	<b>-25 174</b>	<b>-17 359</b>	<b>-12 915</b>	<b>-30 273</b>	<b>-22 400</b>	<b>-17 452</b>	<b>-39 852</b>	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	79	79	-	79	79	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-3	-3	-	-3	-3	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	81	81	-	81	81	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-6 625	-11 724	-18 349	-4 750	-2 401	-7 151	10 117	-1 580	8 537	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres										
	(ohne Auslaufperiode)	-	1 399	1 399	-	1 832	1 832	-	1 832	1 832	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 220	1 220	-	-650	-650	-	-650	-650	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	9 804	14 568	24 371	7 068	34 935	42 003	16 476	52 287	68 763	
32	Vorschüsse	-	22 871	22 871	-	33 503	33 503	-	51 504	51 504	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	12 940	12 940	-	17 348	17 348	-	17 115	17 115	
34	Saldo (31-32+33)	9 804	4 637	14 441	7 068	18 780	25 848	16 476	17 898	34 374	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Mai 2008			April 2009			Mai 2009		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-13 163	-6 583	-19 746	-20 083	191	-19 892	8 452	896	9 348
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	13 163	3 840	17 003	20 083	2 478	22 561	-8 452	4 205	-4 248
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	763	763	-	812	812	-	220	220
56	Zusammen	13 163	4 603	17 766	20 083	3 290	23 373	-8 452	4 425	-4 028
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-1 980	-1 980	0	3 481	3 481	0	5 321	5 321
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	1 843	1 843	-	1 849	1 849	-	1 432	1 432
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 489	3 489	-	4 145	4 145	-	2 288	2 288

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.<sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.<sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>12 644,5</b>	<b>16 083,2<sup>a</sup></b>	<b>3 578,0</b>	<b>7 245,7</b>	<b>2 569,2</b>	<b>9 460,7</b>	<b>19 168,2</b>	<b>4 812,6</b>	<b>912,7</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	10 142,7	13 246,2	2 225,6	6 195,6	1 375,2	7 267,5	16 311,5	3 563,4	773,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	149,0	-	220,6	137,0	17,0	141,5	18,2
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 577,0	6 031,8 <sup>b</sup>	1 007,1	2 598,9	160,2	2 765,1	8 245,7	3 228,8	848,8
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>13 759,3</b>	<b>23 059,8<sup>c</sup></b>	<b>3 942,0</b>	<b>8 347,3</b>	<b>2 637,5</b>	<b>9 551,3</b>	<b>21 121,6</b>	<b>5 909,0</b>	<b>1 634,5</b>
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	6 350,8	7 446,1	918,5	3 021,6	616,4	3 667,6 <sup>3</sup>	7 949,0 <sup>3</sup>	2 344,6	598,8
122	Bauausgaben	141,0	281,4	6,8	97,8	42,6	44,4	31,7	9,0	1,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 072,8	1 344,2	-	1 001,2	-	-	-	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 360,8	2 335,8 <sup>d</sup>	2 119,0	1 984,4	1 014,1	3 491,3	7 798,2	4 366,1	486,8
13	<b>Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-1 114,8</b>	<b>-6 976,6<sup>e</sup></b>	<b>-364,0</b>	<b>-1 101,5</b>	<b>-68,3</b>	<b>-90,6</b>	<b>-1 953,5</b>	<b>-1 096,5</b>	<b>-721,8</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen <sup>2</sup>	164,7	3 682,4	- 886,8	609,2	- 854,4	- 696,3	402,2	-1 137,4	358,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	744,1	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 503,1	1 518,7	1 517,6	894,2	234,5	177,8	1 751,2	2 472,8	444,9
32	Vorschüsse	4 952,3	3 658,3	807,5	1 651,6	0,9	625,0	55,4	1 743,5	-23,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	787,4	7 563,2	-	710,0	566,4	1 877,2	918,6	1,2	16,9
34	Saldo (31+32+33)	- 661,8	5 423,6	710,1	- 47,5	800,0	1 430,0	2 614,4	730,5	485,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 71,2	0,0	- 540,7	- 539,8	- 122,7	643,1	1 063,2	- 1 503,4	122,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	291,1	650,0	105,0	-	119,0	1 504,0	135,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	220,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	291,1	870,0	105,0	-	119,0	1 504,0	135,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 71,2	0,0	- 249,6	330,2	- 17,7	643,1	1 182,2	0,6	258,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	1 431,5	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	177,2	897,4	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Juni-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 9,2 Mio. €, b) 5 211,8 Mio. €, c) 7 025,6 Mio. €, d) 250,0 Mio. €;  
Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt +39,8 Mio. €

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €							Länder zusammen
		Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>6 131,5</b>	<b>3 604,5</b>	<b>3 112,0</b>	<b>3 485,8</b>	<b>7 718,1</b>	<b>1 376,6</b>	<b>3 798,8</b>	<b>102 270,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	3 635,2	2 088,0	2 494,1	1 925,2	3 856,2	889,9	3 172,9	79 163,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	449,6	249,4	26,1	251,0	1 547,3	225,4	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 186,2	2 890,5	1 923,9	580,0	5 679,8	1 807,0	- 626,6	40 531,8
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 791,4</b>	<b>4 015,9</b>	<b>3 808,6</b>	<b>3 877,6</b>	<b>8 732,2</b>	<b>1 826,5</b>	<b>4 372,5</b>	<b>118 954,9</b>
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	1 428,8	900,3	1 484,4	886,8	2 807,3	566,1	1 301,9	42 289,0
122	Bauausgaben	154,4	32,1	45,5	43,0	48,1	18,5	95,7	1 093,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	27,2	13,3
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	616,5	2 104,2	1 862,8	889,8	4 463,6	2 267,0	-	41 160,4
13	<b>Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>340,1</b>	<b>- 411,4</b>	<b>- 696,6</b>	<b>- 391,8</b>	<b>-1 014,1</b>	<b>- 449,9</b>	<b>- 573,7</b>	<b>-16 685,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	78,6	-	-	-	-	-	-	78,6
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-2,6	-	-	-	-	-	-	-2,6
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	81,2	-	-	-	-	-	-	81,2
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-2 861,4	838,7	86,3	- 311,1	88,8	- 439,9	- 624,1	-1 580,2
2	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres								
	(ohne Auslaufperiode)	656,2	-	-	122,1	-	-	309,3	1 831,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	- 649,6
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	409,7	1 084,4	0,0	63,0	154,0	41,2	38 020,1	52 287,2
32	Vorschüsse	2 242,1	1 658,1	0,0	48,4	-	79,5	34 005,1	51 503,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 819,0	68,7	0,0	319,8	403,0	289,9	773,4	17 114,7
34	Saldo (31+32+33)	986,6	- 505,1	0,0 <sup>5</sup>	334,4	557,0	251,5	4 788,4	17 897,8
4	Kassenbestand ohne schwedende Schulden								
	(13+16+17+21+22+34)	- 114,1	- 77,8	- 610,3	- 246,4	- 368,3	- 638,3	3 899,9	896,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2009

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	60,8	-	246,3	377,8	602,5	113,0	4 204,7
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	220,0
56	Zusammen	-	60,8	-	246,3	377,8	602,5	113,0	4 424,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-114,1	-17,0	-610,3	-0,1	9,5	-35,8	4 012,9	5 320,7
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	-	-	1 431,5
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	403,0	36,7	773,4	2 287,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.<sup>3</sup>Ohne Juni-Bezüge.<sup>4</sup>Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.<sup>5</sup>SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.<sup>6</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.<sup>7</sup>BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 9,2 Mio. €, b) 5 211,8 Mio. €, c) 7 025,6 Mio. €, d) 250,0 Mio. €;  
Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt +39,8 Mio. €

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	in Mio.	Veränderung in % p.a.				gesamt	je Erwerbstätigen	je Stunde	
		in %	in %	in Mio.	in %		Veränderung in % p.a.		in %
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2008	40,3	1,4	52,9	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,7	0,9	1,0	18,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p.a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,5	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,6	-0,8
2006	3,5	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,0
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,6	1,4	1,6	1,9	0,0

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,6	119,1	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,5	145,6	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	171,0	184,5	46,9	39,9	7,1	7,6
2008	3,5	5,8	154,5	166,3	47,2	41,0	6,2	6,7
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,8	8,3	129,2	127,8	42,4	36,9	5,6	5,5

<sup>1</sup>In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p.a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,1
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,5
2008	3,1	2,6	3,5	65,0	66,4	2,2	-0,9
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,1	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>- 5,4</b>	<b>0,3</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,2	-3,5	-0,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	-0,9	0,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	-3,2	-1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	-3,0	-0,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	4,7	6,4	5,7	6,0	-2,3	-9,0	-2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,7	2,0	1,6	-1,0	-4,4	0,1
Zypern	—	—	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,7	0,3	0,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	-0,9	-3,0	0,1
Malta	—	—	6,2	6,4	1,3	3,7	3,2	3,6	1,6	-0,9	0,2
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	2,1	-3,5	-0,4
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	-4,0	-0,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,0	-3,7	-0,8
Slowakei	—	—	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	6,4	-2,6	0,7
Slowenien	—	—	4,1	4,4	4,3	4,3	5,9	6,8	3,5	-3,4	0,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	3,7	2,8	4,9	4,2	0,9	-4,7	0,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,8	-4,0	-0,1
Bulgarien	—	—	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,0	-1,6	-0,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	-1,1	-3,3	0,3
Estland	—	—	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	-3,6	-10,3	-0,8
Lettland	—	—	-0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,0	-4,6	-13,1	-3,2
Litauen	—	—	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,0	-11,0	-4,7
Polen	—	—	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,6	4,8	-1,4	0,8
Rumänien	—	—	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,1	-4,0	0,0
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,6	-0,2	-4,0	0,8
Tschechien	—	—	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	3,2	-2,7	0,3
Ungarn	—	—	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,5	-6,3	-0,3
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	-3,8	0,1
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	0,9	-4,0	-0,1
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	-0,7	-5,3	0,1
USA	4,1	1,9	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,1	-2,9	0,9

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2008.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich**

Land	jährliche Veränderungen in %							
	1997	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>
Belgien	1,5	2,7	2,5	2,3	1,8	4,5	0,3	1,2
Griechenland	5,4	2,9	3,5	3,3	3,0	4,2	1,8	2,3
Spanien	1,9	3,5	3,4	3,6	2,8	4,1	- 0,1	1,4
Frankreich	1,3	1,8	1,9	1,9	1,6	3,2	0,2	0,9
Irland	1,3	5,3	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,3	0,4
Italien	1,9	2,6	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8
Zypern	3,3	4,9	2,0	2,2	2,2	4,4	1,1	2,0
Luxemburg	1,4	3,8	3,8	3,0	2,7	4,1	- 0,6	2,0
Malta	3,9	3,0	2,5	2,6	0,7	4,7	1,0	1,8
Niederlande	1,9	2,3	1,5	1,7	1,6	2,2	1,4	0,9
Österreich	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,1
Portugal	1,9	2,8	2,1	3,0	2,4	2,7	- 0,3	1,7
Slowakei	6,0	12,2	2,8	4,3	1,9	3,9	2,0	2,4
Slowenien	8,3	8,9	2,5	2,5	3,8	5,5	0,7	2,0
Finnland	1,2	2,9	0,8	1,3	1,6	3,9	1,3	1,1
Euroraum	1,7	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,4	1,2
Bulgarien	—	10,3	6,0	7,4	7,6	12,0	3,9	3,6
Dänemark	2,0	2,7	1,7	1,9	1,7	3,6	0,9	1,4
Estland	9,3	3,9	4,1	4,4	6,7	10,6	0,6	0,5
Lettland	8,1	2,6	6,9	6,6	10,1	15,3	4,6	- 0,7
Litauen	10,3	1,1	2,7	3,8	5,8	11,1	3,6	- 0,4
Polen	15,0	10,1	2,2	1,3	2,6	4,2	2,6	1,9
Rumänien	154,8	45,7	9,1	6,6	4,9	7,9	5,8	3,5
Schweden	1,8	1,3	0,8	1,5	1,7	3,3	1,6	0,7
Tschechien	8,0	3,9	1,6	2,1	3,0	6,3	1,1	1,6
Ungarn	18,5	10,0	3,5	4,0	7,9	6,0	4,4	4,1
Vereinigtes Königreich	1,8	0,8	2,1	2,3	2,3	3,6	1,0	1,3
EU	1,7	1,9	2,2	2,2	2,4	3,7	0,9	1,3
Japan	—	—	—	—	0,0	1,4	- 1,0	- 0,5
USA	—	—	—	—	2,8	3,8	- 0,7	0,3

Quellen:

Für die Jahre 2007 bis 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Für die Jahre 1997 bis 2006: Eurostat Data Explorer.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	In % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,8</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,4</b>	<b>7,3</b>	<b>8,6</b>	<b>10,4</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	7,0	8,5	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,1	9,7
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	17,3	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,6	10,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,3	13,3	16,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,8	8,8	9,4
Zypern	—	—	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,8	4,7	6,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,2	4,9	5,9	7,0
Malta	—	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,6
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,8	3,9	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	6,0	7,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,7	9,1	9,8
Slowakei	—	—	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	12,1
Slowenien	—	—	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,4	6,6	7,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,9	9,3
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,9	11,5
Bulgarien	—	—	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	5,6	7,3	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,3	5,2	6,6
Estland	—	—	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,5	11,3	14,1
Lettland	—	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	7,5	15,7	16,0
Litauen	—	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,8	15,9
Polen	—	—	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,1	9,9	12,1
Rumänien	—	—	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	5,8	8,0	7,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	8,4	10,4
Tschechien	—	—	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	4,4	6,1	7,4
Ungarn	—	—	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,8	9,5	11,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,6	8,2	9,4
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	9,4	10,9
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,9	6,4
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,8	8,9	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2006: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2009.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	<b>8,6</b>	<b>5,5</b>	<b>-5,1</b>	<b>1,2</b>	<b>9,7</b>	<b>15,6</b>	<b>12,6</b>	<b>9,5</b>	<b>4,2</b>	<b>5,0</b>	<b>0,0</b>	<b>1,5</b>
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-6,0	0,5	9,0	14,1	12,9	9,9	5,9	6,1	0,5	1,4
Ukraine	7,9	2,1	-8,0	1,0	12,8	25,2	16,8	10,0	-3,7	-7,2	0,6	1,4
<b>Asien</b>	<b>10,6</b>	<b>7,7</b>	<b>4,8</b>	<b>6,1</b>	<b>5,4</b>	<b>7,4</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>6,9</b>	<b>5,8</b>	<b>6,4</b>	<b>5,7</b>
darunter												
China	13,0	9,0	6,5	7,5	4,8	5,9	0,1	0,7	11,0	10,0	10,3	9,3
Indien	9,3	7,3	4,5	5,6	6,4	8,3	6,3	4,0	-1,0	-2,8	-2,5	-2,6
Indonesien	6,3	6,1	2,5	3,5	6,0	9,8	6,1	5,9	2,4	0,1	-0,4	-0,7
Korea	5,1	2,2	-4,0	1,5	2,5	4,7	1,7	3,0	0,6	-0,7	2,9	3,0
Thailand	4,9	2,6	-3,0	1,0	2,2	5,5	0,5	3,4	5,7	-0,1	0,6	0,2
<b>Lateinamerika</b>	<b>5,7</b>	<b>4,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>5,4</b>	<b>7,9</b>	<b>6,6</b>	<b>6,2</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,6</b>
darunter												
Argentinien	8,7	7,0	-1,5	0,7	8,8	8,6	6,7	7,3	1,6	1,4	1,0	1,8
Brasilien	5,7	5,1	-1,3	2,2	3,6	5,7	4,8	4,0	0,1	-1,8	-1,8	-1,8
Chile	4,7	3,2	0,1	3,0	4,4	8,7	2,9	3,5	4,4	-2,0	-4,8	-5,0
Mexiko	3,3	1,3	-3,7	1,0	4,0	5,1	4,8	3,4	-0,8	-1,4	-2,5	-2,2
<b>Sonstige</b>												
Türkei	4,7	1,1	-5,1	1,5	8,8	10,4	6,9	6,8	-5,8	-5,7	-1,2	-1,6
Südafrika	5,4	3,1	-0,3	1,9	7,1	11,5	6,1	5,6	-7,3	-7,4	-5,8	-6,0

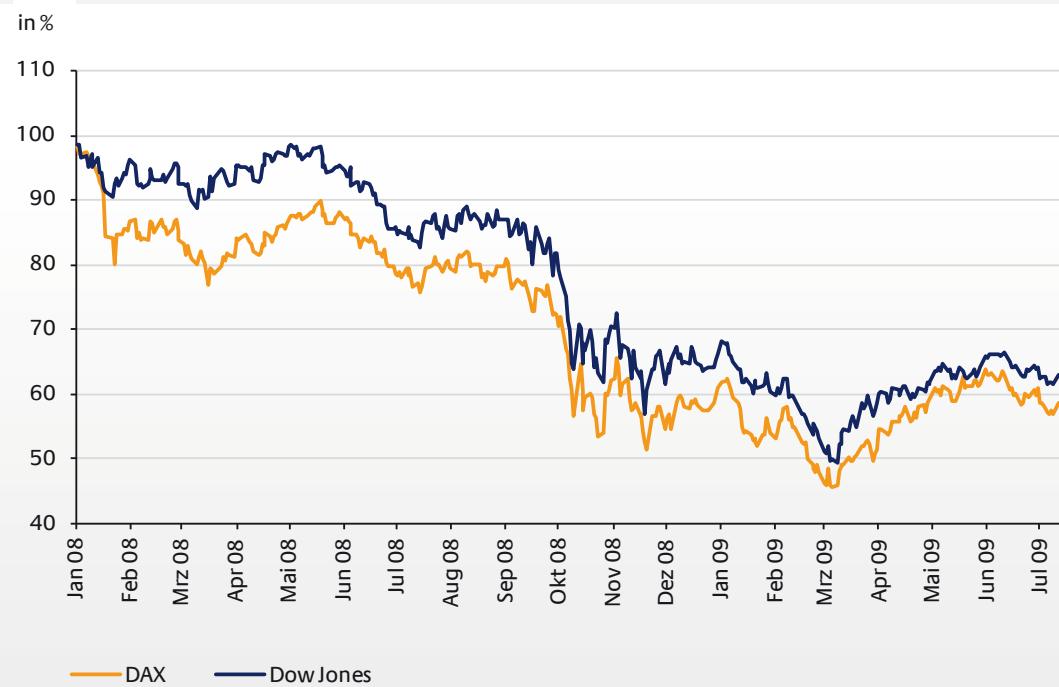
<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2009 in veröffentlichter Form.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones**  
Eröffnungskurs 2. Januar 2008 =100%  
(2.Januar 2008 - 13. Juli 2009)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.07.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dow Jones	8 332	8 776	-5,07	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 057	2 065	-0,41	1 615	3 635
Dax	4 722	4 810	-1,83	3 666	7 949
CAC 40	3 052	3 218	-5,16	2 519	5 550
Nikkei	9 050	8 860	2,15	7 055	14 691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.07.2009	2008	US-Bond	2008 / 2009	2008 / 2009
USA	3,36	2,22	-	2,06	4,26
Bund	3,31	2,94	-0,05	2,91	4,67
Japan	1,35	1,17	-2,01	1,17	1,88
Brasilien	12,50	12,56	9,14	11,47	17,91
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.07.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dollar/Euro	1,40	1,40	-0,01	1,25	1,60
Yen/Dollar	93,02	90,62	2,65	87,36	111,62
Yen/Euro	130,04	126,73	2,61	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,86	0,96	-9,87	0,73	0,98

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,5	1,3	-5,4	0,3	2,3	2,8	0,3	0,7	8,4	7,3	8,6	10,4
OECD	2,6	1	-5,3	0,2	2,3	2,8	0,6	0,5	8,3	7,3	8,9	11,6
IWF	2,5	1,3	-5,6	-1	2,3	2,8	0,1	-0,4	8,4	7,3	9,0	10,8
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,0	1,1	-2,9	0,9	2,8	3,8	-0,7	0,3	4,6	5,8	8,9	10,2
OECD	2,0	1,1	-4	0	2,9	3,8	-0,4	0,5	4,6	5,8	9,1	10,3
IWF	2,0	1,1	-2,8	0	2,9	3,8	-0,9	-0,1	4,6	5,8	8,9	10,1
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,4	-0,7	-5,3	0,1	0	1,4	-1	-0,5	3,9	3,9	5,8	6,3
OECD	2,4	-0,6	-6,6	-0,5	0,1	1,4	-1,2	-1,3	3,9	4	4,9	5,6
IWF	2,4	-0,6	-6,2	0,5	0	1,4	-1	-0,6	3,8	4	4,6	5,6
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,2	0,7	-3	-0,2	1,6	3,2	0,2	0,9	8,3	7,8	9,6	10,7
OECD	2,1	0,7	-3,3	-0,1	1,6	3,2	0,4	0,6	8,0	7,4	9,9	10,9
IWF	2,1	0,7	-3	0,4	1,6	3,2	0,5	1	8,3	7,8	9,6	10,3
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,6	-1	-4,4	0,1	2,0	3,5	0,8	1,8	6,1	6,8	8,8	9,4
OECD	1,5	-1	-4,3	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,7	6,2	6,8	9,2	10,7
IWF	1,6	-1	-4,4	-0,4	2,0	3,5	0,7	0,6	6,1	6,8	8,9	10,5
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	3,0	0,7	-3,8	0,1	2,3	3,6	1	1,3	5,3	5,6	8,2	9,4
OECD	3,0	0,7	-3,7	-0,2	2,3	3,6	2	1,7	5,4	5,7	7,7	9,5
IWF	3,0	0,7	-4,1	-0,4	2,3	3,6	1,5	0,8	5,4	5,5	7,4	9,2
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-3	0,3	2,1	2,4	-0,6	0,5	6,0	6,1	8,8	10,5
IWF	2,7	0,5	-2,5	1,2	2,1	2,4	0	0,5	6,0	6,2	8,4	8,8
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,7	0,8	-4	-0,1	2,1	3,3	0,4	1,2	7,5	7,5	9,9	11,5
OECD	2,6	0,7	-4,1	-0,3	2,1	3,3	0,6	0,7	7,4	7,5	10,1	11,7
IWF	2,7	0,9	-4,2	-0,4	2,1	3,3	0,4	0,6	7,5	7,6	10,1	11,5
EZB	-	0,8	-2,7	0,0	-	3,3	0,4	1	-	-	-	-
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	2,9	0,9	-4	-0,1	2,4	3,7	0,9	1,3	7,1	7,0	9,4	10,9
IWF	3,1	1,1	-4	-0,3	2,4	3,7	0,8	0,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009 (hier nur die G7-Staaten und Euroraum).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2009 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	1,2	-3,5	-0,2	1,8	4,5	0,3	1,2	7,5	7,0	8,5	10,3
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,6	1,1	-3,8	0,3	1,8	4,5	0,5	1,0	7,5	6,8	9,5	10,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	4,2	0,9	-4,7	0,2	1,6	3,9	1,3	1,1	6,9	6,4	8,9	9,3
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,8
IWF	4,2	0,9	-5,2	-1,2	1,6	3,9	1,0	1,1	6,8	6,4	8,5	9,3
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,0	2,9	-0,9	0,1	3,0	4,2	1,8	2,3	8,3	7,7	9,1	9,7
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,2
IWF	4,0	2,9	-0,2	-0,6	3,0	4,2	1,6	2,1	8,3	7,6	9,0	10,5
<b>Irland</b>												
EU-KOM	6,0	-2,3	-9,0	-2,6	2,9	3,1	-1,3	0,4	4,6	6,3	13,3	16,0
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-2,3	-8,0	-3,0	2,9	3,1	-0,6	1,0	4,5	6,1	12,0	13,0
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	5,2	-0,9	-3,0	0,1	2,7	4,1	-0,6	2,0	4,2	4,9	5,9	7,0
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,0
IWF	5,2	0,7	-4,8	-0,2	2,3	3,4	0,2	1,8	4,4	4,4	6,8	6,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,6	1,6	-0,9	0,2	0,7	4,7	1,0	1,8	6,4	5,9	7,1	7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	1,6	-1,5	1,1	0,7	4,7	1,8	1,7	6,4	5,8	6,9	7,6
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,5	2,1	-3,5	-0,4	1,6	2,2	1,4	0,9	3,2	2,8	3,9	6,2
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,1
IWF	3,5	2,0	-4,8	-0,7	1,6	2,2	0,3	1,1	3,2	2,8	4,1	5,0
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,1	1,8	-4,0	-0,1	2,2	3,2	0,5	1,1	4,4	3,8	6,0	7,1
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,0
IWF	3,1	1,8	-3,0	0,2	2,2	3,2	0,5	1,3	4,4	3,8	5,4	6,2
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,9	0,0	-3,7	-0,8	2,4	2,7	-0,3	1,7	8,1	7,7	9,1	9,8
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4	2,8	1,3	1,6	8,0	7,6	8,5	8,8
IWF	1,9	0,0	-4,1	-0,5	2,4	2,6	0,3	1,0	8,0	7,8	9,6	11,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	10,4	6,4	-2,6	0,7	1,9	3,9	2,0	2,4	11,1	9,5	12,0	12,1
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,0
IWF	10,4	6,4	-2,1	1,9	1,9	3,9	1,7	2,3	11,0	9,6	11,5	11,7
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	6,8	3,5	-3,4	0,7	3,8	5,5	0,7	2,0	4,9	4,4	6,6	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,8	3,5	-2,7	1,4	3,6	5,7	0,5	1,5	4,9	4,5	6,2	6,1
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,7	1,2	-3,2	-1,0	2,8	4,1	-0,1	1,4	8,3	11,3	17,3	20,5
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,8
IWF	3,7	1,2	-3,0	-0,7	2,8	4,1	0,0	0,9	8,3	11,3	17,7	19,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	4,4	3,7	0,3	0,7	2,2	4,4	1,1	2,0	4,0	3,8	4,7	6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,7	0,3	2,1	2,2	4,4	0,9	2,4	3,9	3,7	4,6	4,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose Mai 2009.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.  
 Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,2	6,0	-1,6	-0,1	7,6	12,0	3,9	3,6	6,9	5,6	7,3	7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,0	-2,0	-1,0	7,6	12,0	3,7	1,3	-	-	-	-
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,6	-1,1	-3,3	0,3	1,7	3,6	0,9	1,4	3,8	3,3	5,2	6,6
OECD	1,7	0,2	-0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,6	-1,1	-4,0	0,4	1,7	3,4	-0,3	0,0	2,7	1,7	3,2	4,5
<b>Estland</b>												
EU-KOM	6,3	-3,6	-10,3	-0,8	6,7	10,6	0,6	0,5	4,7	5,5	11,3	14,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,3	-3,6	-10,0	-1,0	6,6	10,4	0,8	-1,3	-	-	-	-
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	10,0	-4,6	-13,1	-3,2	10,1	15,3	4,6	-0,7	6,0	7,5	15,7	16,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,0	-4,6	-12,0	-2,0	10,1	15,3	3,3	-3,5	-	-	-	-
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	8,9	3,0	-11,0	-4,7	5,8	11,1	3,6	-0,4	4,3	5,8	13,8	15,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,0	-10,0	-3,0	5,8	11,1	5,1	0,6	-	-	-	-
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,6	4,8	-1,4	0,8	2,6	4,2	2,6	1,9	9,6	7,1	9,9	12,1
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,7	4,8	-0,7	1,3	2,5	4,2	2,1	2,6	-	-	-	-
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	6,2	7,1	-4,0	0,0	4,9	7,9	5,8	3,5	6,4	5,8	8,0	7,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	7,1	-4,1	0,0	4,8	7,8	5,9	3,9	-	-	-	-
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,6	-0,2	-4,0	0,8	1,7	3,3	1,6	0,7	6,1	6,2	8,4	10,4
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,6	-0,2	-4,3	0,2	1,7	3,3	-0,2	0,0	6,1	6,2	8,4	9,6
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,0	3,2	-2,7	0,3	3,0	6,3	1,1	1,6	5,3	4,4	6,1	6,6
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,0	3,2	-3,5	0,1	2,9	6,3	1,0	1,6	5,3	4,2	5,5	5,7

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	1,1	0,5	-6,3	-0,3	7,9	6,0	4,4	4,1	7,4	7,8	9,5	11,2
OECD	1,1	1,4	-0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,1	0,6	-3,3	-0,4	7,9	6,1	3,8	2,8	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-3,9	-5,9	65,1	65,9	73,4	78,7	7,6	6,6	3,6	3,4
OECD	-0,2	-0,1	-4,5	-6,8	65,0	64,4	65,8	65,9	7,7	6,4	6,2	6,1
IWF	-0,5	-0,1	-4,7	-6,1	63,6	67,2	79,4	86,6	7,5	6,4	2,3	2,4
<b>USA</b>												
EU-KOM	-2,8	-5,9	-12,1	-14,2	63,1	65,0	78,0	91,6	-5,2	-4,6	-3,5	-3,7
OECD	-2,9	-5,8	-10,2	-11,9	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,6
IWF	-2,9	-6,1	-13,6	-9,7	63,1	70,5	87,0	97,5	-5,3	-4,7	-2,8	-2,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-6,7	-8,7	167,1	172,1	185,3	194,0	4,8	3,2	3,7	3,8
OECD	-2,5	-2,6	-6,8	-8,4	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,9
IWF	-2,5	-5,6	-9,9	-9,8	187,7	196,3	217,2	227,4	4,8	3,2	1,5	1,2
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,4	-6,6	-7,0	63,8	68,0	79,7	86,0	-2,8	-3,8	-4,3	-4,6
OECD	-2,7	-3,4	-6,6	-8,3	63,9	66,4	69,7	72,8	-1,2	-1,6	-1,5	-1,6
IWF	-2,7	-3,4	-6,2	-6,5	63,9	67,3	74,9	80,3	-1,0	-1,6	-0,4	-0,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-1,5	-2,7	-4,5	-4,8	103,5	105,8	113,0	116,1	-1,8	-3,0	-2,6	-2,7
OECD	-1,5	-2,5	-4,7	-5,9	104,1	103,8	105,8	106,7	-2,5	-2,6	-2,1	-2,6
IWF	-1,5	-2,7	-5,4	-5,9	103,5	105,8	115,3	121,1	-2,4	-3,2	-3,0	-3,1
<b>Großbritannien</b>												
EU-KOM	-2,7	-5,5	-11,5	-13,8	44,2	52,0	68,4	81,7	-2,9	-1,5	-2,8	-2,8
OECD	-2,8	-4,4	-9,3	-10,5	44,2	56,0	60,9	66,6	-3,8	-1,9	-1,5	-2,1
IWF	-2,6	-5,4	-9,8	-10,9	44,1	51,9	62,7	72,7	-2,9	-1,7	-2,0	-1,5
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	1,4	0,3	-4,4	-6,2	64,1	63,0	65,6	66,9	0,9	0,4	-1,7	-1,4
IWF	1,4	0,4	-3,4	-3,6	64,2	63,6	75,4	77,2	0,9	0,6	-0,9	-0,7
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-0,6	-1,9	-5,3	-6,5	66,0	69,3	77,7	83,8	0,2	-0,8	-1,4	-1,5
OECD	-0,7	-1,8	-5,4	-7,0	66,5	67,4	69,4	71,1	0,3	-0,4	-0,1	0,0
IWF	-0,7	-1,8	-5,4	-6,1	65,8	69,1	78,9	85,0	0,2	-0,7	-1,1	-1,2
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-0,8	-2,3	-6,0	-7,3	58,7	61,5	72,6	79,4	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrspрогноз, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008 (nur für Haushaltsalden G7-Staaten &amp; Euroraum: OECD Wirtschaftsausblick, Zwischenausgabe März 2009).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-0,2	-1,2	-4,5	-6,1	84,0	89,6	95,7	100,9	2,4	-1,7	-2,0	-2,2
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	83,9	88,5	88,6	88,4	1,7	-3,3	-2,4	-2,7
IWF	-0,3	-1,2	-4,7	-5,6	-	-	-	-	1,7	-2,5	-2,4	-3,0
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	5,2	4,2	-0,8	-2,9	35,1	33,4	39,7	45,7	4,0	2,2	1,4	1,0
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	35,2	33,3	32,6	32,9	4,3	2,9	2,4	2,5
IWF	5,2	4,1	-1,6	-3,4	-	-	-	-	4,1	2,5	1,0	0,6
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,6	-5,0	-5,1	-5,7	94,8	97,6	103,4	108,0	-14,0	-12,7	-11,5	-11,9
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	94,4	93,0	91,9	91,3	-14,1	-14,5	-13,9	-13,2
IWF	-3,5	-3,7	-4,5	-5,2	-	-	-	-	-14,1	-14,4	-13,5	-12,6
<b>Irland</b>												
EU-KOM	0,2	-7,1	-12,0	-15,6	25,0	43,2	61,2	79,7	-5,4	-4,6	-1,8	-0,4
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	24,8	29,7	37,6	45,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,2
IWF	0,2	-6,4	-14,2	-17,2	-	-	-	-	-5,4	-4,5	-2,7	-1,8
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	3,6	2,6	-1,5	-2,8	6,9	14,7	16,0	16,4	9,8	6,4	6,1	5,6
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	7,0	15,2	14,4	17,3	9,9	6,6	5,1	6,1
IWF	3,2	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	9,8	9,1	7,6	7,0
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,2	-4,7	-3,6	-3,2	62,1	64,1	67,0	68,9	-6,1	-7,4	-7,6	-7,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-4,1	-3,6	-2,5	-	-	-	-	-6,1	-6,3	-5,1	-5,2
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,3	1,0	-3,4	-6,1	45,6	58,2	57,0	63,1	9,8	6,8	5,7	5,0
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	45,7	48,6	48,3	48,7	7,6	7,2	6,8	6,5
IWF	0,3	0,8	-3,2	-4,0	-	-	-	-	6,1	4,4	2,4	2,1
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-4,2	-5,3	59,4	62,5	70,4	75,2	3,3	3,3	2,7	2,4
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	59,5	60,2	62,4	65,3	3,1	3,6	3,7	4,0
IWF	-0,5	-0,4	-3,5	-4,2	-	-	-	-	3,2	2,9	1,3	1,3
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,6	-6,5	-6,7	63,5	66,4	75,4	81,5	-9,7	-11,9	-9,8	-9,5
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	63,6	64,5	66,4	68,6	-9,8	-10,9	-10,2	-10,1
IWF	-2,6	-2,6	-5,9	-6,1	-	-	-	-	-9,5	-12,0	-9,1	-8,8

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-1,9	-2,2	-4,7	-5,4	29,4	27,6	32,2	36,3	-5,1	-6,8	-7,5	-7,1
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	29,4	30,9	32,0	33,0	-5,3	-5,0	-4,1	-2,2
IWF	-1,9	-2,2	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-5,4	-6,3	-5,7	-5,0
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	0,5	-0,9	-5,5	-6,5	23,4	22,8	29,3	34,9	-4,0	-6,1	-4,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,3	-0,3	-4,2	-3,7	-	-	-	-	-4,2	-5,9	-4,0	-5,0
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	2,2	-3,8	-8,6	-9,8	36,2	39,5	50,8	62,3	-10,1	-9,5	-6,9	-6,3
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	36,2	37,8	41,3	45,3	-10,1	-9,7	-7,4	-6,4
IWF	2,2	-3,8	-7,5	-7,5	-	-	-	-	-10,1	-9,6	-5,4	-4,4
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	3,4	0,9	-1,9	-2,6	59,4	49,1	47,5	47,9	-11,7	-18,2	-13,9	-13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,4	1,0	-1,0	-1,8	-	-	-	-	-11,6	-18,3	-10,3	-10,1

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.  
 OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.  
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.  
 Stand: Mai 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	0,1	1,5	-0,5	-0,3	18,2	14,1	16,0	17,3	-22,5	-24,8	-18,8	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-25,1	-24,4	-12,3	-3,6
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,5	3,6	-1,5	-3,9	26,8	33,3	32,5	33,7	0,7	2,0	0,4	-0,6
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	26,2	23,6	23,7	24,7	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,5	3,0	-2,0	-4,8	-	-	-	-	0,7	0,5	-1,2	-1,1
<b>Estland</b>												
EU-KOM	2,7	-3,0	-3,0	-3,9	3,5	4,8	6,8	7,8	-18,3	-9,1	-1,1	-3,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-18,1	-9,2	-6,5	-5,4
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,4	-4,0	-11,1	-13,6	9,0	19,5	34,1	50,1	-22,5	-13,6	-1,5	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-22,6	-13,2	-6,7	-5,5
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-1,0	-3,2	-5,4	-8,0	17,0	15,6	22,6	31,9	-15,1	-12,2	-1,9	0,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-14,6	-11,6	-4,0	-5,3
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-1,9	-3,9	-6,6	-7,3	44,9	47,1	53,6	59,7	-5,1	-5,3	-4,7	-3,7
OECD	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	44,9	43,6	44,1	45,3	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,7	-5,5	-4,5	-3,9
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,5	-5,4	-5,1	-5,6	12,7	13,6	18,2	22,7	-13,5	-12,3	-7,4	-6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,9	-12,6	-7,5	-6,5
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	3,8	2,5	-2,6	-3,9	40,5	38,0	44,0	47,2	9,0	6,2	7,0	7,4
OECD	3,5	2,8	0,5	0,4	40,4	38,1	34,9	34,0	8,4	6,5	6,5	6,9
IWF	3,8	2,5	-3,0	-3,8	-	-	-	-	8,6	8,3	6,9	7,4
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-0,6	-1,5	-4,3	-4,9	28,9	29,8	33,7	37,9	-1,5	-3,1	-3,2	-3,3
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	28,7	26,5	25,6	25,2	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,0	-1,5	-4,1	-4,2	-	-	-	-	-3,2	-3,1	-2,7	-3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-4,9	-3,4	-3,4	-3,9	65,8	73,0	80,8	82,3	-6,2	-8,4	-5,0	-4,8
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	65,8	65,6	67,5	69,2	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,9	-3,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2009.

Stand: Mai 2009.

**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
oder  
<http://www.bmf.bund.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)  
Berlin, Juli 2009

**Lektorat und Satz:**

heimbüchel pr,  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Gestaltung:**

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des  
Bundesministeriums der Finanzen:  
telefonisch 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>  
per Telefax 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com,  
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.